



Christel Buchinger

Eine Partei nach ihrem Bilde

Die Linke und die Medien

Für Hinweise, Kritik und Vorschläge, nicht zuletzt für das Lektorat geht mein Dank an Jutta von Freyberg, Ramona Dittrich, Wolfgang Gehrcke Thomas Hohnerlein.

Verantwortlich für den Inhalt:

Christel Buchinger
Seelenbinderstraße 33
12555 Berlin

Blog: ChristelBuchinger.wordpress.com

Schlussredaktion Oktober 2012

Vorwort

Mit Christel Buchinger, der Autorin der Broschüre, verbinden mich 30 Jahre gemeinsame politische Arbeit, seit 2009 in meinem Bundestagsbüro.

Nachdem vor und nach dem Göttinger Parteitag die Debatte über das Verhältnis der Linken zu den Medien und Medienkritik einen hohen Stellenwert erhielt, bat ich Christel Buchinger, sich die Darstellung der Linken in den Medien und die Einwirkung der Medien auf die Linke gründlich anzuschauen und Schlussfolgerungen vorzuschlagen.

Herausgekommen ist diese Broschüre, eine Analyse und Medienkritik sowie Überlegungen und Vorschläge zum Partei- und Politikverständnis der Linken. Viele der analytischen Ergebnisse und Schlussfolgerungen von Christel Buchinger teile ich, andere hingegen nicht, einiges sehe ich sehr kontrovers. Das ist zwischen uns nichts Neues. Insgesamt ist die Arbeit jedoch so anregend, dass wir uns entschlossen haben, sie zu veröffentlichen, um Nachdenken und Diskussion anzuregen und sie nicht schon durch eine „Einebnung“ des Textes zu vermeiden.

Lasst Euch mitnehmen in die Auseinandersetzung!

Wolfgang Gehrcke

Inhalt

Vorwort von Wolfgang Gehrcke	3
Vorbemerkungen	6
Kapitel 1 Eine Kampagne gegen die Linke?	7
1. Keine politischen Positionen, dafür Verachtung, Desinformationen, Gerüchteküche, Diffamierungen, Klischees	7
2. Darstellung der handelnden Personen in der Linken	8
Bernd Riexinger	9
Katja Kipping	10
Der meistgehasste Mann der Linken: Oskar Lafontaine	11
Dietmar Bartsch	13
Sahra Wagenknecht	14
3. Darstellung der linken Partei	15
Die zerstrittene Partei, Ost gegen West	16
Die Chaoten. Sektierer, Verweigerer, „wir gegen alle“	17
Die Ewiggestrigen	18
Ewige Wahrheiten?	19
4. Die linken Presseorgane und Online-Medien	20
5. Nach dem Parteitag ein neues Ziel	23
6. Eine Kampagne gegen die Linke?	24
Ja, und so funktioniert es	25
7. „Wie man einen Skandal fabriziert“	
Kapitel 2 Medienmacht und Zeitgeist	28
8. Die vierte Gewalt	28
9. Medienmacht ist Wirtschaftsmacht – Wirtschaftsmacht ist Medienmacht	30
10. Bertelsmann – Europas größter Medienkonzern	32
11. Gruner und Jahr erschließt den Leserinnen und Lesern die Welt	33
12. Keiner nutzt seine Medienmacht so unverhüllt wie Springer	35
13. Think Tanks	37
14. PR-Agenturen	38
15. Direkte Einflussnahme mächtiger Gruppen	40
16. Lobbyismus	41
17. Embedded Journalism – eingebetteter Journalismus	42
18. Flirt mit den Mächtigen	42
19. Die Zügelung des widerspenstigen Zeitgeists	46

20. Krise ohne Gegenwehr?	48
21. Wie man den Zeitgeist formt – ein paar Beispiele	51
22. Zeitgeist: <i>Kinderbetreuung und Berufstätigkeit von Frauenbewegung</i> - die Bertelsmann-Stiftung und die Frauenbewegung	53
23. Zeitgeist: Neue Lebensweisen und der Think Tank <i>DenkwerkZukunft</i>	55
24. Zeitgeist: Das <i>Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)</i> will Reiche zum Schuldenabbau heranziehen	58
Kapitel 3 Widersprüche	59
25. Die Medien knüpfen an realen Widersprüchen in der Linken an	59
26. Widersprüche aus der Entwicklung der Linken: aus zwei statt drei und mehr mach eins	61
27. Ein zusammengewürfelter Haufen	63
28. Weit weg von einer solidarischen innerparteilichen Kultur	64
29. Gender Trouble	65
30. Kümmererpartei, Interessenpartei oder Programmpartei	66
Schluss	67
31. Demokratie braucht demokratische Medien	67
Anhänge	69
Leseempfehlungen und Links	71

*Es wäre wider alle Ordnung gewesen, wenn die »gute« Presse jetzt nicht von allen Seiten her ihre Rittersporen an uns zu verdienen suchte, an ihrer Spitze die Prophetin Hulda aus Augsburg, der wir nächstens auf ihre abermalige Herausforderung zum Tanz aufspielen werden. Heute haben wir es mit unserer invaliden Nachbarin zu tun, mit der höchst ehrenwerten »Kölnischen Zeitung«!
Toujours perdrix! |Immer Rebhuhn!|*

Karl Marx

Vorbemerkungen

„Die Linke wird im Westen auf die zwei Prozent Bodensatz absinken, die die WASG schon hatte. Im Osten wird sie noch regionale Bedeutung haben, bis die letzten DDR-Nostalgiker wegsterben. Und dann hoffentlich im Sumpf der Geschichte versinken“, schreibt der Bayernkurier am 26.5. 2012 und bringt damit am klarsten zum Ausdruck, was die Herrschenden in diesem Land sich für die Linke wünschen. Wünschen? Es geht sicherlich nicht nur ums Wünschen. Es geht darum, für welches Ziel alle Hebel in Bewegung gesetzt werden. Die Kommunistische Plattform¹ formuliert: „Es geht unseren politischen Gegnern nicht mehr in erster Linie darum, uns permanent Anpassungsdrücken auszusetzen und uns möglichst zu ‚entzaubern‘. Es geht mittlerweile um Liquidationsprozesse, da die Herrschenden aufgrund ihrer eigenen Lage prinzipiellem Widerstand die strukturellen Möglichkeiten nehmen wollen.“ Hinzuzufügen wäre: es geht um beides, Anpassungs- und Liquidationsdruck.

Albrecht Müller (*NachDenkseiten*²) äußert sich in der Jungen Welt vom 8.6.2012 ähnlich: „Ich habe mich mal in die Lage jener versetzt, die dafür sorgen sollen, dass in Deutschland die linke Hälfte der Gesellschaft nie wieder politisch wirksam wird. Wenn man genug Geld hat, kann man das planen: Da werden zum Beispiel PR-Agenturen und Kontakte zu Medien eingesetzt, um öffentliche Meinung zu steuern. Oder es werden zusätzlich andere Instrumente bis hin zu den Geheimdiensten eingesetzt, um ins Innere von Parteien einzuwirken. Diese Phänomene beobachte ich bei den Grünen und der SPD seit langem. Jetzt hat es auch die Linkspartei erfasst. Man braucht kein Verschwörungstheoretiker zu sein, um das, was hier abgeht, aus der Sicht der Herrschenden für logisch zu halten.“ Starker Tobak?

Für diese Veröffentlichung wurden ausschließlich Presseorgane ausgewertet. Während Rundfunk und Fernsehen nicht in die Untersuchung einbezogen wurden, sind im Internet nur die von großen Medien betriebenen Websites ausgewertet worden.

In Kapitel 2 werden die Macht der Medien, die von Linken oft unterschätzt wird, und ihre Einflussnahme näher betrachtet. Kapitel 3 zeigt, an welchen inneren Widersprü-

¹ <http://www.linkeblogs.de/hiksch/2012/06/kommunistische-plattform-kpf-es-gibt-keinen-grund-das-wort-spaltung-in-den-mund-zu-nehmen/>

² Albrecht Müller betreibt mit Wolfgang Lieb die *Nachdenkseiten*, eine medienkritische Website. www.nachdenkseiten.de

chen der Linken die Medien erfolgreich anknüpfen. Am Ende steht ein Plädoyer für eine offensivere Medienpolitik der Linken.

Kapitel 1 Eine Kampagne gegen die Linke?

„Die großen Medien – vor allem die tonangebende Elite – sind Konzerne, die anderen Firmen ein privilegiertes Publikum 'verkaufen'. Es kann insofern nicht überraschen, wenn das von ihnen präsentierte Bild der Welt die Sichtweisen und Interessen der an diesem Handel Beteiligten widerspiegelt.“

Noam Chomsky

1. Keine politischen Positionen, dafür Verachtung, Desinformationen, Gerüchteküche, Diffamierungen, Klischees ...

Die Politik der Linken, ihre Kritik an der Politik der anderen Parteien, ihre deutlich anderen Vorschläge finden sich so gut wie gar nicht in den Medien wieder, obwohl nur die Linke wirklich alternative Vorschläge macht. Sollen die Wählerinnen und Wähler, die Bürgerinnen und Bürger die Positionen der Linken gar nicht erst kennen lernen? Ist es nicht selbst gestecktes oder zumindest proklamiertes Ziel der Medien, Informationen für die politische Meinungsbildung zur Verfügung zu stellen? Sie behaupten das jedenfalls von sich.

Wer sich die Mühe einer auch nur oberflächlichen statistischen Betrachtung macht, muss erkennen: die bürgerlichen Medien – und zwar alle – boykottieren tatsächlich und ganz offensichtlich die Partei DIE LINKE. Um ein Beispiel aus dem Hörfunk zu nennen: Acht bis neun von zehn Meldungen bei Deutschlandradio Kultur, die Parteimeinungen und -stellungen zu unterschiedlichen Themen beinhalten, lassen – bei vollständiger Nennung der Positionen aller anderen Parteien im Bundestag – konsequent die Meinung der Linken weg.

Wenn es aber um sog. Personalquerelen und innerparteilichen Streit geht, dann berichten und kommentieren die Medien bereitwillig und freudig. Bei den Bürgerinnen und Bürgern kommt folglich nicht an, was die Linke zum Beispiel zur Schuldenkrise oder zu den Rettungsschirmen sagt. Gleichzeitig wird das Bild einer völlig zerstrittenen Partei gemalt.

Interessant ist, dass auch die Linke von sich selber das Bild hat, sie mache keine Politik mehr. Nun kann man kritisieren, sie mache überwiegend Politik in Parlamenten, zu wenig vor Ort, zu viele Presseerklärungen, die doch nicht gedruckt werden und zu wenig Flugblätter oder Blogs, zu wenig Veranstaltungen und persönliche Gespräche. Oder sie setze zu wenig sichtbare Schwerpunkte, habe die falschen Parolen, verkaufe ihre Politik

schlecht u.v.m. Die Linke macht Politik, die sich von den anderen Parteien deutlich unterscheidet, doch der Presse gelingt es in einer Kombination aus öffentlicher Beschimpfung und Boykott, den Eindruck selbst bei Linken zu verfestigen, bei der Partei gäbe es nur „Zoff“, keine Politik.

Ganz offensichtlich wird das bei Sahra Wagenknecht. Wegen ihrer Bücher ist sie eine der wenigen Linken, die noch relativ häufig mit inhaltlichen Positionen in den Medien vorkommen. Von 144 Artikeln in den Printmedien zwischen dem 9.5 und dem 4.6, in denen sie genannt wurde, stellen sechs Artikel inhaltliche politische Positionen dar, die Hälfte davon nur in einem oder zwei Sätzen. Der ganze Rest geht um die sog. Krise der Linken. Man könnte einwenden bei 144 Artikeln sei kaum von einem Medienboykott zu sprechen. Aber ganz offenbar kommen die Positionen nur in homöopathischen Dosen vor, während innerparteilicher Streit, Richtungskämpfe und Strömungsauseinandersetzungen hochgeschrieben werden. Geht der Stoff von den innerparteilichen Querelen aus, wird es in den Medien still um die Linke.

Da fast alle Medien daran beteiligt sind, gibt es nur zwei Möglichkeiten. Die eine ist: die Linke macht schlechte Vorschläge und sie benimmt sich schlecht, dann tun die Medien ihre Pflicht, belästigen die Menschen nicht mit den dummen Absonderungen der Parteifunktionäre und zeichnen ein realistisches Bild einer zerstrittenen, unfähigen Partei. Oder aber die Linke macht die richtigen Vorschläge, die sich von den Vorschlägen der anderen Parteien deutlich unterscheiden und ihr Benehmen unterscheidet sich hingegen in Wirklichkeit nicht von dem anderer Parteien. Dann müssten die Medien entweder völlig verblödet oder korrupt sein.

*Das Licht, das alle Probleme deutlicher macht, ist unser Interesse.
Wenn wir unser Interesse nicht kennen, verstehen wir die einfachsten gesellschaftlichen
Zusammenhänge nicht. (...)
Seine Möglichkeiten erfährt man durch Informationen.
Diejenigen, welche entscheiden, mit welchen Informationen wir gemacht werden,
entscheiden darüber, welche Möglichkeiten wir kennenlernen.
Daher entscheiden sie, welche Interessen wir für die unsrigen halten.*

E. A. Rauter

2. Darstellung der handelnden Personen in der Linken

Wie werden die handelnden Personen der Linken dargestellt? Es wird sehr schnell deutlich, dass eine konsequente Zweiteilung durchgehalten wird: Linke aus dem Osten und/oder dem Lager der „Reformer“ werden überwiegend als seriöse Zeitgenossen behandelt, während alle die vermeintlich dem „Lager Lafontaine“ angehören, als durchweg nicht vertrauenswürdig oder schlimmer charakterisiert werden. Als würdig, von den Medien regelmäßig befragt zu werden, werden neben Dietmar Bartsch nur Matthias Höhn, Rico Gebhardt, Steffen Bockhahn und Bodo Ramelow, Stefan Liebich,

Petra Pau, Gregor Gysi und in letzter Zeit Klaus Lederer und Katja Kipping, seit sie Parteivorsitzende ist, angesehen. Und das, weil sie dem „Reformerlager“ und dem „realistischen Osten“ zugerechnet werden. Schon allein damit soll Zwietracht gesät werden. Ausnahme ist nur Sahra Wagenknecht.

Bei den neuen Vorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger ist dieses Muster, „braver osten, wilder Westen“ gut sichtbar.

Bernd Riexinger

Grundsätzlich wird Riexinger als Marionette dargestellt, die der Linken „von Oskar & Co. aufgedrückt“ wird, als blass, unbekannt und „notorisch erfolglos“. Der *Tagesspiegel* (5.6.) schießt den Vogel ab: Riexinger sei „keine Größe“ in seiner Heimatstadt Stuttgart, weil er auf dem Wochenmarkt im roten Stadtteil Heslach bislang unbeachtet Obst und Gemüse einkaufen konnte.

Die *Stuttgarter Zeitung* (6.6.) hingegen findet, dass Bernd Riexinger nun „noch ein bisschen berühmter“ geworden sei durch den Vorsitz. „Der Schuhmacher (auch er hat den Namen Bernd Riexinger), der seinen kleinen Laden an der Silberwaldstraße hat, kennt dieses Phänomen nämlich schon. Denn er hat einen prominenten Namensdoppelgänger: Den Stuttgarter Bezirksleiter der Gewerkschaft Verdi, Bernd Riexinger. Der ist seit dem Wochenende noch ein bisschen berühmter, weil er neben Katja Kipping zum neuen Bundesvorsitzenden der Partei Die Linke gewählt worden ist.“ Tja!

Die *Süddeutsche* titelt „Der Unbekannte aus Stuttgart“, beschreibt ihn aber als kämpferischen Gewerkschafter und basisnah. Jedoch muss der Linken-Kreisverband Zollernalb erhalten, um ihn der „Fundamentalopposition“ zu zeihen.

Weiter geht es mit Riexinger als „Friedensangebot“, „Strippenzieher“, blass, langweilig, Wahlverlierer in BAWÜ (alles *Tagesspiegel*). „Bernd Riexinger ist ein Klaus Ernst auf schwäbisch“ und seine wichtigste Aufgabe sowieso, „die Macht Lafontaines im Parteivorstand zu wahren“ (*Süddeutsche* 4.6.).

Weiter geht es mit „Schattenmann Oskar Lafontaines“ und „Adlatus“ (*Tagesspiegel* 4.6.) „Das letzte Aufgebot einer neurotischen Partei“, „Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte. ‘ So etwas hören sie bei der Linken gern. Riexinger wurde wählt.“ „Die Entschlossenheit des Funktionärs (sic!) dürfe man nicht unterschätzen, sagen Kenner“ (*Frankfurter Rundschau (FR)* 3.6.).

„Lafontaines Schattenmann“ (Rainer Woratschka, *Tagesspiegel* 3.6.). Schon einmal machte die Presse von Welt bis Zeit einen Schattenmann aus, damals 1999 war es Lafontaine selber – da liebten sie ihn auch schon nicht.

„Bernd Riexinger, ein biederer schwäbischer Gewerkschafter, ist Linken-Chef von Lafontaines Gnaden und damit dessen Zerstörungslust ausgeliefert.“ (*Financial Times Deutschland (FTD)* 3.6.) „Die neuen Vorsitzenden sind grüner und sozial bewegter“ (...) „die ihre Wurzeln weder in der SPD haben, noch zu denen gehören, die sich aus der SED heraus auf den reformsozialistischen Weg gemacht haben“(Tom Strohschneider, *Tageszeitung (taz)* 4.6.).

„Freund des früheren Linken-Chefs Lafontaine“ (Björn Hengst in *Spiegel online* 4.6.). „Riexinger gilt als Hardliner und Sprachrohr Lafontaines. (...) „Riexinger ist das, wovor

sich im Osten manche grausen: Ein linker Gewerkschaftsfunktionär durch und durch.“ (Matthias Wyssuwa, *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)* 4.6.)

Gewohnt höhnisch und herablassend Mechtild Küppers in der *FAZ* vom 4.6.: „Weniger Riexingers Bewerbungsrede als seine feste Verankerung im Lager Lafontaines sicherte seinen Durchmarsch. Stehend applaudierten seiner Rede, die mühelos als Karikatur einer typischen ‚Heraus zum 1. Mai!‘-Rede hätte durchgehen könnte, die Einpeitscher des linken Flügels. Mit heftig wackelndem Kopf und kieksender hoher Stimme, die sich bei besonders gewagten Behauptungen gelegentlich überschlug ‚In ganz Europa wird die Demokratie mit Füßen getreten!‘ trug Riexinger in breitestem Schwäbisch vor, wie die Linkspartei mit seiner Hilfe die ‚Kräfteverhältnisse nach links‘ verändern werde.“

Und welch Zufall! Die Maikundgebung kommt auch Matthias Meisner in den Sinn: „Abends dann hält Riexinger eine Rede wie auf einer 1.-Mai-Kundgebung. ‚Lasst die Farbe Rot Mode werden‘, sagt er“ (*Tagesspiegel* 4.6.)

„Der neue Parteichef hat wenig zu bieten“ (*Welt* 4.6.)

„Er hat den Segen von Oskar Lafontaine und Sahra Wagenknecht (...) Riexingers Stärke ist sein Nähe zum Arbeitnehmerlager“. Und auf positiv: „Kaum ein (Verdi) Bezirk ist besser aufgestellt, wagt sich häufiger in große und kleine Schlachten und lockt demzufolge mehr Mitglieder an (...) ohne die Attitüde eines selbstgerechten linken Besserwisers (...) bestens vernetzt mit außerparlamentarischen Gruppen“ folgt negativ: „Der Mann kann aber auch anders: Thesen formulieren, die sprachlich mit sozialistischen Beton angerührt werden (...) Verdi-Pragmatiker und linker Dogmatiker (...)“ (Matthias Schiermeyer, *Stuttgarter Zeitung* 2.6.).

„Brave Gefolgsleute Lafontaines“ (Honnigfort, *Berliner Zeitung* 1.6.) „Lafontaines Protegé“ (Maïke Rademaker, *FTD* 4.6.).

Katja Kipping

Wir wenden uns Katja Kipping zu, die sich, weil sie dem Reformerlager zugerechnet wird, normalerweise netter behandelt sieht. Katja Kipping ist mit Bernd Riexinger zusammen für Markus Decker, *Berliner Zeitung* 4.6. „das letzte Aufgebot einer neurotischen Partei“. Sie habe als Ostfrau den Ostmann Bartsch verhindert. „Sie gilt als moderate Vertreterin des Reform-Flügels“ (*Freitag* 31.5.). Auch das *Hamburger Abendblatt* bezeichnet sie als „moderate Alternative“ (31.5.)

„Dass Kipping nun an die Spitze der Partei aufrückt, ist die konsequente Fortsetzung dieses Weges“ (*Berliner Zeitung* 4.6.). In der *Süddeutschen* portraitiert Daniel Brössler Katja Kipping als „offen“, ihre Wahl würde eine Kulturrevolution für die Partei bedeuten. Sie sei eloquent, talkshowfest und sympathisch. Nur eben leider nicht mehrheitsfähig. Sie habe wohl zu viele verkehrte Positionen und zu wenige mächtige Freunde. Mit ihrem Herzensanliegen, dem bedingungslosen Grundeinkommen, mit Forderungen nach einem neuen gesellschaftlichen Zeitregime und Kritik an den Irrwegen des zeitgenössischen Feminismus sei sie angeeckt. „Als Mitbegründerin des Instituts Solidarische Moderne sucht Katja Kipping überdies Kontakt zu Sozialdemokraten und Grünen, um ‚andere Mehrheiten in der Gesellschaft zu verankern‘“ (...) Es kursierten Verschwörungstheorien, wonach Kipping nur der einen oder anderen Seite zur Macht verhelfen wolle (25.5).

„Das Führungsduo wisse, dass es die letzte Chance sei, einen neuen Stil in der Partei

einzuführen (*Berliner Zeitung* 5.6.). Auch Daniel Friedrich Sturm macht Katja Kipping in der *Welt* vom 4.6. Komplimente: „die neue, durchaus gewinnende Co-Vorsitzende“. „Ein frisches Gesicht für eine früh ergraute Partei“ findet die *Süddeutsche* (4.6.), eine frische Querdenkerin ist sie für den *Tagesspiegel* (4.6.) und erfahrene Parteiarbeiterin (*Süddeutsche* 1.6.).

Aber die Zeitungen zeigen schon die Folterinstrumente. Kipping sei machtbewusst, kolportieren mehrere Zeitungen und habe Bartsch verhindert, weil die Delegierten nach einer Ostfrau keinen Ostmann wählen würden.

„Böse Zungen lästern, die neue Führung sei eine Neuaufgabe der alten – nur mit anderen Dialekten“ findet überheblich Miriam Hollstein (*Welt* 4.6.).

„Als am nächsten Morgen Schwabedissen dann aber sogar bei der Wahl zur Vizevorsitzenden durchfiel, war von Kipping nichts mehr zu sehen. So schnell kann man in der Linken Freunde gewinnen und wieder verlieren“ (*Welt* 4.6.).

Der meistgehasste Mann der Linken: Oskar Lafontaine

Der von den Medien am meisten gehasste Mann der Linken ist ohne Zweifel Oskar Lafontaine. Seit am 25.11.1998 die *Sun* ihn als „gefährlichsten Mann Europas“ titulierte, schießen sich die Medien auf ihn ein und lassen keine Gelegenheit aus, schlecht über ihn zu schreiben. Wie Albrecht Müller schon am 18.1.2010 auf den *NachDenkSeiten* schreibt: „Selbst in modernen Zeiten gilt in der Regel, dass die Medien die privaten Geschichten von Politikern nicht veröffentlichen. Das ist zwar immer mal wieder durchbrochen worden – bei Seehofer zum Beispiel, oder auch lange zurück im Vorfeld des Rücktritts von Willy Brandt im April und Mai 1974, als böartige und unterstellende Storys bei *Bild* und anderswo veröffentlicht wurden. Jetzt erlebt Oskar Lafontaine den Bruch dieser Regel. Da er in der bundesrepublikanischen Debatte aber so etwas wie eine Unperson darstellt, wird auch keine Rücksicht auf seine Krankheit genommen. Gnadenlos fallen Medien, wie an vorderster Front die *Bild-Zeitung*, über ihn her – auch mit unglaublich verdrehenden und lügenden Darstellungen.“

Schon ab 2005 wird Lafontaine Rachsucht gegenüber der SPD vorgeworfen, nun soll er sich auch an der Linken rächen wollen. Die Kampagne gegen Lafontaine hat eine unglaubliche Kontinuität und erlebt dadurch einen neuen Höhepunkt, als O.L. sich erdreistete, noch einmal in die Bundespolitik einsteigen zu wollen. Bei ihm vergessen die Medien die Regeln der guten Erziehung und überschreiten die Grenzen des guten Geschmacks.

Ziemlich übel und richtig widerlich ist eine Glosse von Michael Ringel in der *taz* vom 5.6., in der Lafontaine Rechtslastigkeit bzw. Rechtspopulismus vorgeworfen wird („Fremdarbeiter“), damit passe er gut zu den Piraten, die am rechten Rand fischen und wohin er sich wohl jetzt auch absetzen werde, und benutzt den Ausdruck „Wanderjahre einer Wanderhure“.

„Lafontaines Machtansprüche haben verbrannte Erde hinterlassen“ und „die Eitelkeit eines alternden Machtpolitikers, der nochmal auf den Thron wollte“ sieht Rainer Woratschka im *Tagesspiegel* (4.6.).

Für die „Graue Eminenz“ (*Berliner Zeitung* 4.6.) „war der Göttinger Parteitag sein Abschied von der Linkspartei“.

„Vom Wir war Lafontaine weit entfernt, die Delegierten seiner Partei sprach er wie Fremde an.“ (FAZ 4.6.)

„Zerstörungslust“ wird ihm bescheinigt: „Lafontaine habe die Tendenz zur Selbstzerstörung gesät, sagt Oppermann“ (FTD 4.6.).

„Solange der Napoleon von der Saar in dieser Partei autokratisch schaltet und waltet, werden ihre Grabenkämpfe nicht enden“, macht sich Daniel Friedrich Sturm in der *Welt* vom 4.6. Sorgen um die Linke.

„Lafontaine, der Wortakrobat, wirkt seltsam hilflos – wie ein wütender Patriarch, der nicht wahrhaben will, dass der Clan nicht mehr auf ihn hört“ (taz 4.6.).

„Gleich zu Beginn machte er unmissverständlich klar, wie komplett er mit der Partei fertig ist, die er von 2005 an gründen half. (...) An Lafontaines Befindlichkeit lässt diese Rede keinen Zweifel: Er hat genug von der Linkspartei“ (Küpper FAZ, 4.6.).

„Der Saarländer war beleidigt darüber, dass Göttingen nicht die Krönungsmesse seines Lebens werden sollte“, schreibt Bernhard Honnigfort in der *Berliner Zeitung* vom 1.6. und nutzt die „Krönungsmesse“, um Assoziationen zu einem absolutistischen Herrscher auszulösen.

Und überall taucht die „versuchte Erpressung“ auf. Ebenso wird mit dem Begriff „Fluchtgedanken“ (Bernhard Honnigfort *Berliner Zeitung* 1.6.) auf den Ausstieg aus der Regierung und die Niederlegung aller Ämter hingewiesen, auf die die Presse immer wieder zurück kommt, um Lafontaines Unzuverlässigkeit zu belegen. Die Hintergründe dieses Rücktritts sind heute für jeden Journalisten nachlesbar, trotzdem bleiben sie aus reiner Gehässigkeit bei der alten Version.

In die gleiche Kerbe haut Mariam Lau, früher bei *taz* und *Welt*, heute bei der *ZEIT*: „Oskar Lafontaine wirft hin, zum zweiten Mal in seinem Leben. (24.5). Oskar Lafontaine wolle die totale Unterwerfung der Ostdeutschen, quasi „die Eier von Dietmar Bartsch im Glas“ (ebenda).

Die *Thüringer Allgemeine* hat sich das Verdienst erworben, statt ehrenrühriger Spekulationen Lafontaines Erklärung nach dem Rückzug seiner Kandidatur im Wortlaut abzudrucken (23.5.).

Der *Spiegel*, ähnlich wie die *Bild* ein Leitmedium, was Kampagnen betrifft, weiß am 26.5. („Napoleon und Lady Macbeth“) ziemlich en Detail, wie das Treffen zwischen Oskar Lafontaine, Klaus Ernst und Dietmar Bartsch am 20. Mai im Berliner Cafe Dressler ablief. Er weiß, was Dietmar Bartsch erwartete, nämlich, „dass Lafontaine ihm in diesem Gespräch beim Rotwein (sic!) irgendwann anbieten würde, unter ihm Bundesgeschäftsführer zu werden. Und er hatte sich auch eine Antwort zurechtgelegt: Geschäftsführer ja, aber nur, wenn er bestimmen dürfe, wer den Vorsitz neben Lafontaine in einer Doppelspitze übernehme. Bartsch wusste, dass der Saarländer diese Kröte nicht schlucken würde.“ Natürlich weiß der Spiegel auch, was Lafontaine nach seiner Demütigung will: „In einem letzten Triumph (die Herausforderer aus dem Osten) noch mit nach unten ziehen“.

Auch sonst sind in dem Artikel „Napoleon und Lady Macbeth“ viele Interna zu finden. Sogar ein Lafontaine-Vertrauter, der mit den Spiegelleuten über die Grenze nach Frankreich fahren muss, damit im Saarland nicht bekannt wird, dass er gerade Lafontaine verpfeift. Zuträger aus der Partei überall? Oder Erfundenes geschickt gemischt mit

Wahrem und so Authentizität vortäuschend? Vielleicht beides. Die Geschichte mit dem saarländischen Verräter klingt jedenfalls sehr konstruiert. Spätabends über die saarländische Grenze nach Frankreich? Welche Grenze? Über der Grenze im nahen Frankreich treiben sich mehr Saarländer herum als über der Grenze in der Pfalz. Ein dunkles Waldstück hat wohl nicht gereicht? Ohne dunkles Waldstück war die Heimlichkeit in Frankreich sicher nicht gewahrt. Aber wer weiß das schon „im Reich“? Da kann man solche Gruselstories anbringen.

Mechtild Küpper, die so tut, als wolle sie mithilfe der Reformer dem Sozialismus zum Durchbruch verhelfen, schreibt am 24.5 in ihrer Kolumne in der *FAZ* schon das in Bezug auf Oskar Lafontaine auf, was Gregor Gysi beim Parteitag in Bezug auf die westdeutsche Linke anspricht: „Lafontaine hat sich gegenüber der Linkspartei aufgeführt, wie die PDS Anfang der neunziger Jahre (...)den Prozess der Wiedervereinigung empfand“.

Ähnlich viele Interna kennt Bernhard Bernarding von der *Saarbrücker Zeitung* (24.5.), er verarbeitet sie aber zu einem wohlwollenden und verständnisvollen Artikel über Lafontaine, womit er die absolute Ausnahme in der Presselandschaft – einschließlich linker Medien – sein dürfte. Seine Bedingungen für die Rückkehr auf die Bundesebene „klangen zwar anmaßend, waren aber durchaus nachvollziehbar: ‚ich stehe zur Verfügung, wenn ich mit einem Team arbeiten kann, das nicht ins eigene Tor schießt, sondern loyal ist und mich unterstützt‘ (...) Einem Vorsitzenden müsse es gestattet sein, mit Personen seines Vertrauens zusammenzuarbeiten, sonst funktioniere das nicht, begründete Oskar Lafontaine seine Ablehnung für Bartsch.“ (...) „Doch die Ostdeutsche ‚Reformer‘-Fraktion (...) wollte die Chance, das zwar respektierte, aber ungeliebte Alphatier loszuwerden, nutzen. (...) Als ausgebuffter Profi wusste er zudem, dass er ein halbtotes Pferd besteigen sollte...“.Seine Entscheidung sollte er „schon bei der Veröffentlichung und dem prompt einsetzenden Proteststurm bereuen“. (...) „Lafontaine argumentierte, er brauche ‚breite Unterstützung‘, wenn er die Partei retten solle, da reichten nicht 52 Prozent nach einer Kampfabstimmung“. Da hat sich Herr Bernarding die Mühe gemacht, den sog. Erpressungsversuch mal genauer anzusehen. Soweit die Presse zu Oskar Lafontaine.

Dietmar Bartsch

Die *böse bürgerliche Presse*³ ist Dietmar Bartsch wohlgesonnen. Stefan Reinecke beschreibt Bartsch in der *taz* vom 29.5.: „Er ist Mitte 50 und wirkt wie ein großer, schlaksiger Junge“. Und weiter: Er habe eine Lithografie von Herbert Wehner hinterm Schreibtisch hängen. Ein scheinbar freundlicher Artikel, aber der Hinweis auf die Wehner-Lithographie soll ihn in linken Kreisen sicherlich diskreditieren.

Mechtild Küpper und Matthias Wysuwa sind offensichtlich heimliche AnhängerInnen der PDS gewesen, sie outen sich aber erst heute: „Bartsch ist die personifizierte PDS: diszipliniert, pragmatisch, unsektiererisch“ (*FAZ* 26.5.).

³ In Teilen der Linken wird der Begriff bbP (böse bürgerliche Presse) in Anführungszeichen gesetzt um zu suggerieren, es sei eine Schutzbehauptung derer, die in der Presse schlecht wegkommen, dass diese der Linken nicht wohlgesonnen sei

Dietmar Bartsch ist der Liebling der Presse vor allem deshalb, weil er als Gegner von Lafontaine aufgebaut werden kann. „Bartsch (...) seine Kandidatur, die zugleich eine Kampfansage an die Lafontainisten war... (Miriam Holstein, *Welt* 1.6.). Des Öfteren schreiben sie ihn dafür in die Opferrolle.

„Weigert sich, in der SPD einen Hauptgegner zu sehen“. (*Süddeutsche* 2.6.)

„Dietmar Bartsch und einige andere wären gute Sozialdemokraten“, wird Burkhard Lischka in der *Berliner Zeitung* (5.6.) zitiert. Diese öffentliche Anbiederung soll wohl eher das Ansehen von Bartsch beschädigen, als ihn ernsthaft locken.

Sahra Wagenknecht

Sahra Wagenknecht wurde lange als der Paradiesvogel der Linken behandelt, exotisch, weil sie hübsch, jung und linksradikal war. Nachdem sie einige vielbeachtete Bücher geschrieben hatte und ihre Anhängerschaft sich vergrößerte, sie als Teil einer möglichen Doppelspitze mit Dietmar Bartsch gehandelt wurde, wurde ihr demonstrativ Achtung gezollt und sie galt gar als ideale Ergänzung von Bartsch. Seit klar wurde, dass sie dafür nicht zur Verfügung stand, begann ihre Demontage. Erkennbar wird das vor allem daran, dass sie von einer eigenständigen Persönlichkeit zur „Lebensgefährtin Oskar Lafontaines“ gemacht wurde und damit in den Sog seines Niedergangs gestoßen werden sollte. „Ein weiterer Erfolg für Lafo: Seine Lebensgefährtin Sahra Wagenknecht sitzt auch zukünftig in der Linkenführung“. (*Bildzeitung* 4.6.)

„Offenkundig wollte O.L. in Göttingen nicht nur Bartsch verhindern, sondern auch den Boden bereiten für seine Lebensgefährtin Sahra Wagenknecht“ (*Bild am Sonntag* 3.6.).

„Steht für: das Erbe von Oskar Lafontaine...“ sagt auch der linke Strohschneider mit Reinecke in der *taz* (1.6.).

„Ihr Mentor und Lebensgefährte Oskar Lafontaine“... Wagenknechts ter“ weiß, wie man es macht.“ (Wolfgang Suckert in der *Thüringer Allgemeinen* 1.6.)

„Lafontaines Freundin“ (Maike Rademaker, *FTD* 4.6.)

Und der *Bayernkurier* vom 26.05. mit ausgesuchter Häme: „Was wäre das gewesen! Die Installierung der Dynastie Lafontaine-Wagenknecht an der Spitze der Kommunistischen Partei, möglichst mit erblicher Thronfolge. Eine Art Nordkorea an der Saar“.

Nicht weniger fies gibt sich der *Spiegel* „Napoleon und Lady Macbeth“ (26.5.) und „Steht für: das Erbe von Oskar Lafontaine und einen antikapitalistischen Kurs (...) scharfe Kritikerin der Reformer (...) die tiefe Abneigung beruht auf Gegenseitigkeit ...“ (*taz* 1.6.)

Und Mechtild Küppers legt an: „An der Seite Lafontaines tritt plötzlich Sahra Wagenknecht, die jahrelang die Stimme der Kommunistischen Plattform war, wie eine Wiedergängerin Margot Honeckers auf“ (*FAZ* 24.5.). Und drückt ab.

*Teilweise begegnen die Konzernmedien der Linken mit Totschweigetaktik,
teilweise nur mit Häme und Hetze;
eine dritte Methode kommt scheinbar freundlich daher: Die Linke möge bitteschön
auf linke Theorie und linke Praxis verzichten und sich von linken Politikern trennen,
dann dürfe sie auf Anerkennung hoffen*

Eckart Spoo

3. Darstellung der linken Partei

„Was heute in der *Bild*-Zeitung steht, steht morgen überall. Vielleicht sollte man sich also mal genauer anschauen, was sie schreibt. Die kleinen Merkwürdigkeiten und das große Schlimme“, schreibt Albrecht Müller auf den NachDenkSeiten⁴. Fangen wir also an mit *Bild.de*.

Am 5.6.2012 titelt *Bild*: „Zoff geht auch nach Parteitag weiter - Richtet der Krieg zwischen Gysi und Lafo die Linke zugrunde?“ und „Neue Umfrage: Chaos-Partei fällt unter Fünf-Prozent-Hürde“. Damit sind die Wünsche klar artikuliert und die Strategie vorgegeben. Schaut man bei den Lesermeinungen nach, zeigt sich, dass bei den Konsumenten von *Bild.de* die Zuschreibungen „Chaospartei“, „Lafontaine, der Versager, der noch nichts geschafft hat, der immer flieht“, die „Ewiggestrigen“, die „Überflüssigen“, „Tagträumer“, „verkrachte Existenzen“ usw. fest verankert sind.

Die Online-Ausgaben des *Spiegel*, der *Frankfurter Rundschau* und der *Süddeutschen* segeln auf der gleichen Welle.

Spiegel online spielt die Rolle der *Bildzeitung* für Möchtegern-Intellektuelle: 04.06.2012 „Streit“ der Parteilager; „Gysi bringt West-Linke gegen sich auf“. Dort ist die Linke zerstritten und die Spaltung droht. Also auch hier Panikmache, aber mit etwas weniger prolligen Worten. Auch bei *Spiegel online* sind die Lesermeinungen auf der Linie des Blattes: Die Linke sei nicht mehr wählbar, unrealistisch, der Westen dominiere den Osten..., „Fundis“ im Westen, „Realos“ im Osten, bodenständige Partei im Osten, kunterbunter West-Haufen, „Linke wird in der Versenkung verschwinden“ usw.

fr-online vom 4.6.2012: „Hass und Trümmer“, „innerparteiliche Streitereien“, „heillos zerstritten“, das ähnelt den anderen Medien, allerdings sind Häme und Hass weniger ausgeprägt. Die Lesermeinungen geben bei *fr-online* nicht eins zu eins die Blattmeinung wieder. Es scheint, als seien sowohl die Autoren der Artikel als auch die LeserInnen nicht vollständig auf Linkenhass und –Bashing⁵ konditioniert.

Sueddeutsche.de am gleichen Tag: „Führungskrise“, „Ringeln um die reine Lehre“, „Führungsstreit“, „Auseinanderbrechen“ der Partei, „Linke fressen Linke auf“, „Niedergang“ der Linken, „Querelen“, „Linkspolitiker beschwören Einheit“, „Gysi gegen Lafon-

⁴ Albrecht Müller betreibt mit Wolfgang Lieb die Nachdenkseiten.de, eine medienkritische Website.

⁵Deutsch: öffentliche Beschimpfung

taine“, „Ernst spaltet“. Die Lesermeinungen gehen bei *sueddeutsche.de* am weitesten auseinander, auch FürsprecherInnen der Linken finden sich.

Nach dem Parteitag ist der Tenor der Medien, die Vorhersage oder auch die Hoffnung, dass der Krach und der Hass weitergehen würden, die Wunden nicht heilten, die Gräben nicht überbrückbar wären. Die nächsten Möglichkeiten für Kräche werden schon sondiert: die Wahl des Fraktionsvorsitzenden im Herbst und die Kür des Spitzenkandidaten zur Bundestagswahl. Die als weibliche Doppelspitze kandidierenden Kipping und Schwabedissen werden regelmäßig zitiert mit dem Wunsch nach einer „Kultur des Miteinanders“, der „Offenheit“, der „Kunst des Zuhörens“. Küpper von der FAZ wirft sich für Kipping ins Zeug und bringt das bedingungslose Grundeinkommen gegen die „alte Sozialpolitik“ und ein altes Menschenbild in Stellung (FAZ 5.6.) Sie stehe für Offenheit und Überwindung des doktrinären Erbes. Zitiert werden fast nur Reformsozialisten damit, dass es nun darum gehe ... wieder Politik zu machen und die Reihen zusammenzuführen (Vereinigung von unten nachholen, *taz* 5.6.), auf die Mitglieder zu hören, die Basis zu stärken.

Es werden Stereotypen bemüht: die zerstrittene Partei, vor allem in Ost-West, die ewiggestrige Partei, die Chaotenpartei.

Die zerstrittene Partei, Ost gegen West

„Wenn zwei sich sehr laut streiten, dann ahnen sie oft nicht, wie ähnlich sie einander sind. Und wenn am Ende einer glaubt, er habe gewonnen, dann ahnt er nicht, dass die Demütigung des Unterlegenen auch ihn, den Sieger, unrettbar beschädigen wird. Beides trifft auf die Linkspartei in geradezu beispielhafter Weise zu.“ (Stefan Hebel *Berliner Zeitung* 3.6.).

„Linke wählt Team für neuen Streit“, „Zerfressen“ (FR 4.6.).

Die *Berliner Zeitung* (5.6.) hofft: „Vielleicht ist es aber auch der Auftakt einer Massenbewegung – raus aus der Linkspartei.“ Dabei wird auf den Austritt des Kreisvorstands Zollernalb angespielt, der damit zitiert wird, dass die LINKE sich in eine fundamental-oppositionelle Bewegung verwandelt habe. „Die Wunden, die sich die Kontrahenten geschlagen haben, werden noch lange schmerzen“. „Nach dem Krach ist vor dem Krach“. „Gewaltiges Konfliktpotenzial“ bei der Kür des Spitzenkandidaten; Die Partei häute sich von ihren Übervätern Lafontaine und Gysi (alles *Berliner Zeitung* 5.6.).

Die *Süddeutsche* (4.6.) kolportiert „ein Delegierter des Jugendverbandes *solid* habe dementiert, dass die Jugend nach der Niederlage Bartschs „Ihr habt den Krieg verloren“ skandiert habe.

Der *Tagesspiegel* vom 4.6. weiß: „Da propagieren welche etwas im Großen, was sie im Kleinen für sich selber nicht zu leisten imstande sind“ (kommt auch häufig in Lesermeinungen vor) und „Um inhaltlich-politische Arbeit geht es bei der LINKEN ja schon lange nicht mehr.“

Insgesamt werden in allen Zeitungen die Reformer als diejenigen dargestellt, die jetzt auf Gemeinsamkeit setzten, Gräben zuschütten, die Vielfalt bewahren, miteinander re-

den wollten. Die sogenannten Lafontaine-Anhänger setzten weiter auf Machtpolitik und darauf, die Reformer unterzukriegen.

Hier wird schon der nächste Sprengsatz angebracht: „Wenn Ost und West pari-pari Delegierte nach Göttingen entsandt hätten, dann wäre wohl Dietmar Bartsch chef“ (*taz* 4.6.).

„Dass die erst fünf Jahre alte Partei in einer existentiellen Krise steckt, aus der sie nur mit einer vereinten Anstrengung der feindlichen Lager herauskommen könnte, wie etliche Redner betonten, leugnen die ganz und gar Linksgerichteten mit ihrem deln.“ (Küpper *FAZ*, 4.6.)

„Lafontaine ist der Erste, der Gysis Ostperspektive mit genau dem Gestus wegbügelt, den dieser beklagt hatte“ (*Tagesspiegel* 4.6.).

„Die Linke rückt nach links“ „Westlinke gegen ostdeutsche Reformer“ „das stramm auf Opposition getrimmte Lager um Oskar Lafontaine“ (*Süddeutsche* 4.6.).

„Besserwisserischer Westen“ und „Großnarzisst Lafontaine“ (*Süddeutsche* 2.6.).

„Eine Partei, die sich nicht führen lässt“ (Matthias Meisner, *Tagesspiegel* 2.6.).

„In der an Strömungen, Flügeln, Gruppen und Feindschaften reichen Partei“ (Honnigfort, *Berliner Zeitung* 1.6.). „Selbsternannte Kandidatinnen“, „Hass Lafontaines auf den Bundestagsabgeordneten Bartsch (...) und ideologischer Richtungsstreit“. „Im Osten die SED/PDS-erfahrenen Landesverbände, reform- und kompromissbereit, von ideologischen Flausen befreit durch Mitregieren in den Ländern und Kommunen. Im Westen Hardliner, Altkommunisten, Gewerkschafter, ehemalige Sozialdemokraten (...) An ihrer Spitze die Lebensgemeinschaft Lafontaine/Wagenknecht mit ihrem scharf antikapitalistischen Kurs, der sich in Absagen an Sparprogramme, Militäreinsätze, Regierungsbeteiligungen ... festmacht (derselbe ebenda). Allzu gut kennt sich der Autor in der Linken doch nicht aus, denn er schreibt: „Weitere Gruppen: die eher gewerkschaftsorientierte Sozialistische Linke und das Forum Demokratischer Sozialismus, dessen Ziele denen der früheren PDS nahe stehen“. Er weiß offensichtlich nicht, dass die Sozialistische Linke gerade sein Lafontaine-Flügel ist und das Forum Demokratischer Sozialismus sein Reformflügel.

Die Chaoten. Sektierer, Verweigerer, „wir gegen alle“

„Im Osten ist sie die Partei der Einheitsverlierer, die gestalten will. Im Westen die der Radikalgewerkschafter und Sektierer, die sich im Fundamentalwiderstand len“ (*Tagesspiegel* 4.6.).

„Linke Pragmatiker aus dem Osten (...) linke Sektierer aus dem Westen“, über „Selbstmarginalisierung und Selbstentmachtung“ trauert die *Welt* (4.6.).

„Die Linken aus dem Westen, die Gewerkschafter, die Sektierer, die Verweigerer“, „die Ostler, pragmatisch, die Mehrheit der Partei, in Landtagen und Städten mitgestaltend dabei“ (*Berliner Zeitung* 4.6.). „Die Linkspartei müsste dringend eine Richtungsentscheidung treffen, aber sie hat weder die Kraft, ein überzeugendes Führungsteam zu wählen, noch die Kraft zu definieren, worin die Zentrifugalkräfte eigentlich bestehen (...) Ost oder West, linksradikal oder pragmatisch, SPD-geneigt oder auf ewig oppositionsfixiert - das sind gar nicht die Fragen, vor deren Beantwortung sich die Linkspartei drückt. Insofern haben diejenigen, die bei Gysis Rede an Chruschtschow dachten, schon recht:

Die Linkspartei hat zu entscheiden, ob sie doktrinär sein, ob sie immer recht haben, ob sie andere ausschließen, ob sie also stalinistisch sein will.“

Daniel Friedrich Sturm macht sich hier ernstlich Sorgen um die Zukunft der Linken: „Die Linke wiederum muss entscheiden, ob sie weiter eine Partei bleiben will, die nationale Lösungen preist, Europa ablehnt, die Globalisierung bekämpft und die Systemfrage stellt. Links ist dieses Programm übrigens beileibe nicht. Es ist vor allem: dumpf, anders gesagt: lafontainesk“ (*Welt* 4.6.).

Und Mechtild Kupper wie wir sie kennen – immer auf der Seite der Demokratie im Sozialismus: „Die ‚Partei-rechten‘ kämpfen um die Luft, die innerparteiliche Demokratie in jeder Partei braucht, darum, dass offen und ohne Angst gestritten werden kann. Der Widerstand gegen die Lafontainesche Haltung des „Wir gegen alle“, die nun seine Gefährtin Sahra Wagenknecht als einzig realitätstüchtige verteidigt, ist der Kampf um die Demokratie im Sozialismus.“(*FAZ* 4.6.)

Die Ewiggestrigen

Wenn man die politischen Positionen der Linken einerseits konsequent verschweigt, ist es leicht, über die Programmatik und die Politik zu behaupten, was man will und kann hoffen, dass der antikommunistische Reflex in der Bevölkerung noch so wirkt, dass es geglaubt und unkritisch übernommen wird. So erklärt Stefan Hebel, entweder, ohne je in das Programm der Linken geschaut zu haben oder mit lügnerischer Absicht: „Eine Linkspartei des 21. Jahrhunderts würde einerseits anerkennen, dass ein Mindestmaß an „Wohlstand“ heute weiter verbreitet ist als vor 100 oder 150 Jahren. Der ungerechten Einkommens- und Vermögensverteilung, den wohlstandsgefährdenden und angst-machenden Formen prekärer Arbeit, den berechtigten Befürchtungen der (noch) gut situierten Mittelschicht würde sie eine Sprache geben, die sich von den Parolen des Proletariats ebenso unterscheiden würde wie die Armut der alleinerziehenden Mutter mit Studium vom Hunger des ungelerten Stahlarbeiters“, schwurbelt Stefan Hebel (*Berliner Zeitung* 4.6.).

Der *Tagesspiegel* zitiert Andres Nahles: mit „übelster DKP-ismus“ und „eine solche Linkspartei braucht kein Mensch“ (5.6.) Welche Sorte Linkspartei nach Meinung von Frau Nahles wohl gebraucht wird? Oder will sie uns nur sagen, dass die SPD die Linke nicht brauchen kann?

„Sie hat die Sprache des 21. Jahrhunderts nicht gefunden. Die Streitenden ähneln einander frappierend in ihrem Bezug auf Denkfiguren der alten Arbeiterbewegung. Alle – die einen sozialisiert in Gewerkschaftsversammlungen, andere aufgewachsen in der DDR – sind geprägt von Bildern und Worten, die den Geist des frühen 20. Jahrhunderts atmen. (...) wer die globalisierte und individualisierte Welt mit den Worten des Industriezeitalters beschreibt, hat auch mit angemessenen Lösungen ein Problem.“ So sorgt sich Stefan Hebel schon wieder über die Linke und ihre Modernität, diesmal nicht in der *FR*, sondern ihrem Double, der *Berliner Zeitung* vom 3.6.

„Die organisierte Linke in Deutschland, die bis heute von Alt-Gewerkschaftern im Westen und Alt-Getreuen im Osten lebt, auch finanziell.“ (*FR* 4.6.)

„Das von Oskar Lafontaine wie eine Marionette geführte Westlager beharrt auf einer

politischen Fundamentalopposition“. „Das einzige, was diese Partei noch eint, ist Unprofessionalität.“ Das Programm ist „dumpf“ und „lafontainesk“ (alles: *Welt* 4.6.)

Ewige Wahrheiten?

Ein beliebter Vorwurf der Medien, der auch innerparteilich gerne aufgegriffen und an die Medien zurückgespielt wird, ist der angebliche Anspruch auf „ewige Wahrheiten“. Das spielt natürlich auf die Geschichte der Linken an, in der mit Berufung auf die sogenannten Klassiker ewige Wahrheiten verkündet wurden, von denen sich viele als falsch herausstellten. Dabei war es Marx, der postulierte: Alles ist zu kritisieren! Er tat das, weil er überzeugt war, dass man nur mit dem Mittel der Kritik zur Wahrheit vorstoßen kann. In einer pluralen Linken muss man sich darüber im Klaren sein, dass mehrere Wahrheiten durchaus nebeneinander Platz haben. Widerspruch und Gegenmeinung muss man aushalten können, ohne gleich über die Medienbande den „Gegner“ vernichten zu wollen.

Der Vorwurf, die Linke wolle „ewigen Wahrheiten“ verkünden, verbergen dabei geschickt etwas Grundlegendes: Es sind die Linken, die unbequeme Wahrheiten ausprechen, die in unserem neoliberalen System verborgen bleiben sollen: Dass die Reichen immer reicher werden und die Armen immer ärmer. Dass das keine natürliche Entwicklung ist, sondern von der Politik so eingefädelt wurde. Dass der reiche Norden und Westen auf Kosten des globalen Südens lebt. Dass wir mit Volldampf in die ökologische Katastrophe rasen. Dass Millionen Kinder verhungern und an heilbaren Krankheiten sterben und Millionen Mütter durch Schwangerschaft und Geburt Leben und Gesundheit verlieren. Und vieles mehr. Das Schlimmste: Die Linke spricht als Wahrheit aus, was man aus der Geschichte lernen kann: Die Welt ist veränderbar. Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte.

Im übrigen war der Ton des Blattes keineswegs feierlich, ernst oder begeistert. Wir hatten lauter verächtliche Gegner und behandelten sie ausnahmslos mit der äußersten Verachtung. Das konspirierende Königtum, die Kamarilla, der Adel, die "Kreuz-Zeitung", die gesamte "Reaktion", über die der Philister sich sittlich entrüstete - wir behandelten sie nur mit Hohn und Spott.

Aber nicht minder auch die durch die Revolution aufgekommenen neuen Götzen: die Märzminister, die Frankfurter und Berliner Versammlung, Rechte wie Linke darin. Gleich die erste Nummer begann mit einem Artikel, der die Nichtigkeit des Frankfurter Parlamentes, die Zwecklosigkeit seiner langatmigen Reden, die Überflüssigkeit seiner feigen Beschlüsse verspottete. Er kostete uns die Hälfte der Aktionäre.

Friedrich Engels über die Neue Rheinische Zeitung

4. Die linken Presseorgane und Online-Medien

Der *Freitag* gilt vielen noch als linksliberal. Gysi bekommt ein großes Interview im Dezember 2011 und Gesine Löttsch darf einen klugen Artikel zur Linkspartei schreiben: Wege zum Kommunismus. Aber der Eigentümer des Blatts Jakob Augstein bedient die Meinungsmache (23.5.), wenn er schreibt, O.L. wolle die Linke zu einem Organ seiner politischen Persönlichkeit machen, obwohl dieser sich nach der Bundestagswahl doch von der Bundesebene zurückgezogen hatte und seinerseits keine Vorstöße unternahm, an die Spitze zurückzukehren. Und Gysi gab „ganz zuletzt“ ein Signal „dass nun die Grenze der Loyalität erreicht sei“. Oskar, der Böse, der Machtmensch, der Autokrat, der die Partei in Geiselnimmt, und sich weigert, sich einer offenen Wahl zu stellen. Wenn Oskar Lafontaine gegen Dietmar Bartsch in einer Kampfabstimmung angetreten wäre – und nur einer hätte ja gewinnen können – dann wäre das die Spaltung der Partei gewesen. Oskar Lafontaine wusste das, Jakob Augstein plappert lieber nach, was die Kollegen vom *Spiegel* vorgesagt haben: Dietmar Bartsch macht er zum Helden, der mutig genug war, von Anfang an den „Kampf gegen Lafontaine“ durchzustehen. Weiter im Mainstreamtext: Oskar Lafontaine sei nie vom Parteivorsitz zurückgetreten, Klaus Ernst war nur sein Statthalter, nun wollte er wieder nach der Macht greifen und keine Konkurrenten dulden. „Honecker lässt grüßen“.

In seiner Kolumne bei *Spiegel online* am 28. Mai macht Augstein sich gar gegen eine Kandidatur von Sahra Wagenknecht stark und kät wieder, was die Presse über Wagenknecht und Lafontaine ausspuckt: Als Fundamentalisten leugneten sie, dass die Verhältnisse ohne die SPD verändert (pardon: verbessert) werden können. Die Linkspartei höre nicht gerne, dass ihre Funktion die des linken Korrektivs sei. Wann hat Augstein das letzte Mal Positionen der Linken zur Kenntnis genommen, fragt man sich.

Wenn es gegen Lafontaine geht, geht's auch noch etwas schlimmer: „Lafontaine wollte die deutsche Linke zu einem Organ seiner politischen Persönlichkeit machen und zu einem Instrument seiner Rache (!!!) an der SPD (...) Wagenknecht und Lafontaine kämpfen vergangene Schlachten“. Die Kolumne ist – genau wie bei den Mainstreammedien – gänzlich frei von jeder inhaltlichen Fragestellung und voll gepackt mit Klischees. Welche

Funktion erfüllt ein solcher Beitrag, außer dem, die Mainstream-Meinungsmache auch in linken Kreisen wirksam werden zu lassen? Und außerdem: Auch die Rolle als Korrektiv der SPD kann die Linke doch nur spielen, wenn sie kämpferisch und laut ihre Positionen darstellt und nicht, wenn sie in einen Schmeichelkurs mit Steinmeier und Gabriel einschwenkt (oder Gutergott gar Steinbrück)!

Benjamin von Brackel schreibt über den Parteitag am 3. und 6.6. im *Freitag* nicht unfreundlich, aber die Story mit den Gesängen „Ihr habt den Krieg verloren“ kolportiert er mit den Worten: „als Leute aus den Westverbänden die Internationale angestimmt und dazu den Text von ‚Ihr hab den Krieg verloren‘ gesungen hatten. Das zumindest wollen viele Ostdeutsche so gehört haben.“ Viele? Wer? Fehlanzeige! Auch von Brackel schaut auf die „tiefen Risse“ und weniger darauf, was verbindet. Riexinger sieht er nicht gleich als „Schoßhund Lafontaines“, dafür sei es „noch zu früh“, aber den Begriff benutzt er schon mal. Kipping und Riexinger bescheinigt er, dass sie „einen Blick für Strömungen außerhalb der Partei“ hätten.

Schon vorher, am 24.5., schrieb Brackel im *Freitag* über Sahra Wagenknecht und bemühte alle Stereotypen der Mainstreammedien: Die von „Ex-Parteichef Oskar Lafontaine, ihrem Lebensgefährten“ Abhängige: „Sie hat sich ganz in den Dienst ihres einstigen Mentors gestellt, der ihren Aufstieg zur Vizechefin in Partei und Fraktion maßgeblich gefördert hat. Dafür hat sie selbst auf Angebote verzichtet, etwa dem von Bartsch, die Partei gemeinsam zu führen.“ Auch alle Stereotypen über die Linke werden herunterbetet und alle Kaffeersatzleserei dazu. Lafontaine „schmeißt hin“, als Gysi sich auf die Seite von Bartsch stellt. „Wagenknecht, die sich bedingungslos vor den Lafontainschen Streitwagen gespannt hat“, die PDS ist durch die Gründung der Linken nach links gerückt.

Die fehlende Distanz des Autors zu den Mainstreammedien erklärt sich wahrscheinlich aus seiner journalistischen Vita bei *taz*, *Tagesspiegel* und *Spiegel* Hauptstadtbüro. Das prägt wohl - auch den Stil. Der ist schlecht. Das „widerstrebende Bild in der Partei“ widerstrebt dem Verstand, wahrscheinlich meinte er widersprüchlich. Und es wäre lohnend, Artikel vor Abgabe noch einmal durchzulesen!

Jana Hensel stellt am 10.5. im *Freitag* fest, dass „Oskar Lafontaine seine Partei zerstört, die er mal retten wollte“. Bodo Ramelow unterstellt sie „ein selten gewordenes Glück, die Krise seiner Partei aus der Provinz mit Frohlocken beobachten zu können“. Warum das für Ramelow ein Glück sein soll, führt sie nicht aus. „Der momentane Niedergang jedenfalls geht nicht auf sein Konto.“ Geht er denn überhaupt auf das Konto von Einzelnen? Aber es macht sich halt gut, einen hochleben zu lassen, um den anderen umso besser zu attackieren. Und das neue informelle Machtzentrum ist Oskar Lafontaine und Sahra Wagenknecht? „Keiner außer den beiden hat in der Partei noch irgendetwas zu sagen.“ Das ist ein Satz, der einer seriösen Journalistin unwürdig ist. Das ist Kaffeersatzleserei, wie wir es von der Regenbogenpresse kennen. Aber als Bestseller-Autorin schreibt man wahrscheinlich auch Presseartikel aus dem Bauch. Dafür weiß sie am 22.5., dass Oskar Lafontaine die Macht an sich reißen, aber auch noch gebeten werden wolle, als „Retter“ und „Messias“. Die Gerüchteküche der Zeitungen brodelte, schreibt sie und dieselbe scheint auch ihre Quelle zu sein.

Das *Neue Deutschland* (*nd*) steht dem Reformflügel nahe, während die *Junge Welt* (*jw*) eher auf der Linken der Linken zu verorten ist. Ansonsten steht sie der DKP nahe. Am 4.6. wird auch im ND von Uwe Kalbe die Meldung kolportiert, der linke Flügel habe, als Riexinger gewählt wurde, „Ihr habt den Kampf verloren“ angestimmt. In dem Bericht wird viel gemutmaßt und z. B. der Reformseite unterstellt, sie habe ihr Ziel erreicht und mit der Kandidatur Bartschs die Rückkehr Lafontaines an die Spitze verhindert. Auch Kalbe wirft Oskar Lafontaine vor, er habe eine Kampfkandidatur unter seiner Würde empfunden, obwohl Lafontaine in seiner Erklärung etwas anderes mitteilte. Und die Wahl Riexingers ist Ergebnis des „Grolls“ des Lafontaine-Lagers, der „unerbittlich nach Genugtuung“ verlangte. Und nach der Wahl sei die Halle „von kalten Entsetzen übervoll“ gewesen.

Am 31.5. erschien ein Artikel im *nd* „Die gute Linke und die bösen Medien“, in dem der „Klage des radikalen Flügels der Linken gegen eine Medienblockade“ widersprochen wird. Begründung: Sahra Wagenknecht wird von den Medien hofiert, im ersten Absatz werden minutiös alle Medien aufgezählt, in denen sie erschien. Sollte es dem Autor Jürgen Reents wirklich entgangen sein, dass außer Sahra Wagenknecht und dem innerparteilichen Streit, Positionen der Linken in den Medien nicht nur nicht vorkommen, sondern unterschlagen werden? So, wenn die Forderungen aller anderen Oppositionsparteien genannt werden, die der linken aber nicht. Dieses Weglassen der Linken, obwohl sie die zweitstärkste Oppositionspartei im Bundestag ist, schlägt sich häufig auch in der *Jungen Welt* nieder, wenn sie aus Unachtsamkeit mehr oder weniger kritiklos Agenturmeldungen übernimmt. Der Verdacht ist nicht unbedingt von der Hand zu weisen, dass die Rechnung der Medien nicht aufging, Sahra Wagenknecht zu hofieren, damit Dietmar Bartsch eine Partnerin in der Doppelspitze gehabt hätte, die sowohl links als auch Westen als auch Lafontaine-Lager gewesen wäre.

Auch der Umgang der Medien mit Klaus Ernst scheint dem *nd* völlig entgangen zu sein. „Bitter nötige, konkrete Medienkritik“, wie es sie bei der radikalen Linken anmahnt, leistet auch das *nd* nicht. Das Suchwort „Medienkritik“ ergab 41 Artikel, alle handeln von der Medienkritik anderer. Eine eigene sucht man vergebens, eine Kolumne von Arno Klönne ausgenommen. Medienkritik wäre dann wohl überfällig gewesen! Stattdessen spiegelt Jürgen Amendt die Meinung der Presse über den linken Parteitag am 5.6. im *nd*, ohne ein kritisches Wort zu verlieren.

Die *Junge Welt* positioniert sich ebenso eindeutig wie das *Neue Deutschland*, nur auf der anderen Seite. Sie hört „Pfui-Rufe“ der Reformen, als die Wahl von Riexinger bekannt gegeben wurde. Gesine Löttsch und Klaus Ernst fiel es „sichtlich schwer, den Dank Gregor Gysis und Oskar Lafontaines für ihre Arbeit freundlich entgegenzunehmen“ (*jw* 4.6.2012).

Allen Medien, den linken wie den rechten oder der Mitte, dem Boulevard und den ehrbaren, ist gemeinsam, dass sie in Bezug auf die Linke Bericht, Reportage und Meinung, Tatsache und Gerücht lustig vermengen und damit ein Bild zeichnen, das dem eigenen Weltbild entspricht.

„Von Medienschaffenden ihres Formats sollte man erwarten, dass sie zwischen ihren eigenen Interessen und dem, was sie öffentlich vertreten, zu unterscheiden vermögen.“

Albrecht Müller

5. Nach dem Parteitag ein neues Ziel

Nach dem Parteitag gibt es eine neue Medien-Strategie: Das Lafontaine-Lager wolle Gysi aus dem Fraktionsvorsitz drängen. Und Spiegel online kolportierte mit Berufung auf „Parteikreise“, weder Wagenknecht noch Lafontaine wollten, dass Gysi die Partei ins Wahljahr führe (zitiert nach *junge Welt* 7.6.) Und Dietmar Bartsch erhebt nach der *Märkischen Oderzeitung* Vorwürfe, die Wahl sei nicht mit rechten Dingen zugegangen, weil die Mitgliederzahlen (im Westen) geschönt seien.

Hoffnung auf den Showdown

Der *Bayernkurier* sei hier, weil es so schön war, wiederholt: „Die Linke wird im Westen auf die zwei Prozent Bodensatz absinken, die die WASG schon hatte. Im Osten wird sie noch regionale Bedeutung haben, bis die letzten DDR-Nostalgiker wegsterben. Und dann hoffentlich im Sumpf der Geschichte versinken“ (26.5.).

Einen „Showdown“ sehen *Berliner Zeitung* und *Frankfurter Rundschau* sowie *Tagesspiegel* (1.6.) und *FAZ Sonntagszeitung* (27.5.), nachdem schon am 16. und am 18.5 die *Sächsische Zeitung* und am 16.5. die *FAZ* den Showdown prognostiziert hatten. Die *Welt* sieht den „Abgrund“ (1.6.), die *Süddeutsche* eine „neue Zerreißprobe“ (30.5.), ein „Endspiel“ wieder *FR* und *BZ* (24.5.) und „Linksaußen im Aus“ die *FAZ* (23.5.).

Nachdem das strategische Ziel, Oskar Lafontaine zu neutralisieren und damit die Wahlerfolge der Linken zu unterbrechen, mit dessen Krebserkrankung unverhofft erreicht war, wurde in der nächsten Phase die Auseinandersetzung Ost-West, Reformen gegen Chaoten und Fundis in Szene gesetzt. Vorlagen und Anknüpfungspunkte für diese Strategie haben diverse Stichwortgeber aus der Partei und auch das Verhalten der Linken, vor allem in den westlichen Landesverbänden, gegeben. Nachdem Oskar Lafontaine nun endgültig weg scheint aus der Bundespolitik, wird die Strategie angepasst. Kolportiert wird, Gysi würde von den Linken in der Linken demontiert und angegriffen. Damit schlägt man zwei Fliegen mit einer Klappe: die linke Linke wird demontiert, Gregor Gysi und die Ostlinke soll noch weiter aufgebracht werden gegen die Westlinke und ein weiterer Keil in die Partei getrieben werden. Und umgekehrt wird kolportiert, die Ostlinke sei schon auf Vereinigungs- oder Übertrittskurs in die SPD.

DIE ZEIT (5.6) gibt eine Variante der neuen strategischen Linie vor („Die aktuelle Krise der Linkspartei stellt für die SPD insofern eine zweite historische Chance dar“): für die nach der Wende misslungene Vereinigung von SED/PDS mit der SPD gebe es jetzt eine neue historische Chance. Dieses Angebot würden angeblich einige in der Linken annehmen wollen.

Die Ostlinken werden gegen die „linkssektiererischen Westgenossen“ in Stellung gebracht. Trotzdem ist der Antikommunismus so stark, dass der Autor Ludwig Greven sich

nur traut, ganz kurz zu springen. Denn nicht eine Vereinigung, nur einen Übertritt sieht er. Die „Ewiggestrigen von der SED“ (wie sollen die aussortiert werden??) sollen für „Lafontaines Resterampe“ bleiben. Immer wieder wird auch die Spaltung diskutiert (die leider Gregor Gysi in die Diskussion brachte) und die für Stefan Liebich nicht vom Tisch ist.

Auch *DIE WELT* (4.6) findet „Noch hat die SPD-Spitze Zeit genug, erfahrenen und erfolgreichen Linken attraktive Listenplätze für die Bundestagswahl anzubieten.“

Die *Süddeutsche* geht in eine ähnliche Richtung wie die *Zeit* (2.6.): „Im Bundestag hat sie nur dann eine Zukunft, wenn sie konsequent auf ihre regionale Stärke setzt und sich nicht von den Träumen einer immer versprengter wirkenden Westlinken dominieren lässt. (...) Sie ist vielmehr dabei, in ihre Teile zu zerfallen. Und, Ironie der Geschichte, die SPD kann das vielleicht verhindern“. Diese Aussage wird nicht weiter expliziert. Wie sollte sie das verhindern können? Indem sie mit der alten PDS einen CDU/CSU-Deal macht? Abspaltung von der Westlinken und Regionalpartei im Osten – das wird ständig beschworen – in einer gemeinsamen Fraktion mit der SPD?

Und als krönender Abschluss *Bild am Sonntag* (2.6.): „Merkel und die Linke: Angela Merkel hatte gestern in Berlin eine schwierige Parteikonferenz zu bestehen. Doch noch spannender dürfte für die Kanzlerin der Parteitag der Linken in Göttingen sein. Denn vom Schicksal der Linkspartei hängt entscheidend ab, welche Aussichten sie auf eine dritte Kanzlerschaft hat.“

Setzen sich in der SED/PDS-Nachfolgepartei jetzt oder im nächsten Jahr die Reformer gegen die Systemveränderer durch, ist RotRotGrün auf Bundesebene sofort eine Option - auch wenn die SPD-Führung dies bis zum Wahltag bestreiten wird. Die Verlockung wäre für die Genossen einfach zu groß. Denn zusammen mit einer reformierten Linkspartei hätte Rot-Grün gute Chancen, die Bundestagswahl zu gewinnen. Dann wäre der nächste Kanzler mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Sozialdemokrat.“ Das richtet sich offenbar sowohl an die SPD als auch an die Reformer in der Linken.

...die Bürger demokratischer Gesellschaften sollten Kurse für geistige Selbstverteidigung besuchen, um sich gegen Manipulation und Kontrolle wehren zu können.

Noam Chomsky

6. Eine Kampagne gegen die Linke?

Albrecht Müller betreibt wie kaum ein anderer in Deutschland auf populäre Art Medienkritik. Er sei deshalb hier ausführlich zitiert. Er schreibt auf NachDenkSeiten.de: „Bei meinen Untersuchungen zur Bedeutung von Meinungsmache für politische Entscheidungen ergab sich, dass Meinungsmache nicht nur politische Sachentscheidungen

prägt; auch die Vorbereitung auf Kriege und die Geschichtsschreibung, die Vorliebe und Ablehnung von politischen Koalitionen und Optionen wie auch die Entscheidung über Personen werden in erstaunlichem Maße von bewusst und geplant eingesetzter Meinungsmache und Manipulation beeinflusst“ (30.5.2012). Und in „Nachdenken über Deutschland“ 2010/11 schreibt er: „Nichts Schlimmeres scheint es in Deutschland zu geben, als wenn eine Partei, die sich links nennt und es auch sein will, in die Regierungsverantwortung drängt. Da heißt es vorbeugen: mit der Diskreditierung von Personen und Programmen und mit der Beeinflussung der internen Meinungsbildung. Das ist durchaus ein Zeichen. Die ‚Linke‘ wird langsam als politische Kraft ernstgenommen und als Gefahr betrachtet.“⁶

Und noch einmal Albrecht Müller: „Spiegel, Bild und im Gefolge andere Medien wollen die Linke auf einen erfolglosen Kurs drängen – so einfach ist das. Wäre ich der Strategie der Rechten, würde ich das auch so machen.

Die Strategie dieser Medien und ihrer Hintermänner ist deutlich erkennbar eine Doppelstrategie: Sie nagen am positiven Image der Linkspartei und sie versuchen, die innerparteiliche Willensbildung zu beeinflussen. (...). Mir scheint innerhalb der Linken nämlich jetzt eine Konstellation vorzuliegen, die ich als Sozialdemokrat und als Wahlkampfplaner der SPD mehrmals erlebt habe: Den Rechten innerhalb dieser Parteien, heute nennt man sie Realos bei der Linken, sind die Wahlergebnisse schnurzegal, solange sie innerparteilich nicht die totale Macht haben. Das war so bei der SPD zu Willy Brandts Zeiten. Man hat ihn innerparteilich ohne Rücksicht auf Verluste beim Wähler ansehen und bei Wahlen attackiert. Heute haben die Seeheimer und die Netzwerker dort das Sagen, aber die Macht ist weg und auch keine Perspektive da.“⁷

Ja, und so funktioniert es

Nachdem in die Welt gesetzt wurde, das sog. Lafontaine-Lager wolle Gysi aus dem Fraktionsvorsitz drängen, „berichtet“ die *Mitteldeutsche Zeitung*⁸ (gehört zum DuMont-Konzern):

mz-web.de
Mitteldeutsche Zeitung

Gysi lässt Blumen sprechen

VON MARKUS DECKER, 12.06.12, 20:55h, aktualisiert 12.06.12, 21:48h

„Bloß die Parteilinke Ulla Jelpke ließ es sich am Rande nicht nehmen, mit Blick auf die Wahl 2013 zu betonen: ‚Danach muss es passieren‘. Dann müsse Wagenknecht Gysi ablösen.“

⁶ Albrecht Müller: Die große Angst vorm roten Wolf: Hilfe, die Linke kommt!, in: Nachdenken über Deutschland. Das kritische Jahrbuch 2010/2011, S.236.

⁷ <http://www.nachdenkenseiten.de/?p=7828>

⁸ Die Mitteldeutsche Zeitung gehört zum DuMont-Konzern, wie z.B. auch Kölner Stadtanzeiger, Kölnische Rundschau, Express, Berliner Zeitung, Berliner Kurier, Hamburger Morgenpost und Frankfurter Rundschau.

Dazu schreibt Ulla Jelpke in einer Email an die AbgeordnetenkollegInnen: „... an der von der Mitteldeutschen Zeitung kolportierten Meldung, ich habe den Rücktritt von Gregor gefordert, ist nichts dran. Rechtliche Schritte gegen die Zeitung werden geprüft, eine Gegendarstellung ist in Arbeit.“

In ihrer Presseerklärung führt sie aus: „Berichte über Rücktritts-Forderung an Gysi sind erstunken und erlogen“.

„‘Unter Berufung auf die *Mitteldeutsche Zeitung* berichten diverse Medien und Nachrichtenagenturen, ich hätte den Rücktritt des Fraktionsvorsitzenden Gregor Gysi nach der nächsten Bundestagswahl gefordert. Solche Berichte sind frei erfunden‘, erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke.“

Die *Mitteldeutsche Zeitung* musste dann dementieren.

„Es ist einfacher Menschen zu täuschen, als sie davon zu überzeugen, dass sie getäuscht wurden.“

Mark Twain

7. „Wie man einen Skandal fabriziert“

Mit Bezug auf die Affäre um Christian Wulff kramt Malte Lehming im *Tagesspiegel* (9.1.12) die Anleitungsbroschüre der Murdoch-Gruppe mit dem Titel „Making of a Scandal“ aus. „Längst ist das Pamphlet (...) ins Deutsche übersetzt, es kennt fast jeder Volontär. Die Frage, ob das stimmt und ob es diese Broschüre wirklich gibt, ist dabei weniger wichtig als die Tatsache, dass es so sein könnte“, schreibt er ganz richtig.

Und hier sind die Regeln, die der *Tagesspiegel* noch einmal veröffentlicht hat.

Zehn Regeln, wie man einen Skandal fabriziert

1. Falls Du keine Enthüllungs-Konkurrenz befürchten musst, warte mit der Veröffentlichung auf eine nachrichtenarme Zeit. Gut ist der Beginn der Sommerferien, perfekt die Weihnachtszeit. Mangels anderer Themen gibt es hier die größtmögliche Resonanz.
2. Verschieß' Dein Pulver nicht gleich beim ersten Mal. Strecke und dosiere die Geschichte so, dass der Leser das Gefühl bekommt, er habe erst die Spitze des Eisbergs gesehen. Das erzeugt Neugier und garantiert eine längere Haltbarkeit.
3. Ideal ist, wenn sich der Angegriffene zum Zeitpunkt der Lancierung auf Urlaub oder Dienstreise befindet. Dann kann er sich nicht unmittelbar zur Wehr setzen, sondern hinkt dem Skandal hinterher, der dadurch eine Eigendynamik bekommt.
4. Suche Komplizen! Ein einzelnes Medium ist für eine Kampagne zu schwach. Füttere also die Konkurrenz recht bald mit Exklusiv-Informationen, damit sie in die Geschichte

einsteigt. Ohne andere willige Vollstrecker – insbesondere auch in den elektronischen Medien – laufen Affären schnell leer.

5. Weil immer etwas hängen bleibt, gib nach der ersten großen Welle Umfragen in Auftrag, die belegen, dass der Angegriffene an Ansehen verliert. Das beschleunigt dessen Negativspirale. Anschließend musst Du Politiker finden (jeder Hinterbänkler ist willkommen), die seinen Rücktritt fordern. Dann kannst Du tagelang titeln „...immer stärker unter Druck“.

6. Dauert die Kampagne bereits lange genug, spielt das Ursprungs-Thema keine Rolle mehr. Dann kann das Zusatzargument gebracht werden, dass die Debatte das Amt selbst beschädigt.

7. Komme mit immer weiteren Vorwürfen. Dabei zählt nicht Qualität, sondern Quantität. Kann sie der Angegriffene schon aus Zeitgründen nicht sofort entkräften, lässt sich ihm Salamtaktik vorwerfen (hinkt der Aufklärung hinterher, gibt nur zu, was ohnehin bekannt ist).

8. Streue immer mal wieder Gerüchte, dass es da noch mehr „im persönlichen Umfeld“ des Angegriffenen gebe, das enthüllt werden könnte. Das verstärkt das Misstrauen gegen diesen und hält den Spannungslevel konstant hoch.

9. Starte nach etwa zwei bis drei Wochen die Nachfolge-Diskussion. Das erzeugt das Gefühl, der Rücktritt des Angegriffenen sei schon beschlossene Sache und nur noch eine Frage der Zeit.

10. Sollte die Person wider Erwarten jetzt immer noch im Amt sein und Du Dein Pulver verschossen haben, konzentriere Dich ausschließlich auf die Charakter-Frage (Pattex-Politiker, klammert sich ans Amt, ist ehrlos, hat keine Würde mehr).

Hier der Link zu dem Artikel, weil Malte Lehming, in wirklich guter journalistischer Manier, zur Erläuterung der einzelnen Punkte Links zu Artikeln in der eigenen Zeitung, dem *Tagesspiegel* gelegt hat: <http://www.tagesspiegel.de/meinung/kontrapunkt-wie-ein-skandal-gemacht-wird/6046546.html>

Die *NachDenkseiten* von Albrecht Müller und Wolfgang Lieb sind ebenfalls eine Fundgrube für Nachweise, wie Meinung gemacht wird, zum Beispiel zum Sparrekord der Deutschen: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=9866>

Kapitel 2 Medienmacht und Zeitgeist

*Die großen Männer sagen viele dumme Sachen
Sie halten alle Leute für dumm
Und die Leute sagen nichts und lassen sie machen
Dabei geht die Zeit herum
...*

*Die großen Männer tun, als ob sie weise wären
Und reden sehr laut – wie die Tauben
Die großen Männer sollte man ehren
Aber man sollte ihnen nicht glauben*

Bertolt Brecht

8. Die vierte Gewalt

Die Massenmedien bezeichnen sich gerne selber als „vierte Gewalt“ neben Parlamenten, Regierungen und Gerichtsbarkeit. Sie reklamieren eine Kontrollfunktion gegenüber den anderen drei Gewalten und berufen sich auf Artikel 5 des Grundgesetzes, das die Freiheit der Meinung garantiert. Sie haben nach unserer Verfassung also eine wichtige Funktion für die Demokratie. Aber sind die Medien in der Lage, diese Funktion zu übernehmen, wenn sie überwiegend entweder in Privateigentum von Superreichen sind, wie fast alle Printmedien oder von Parteien und Organisationen dominiert und gelenkt werden, wie die öffentlich-rechtliche Sender, die den wiederum Kapitalinteressen verpflichtet sind und das kapitalistische Gesellschaftssystem konservieren wollen?

„Die Funktion, die Kirche hatte, haben heute die Medien.“ Auf der Suche im Internet nach dem Autoren dieses Gedankens, stellt man fest, dass der Gedanke so oft wiedergegeben wird, dass er wohl als Allgemeingut gelten kann. Johannes Neufeld stellt in seiner Seminararbeit *ARD/ZDF Langzeitstudie Massenkommunikation: Mediennutzung und Nutzungsmotiv 2005*⁹ fest: „Wenn früher die Kirche die Funktion inne hatte und für einen routinemäßigen Tages- und Wochenablauf sorgte, so wundert nicht, dass diese Rolle mittlerweile von den Medien ausgefüllt wird.“ Aber nicht nur darauf haben die Medien einen Einfluss und der Begriff „meinungsbildende Medien“ meint ja, dass diese die Meinung anderer, also der LeserInnen, HörerInnen und ZuschauerInnen, bilden. Denn zu einem funktionierenden Gemeinwesen, einer regierbaren Gesellschaft gehört ein Grundkonsens, den die große Mehrheit teilt und unterstützt. Dieser Grundkonsens schützt die Herrschafts-, Produktions- und Verteilungsverhältnisse und verhindert, dass politische Entwicklungen aus dem Ruder gehen und gesellschaftliche Veränderungen zu Lasten der Kapitaleigner verändert werden.¹⁰

⁹ <http://www.hausarbeiten.de/faecher/vorschau/63642.html>

¹⁰ Das Internet soll hier nicht als Medium gelten, sondern als virtueller Raum, in dem wiederum Medien agieren, allerdings in größerer Vielfalt.

Medien sind heute eines der wichtigsten Instrumente zur ideologischen Herrschaft, anders gesagt zur Herstellung und Bewahrung gesellschaftlicher Hegemonie. Schule, Universität, Militär und Vereinswesen verblassen daneben. Sehr hilfreich ist dabei, dass auch zwanzig Jahre nach dem Untergang des realen Sozialismus noch auf den Antikommunismus gebaut werden kann, mit dem sich linke und radikaldemokratische Bestrebungen neutralisieren lassen. Sehr hilfreich ist das Schüren von Verachtung, ja Hass gegen Arme, Arbeitslose, gegen MigrantInnen, Muslime. Sie werden zu den Krisenverursachern, zu Parasiten des Sozialsystems erklärt. So bleiben die wirklichen Verursacher im Dunkeln und unsichtbar erscheint, wer schmarotzt und von der Zerschlagung des Sozialsystems profitiert. Und – was vielleicht noch wichtiger ist - die Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise wird verschleiert.

Medienkritik ist in Deutschland so wenig populär wie die Frage nach jenen Gruppen, die ihre Interessen via Medien durchsetzen. Die Mächtigen im Lande haben eine komplexe Landschaft der Einflussnahme entwickelt, deren Zentren Stiftungen, private Wissenschaftseinrichtungen, Think Tanks, PR-Agenturen, private Medienkonzerne und öffentliche Medien und nicht zuletzt die den Kapitalinteressen verpflichtete Politik darstellen. Dies im Rahmen Deutschlands zu analysieren, ist mühsam. Auf europäischer Ebene sind die Verhältnisse beinahe undurchschaubar. Volker Brandl von Attac Karlsruhe verweist auf eine der Führungspersönlichkeiten des Neoliberalismus, Friedrich Hayek, der formuliert habe, weder Wissenschaftler noch Wirtschaftsreibende dürften sich damit begnügen, auf politische Entwicklungen ihrer Gesellschaften bloß zu reagieren. Vielmehr sollten sie selbst aktiv werden, um neoliberalistische Konzepte auf diversen Politikfeldern zu entwickeln und diese durch Überzeugungsarbeit gesellschaftsfähig zu machen. Brandl weiter: „Dem gemäß gehörte es zum Instrumentarium von Denkfabriken: politische Ideen detailliert auszuarbeiten und sie durch geschickt angelegte Werbefeldzüge – u.U. gestützt auf sympathisierende Gruppierungen der Medienlandschaft - zu popularisieren; eine möglichst große Nähe zu den Zentren der politischen Macht wird dabei häufig angestrebt. Finanziert wurden und werden diese Denkfabriken teilweise vom Staat und im besonderen Maße von der Wirtschaft sowie von reichen Einzelpersönlichkeiten und Stiftungen.“¹¹

¹¹ http://www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user_upload/Gruppen/Karlsruhe/text/AK_NPuG/200705_Volker_Brandl_NeoliberalerDenkfabrikenInDenUSA.pdf

*„Was ist ein Dietrich gegen eine Aktie?
Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?
Was ist die Ermordung eines Mannes gegen die Anstellung eines Mannes?“*

Bertolt Brecht

9. Medienmacht ist Wirtschaftsmacht – Wirtschaftsmacht ist Medienmacht

Wir erleben, nicht nur, was den Umgang mit der Linken angeht, eine geballte und in entscheidenden Fragen völlig gleichgeschaltete Medienlandschaft. Nur wenige Ausnahmen gibt es, die im allgemeinen Einheitsbrei kaum auffallen. Die Gleichschaltung funktioniert anders als in autoritären Staaten. Sie verläuft selber verdeckt und wird gut versteckt. Das hört sich nach Verschwörungstheorie an. Dass die Gleichschaltung nicht offen geschieht, hat sie mit Verschwörungen gemeinsam, auch dass die Beteiligten nicht darüber reden möchten. Aber sie ist doch viel leichter aufzudecken und das soll im folgenden geschehen.

Massenmedien sind überwiegend in Privatbesitz und gehören zu fast 100 Prozent den großen deutschen Medienkonzernen Bertelsmann, Axel Springer, Holtzbrinck, Burda, Bauer, Weltbild und WAZ. Deren Meinungsfreiheit ist garantiert. Sie bestimmen, was in den Zeitungen und auf den Websites stehen soll. Natürlich tun sie das nicht direkt durch Anweisungen, jedenfalls meistens nicht. Bei Axel Springer sind die Journalisten und Redakteure jedoch zum Beispiel auf eine Pro-Israel-Haltung und auf die Treue zur „sozialen Marktwirtschaft“ verpflichtet, also zur Systemkonformität.

Und auch die soziale Unsicherheit diszipliniert. Redakteure und Journalisten sind abhängig Beschäftigte, einige werden gut bezahlt und die meisten anderen schlecht. Abweichungen vom Konsens der Zeitung oder des Mediums sind schon deshalb existenzbedrohend, weil es nur noch wenige feste Stellen gibt und Tausende freie Journalisten auf eine feste Stelle hoffen.

Neben der Interessenidentität der Besitzer und Herausgeber der Medien mit den Kapitalinteressen der 1000 Reichsten und einer hohen Verflechtung der Kapitalien gibt es die direkte Einflussnahme über die Anzeigen, über Netzwerke und Seilschaften und Parteien. Die Interessen dieser Leutesind in erster Linie Kapitalmarktinteressen. Das heißt, sie brauchen ein gutes Spekulationsklima, Wirtschaftsräume mit wenig Regeln, billige Arbeitskräfte. Sie brauchen genügend frisches Geld für die Spekulationen, und wenn das eigene nicht reicht, nehmen sie auch das Geld von kleinen Leuten, die sie mit Kampagnen dazu bringen, zur Sicherung ihrer Renten in Fonds einzuzahlen. Sie wollen, dass zur Rettung der Banken genügend Staatsknete zur Verfügung steht, die aus dem Sozialhaushalt genommen werden kann. Wer da in die Quere kommt, sei es eine Einzelperson wie 1999 Oskar Lafontaine oder heute die Linke, muss sich warm anziehen.

Wie Zeitdruck, finanzielle Abhängigkeit, Sponsoring, Druck durch Anzeigenkunden, Einwirkungen durch Think Tanks und Spin Doctors (Medien-Berater) zusammenwirken beschreiben Noam Chomsky (Manufacturing Consent und Media Control), Albrecht

Müller (Meinungsmache) und andere. Eine kurze Darstellung der Medienmacht und des Medienwirkens gibt Markus Jansohn in seinem Beitrag „Medien, Macht, Manipulationen“¹². Er nennt als Beispiel eine Panorama-Sendung kurz vor den Landtagswahlen in Hamburg, in dem die Autorin Tamara Anthony einen sehr negativen Bericht über die Linke bringt¹³. Sie ist Vorsitzende des „journalist network“. Dieses wurde von Michael Anthony gegründet (vielleicht ihr Mann oder Bruder?). Auf der Website der BMW-Stiftung findet man folgendes über ihn: Michael Anthony leitet den Bereich Mikroversicherungen bei der Allianz SE, der weltweit größten Versicherungsgesellschaft. Die Tochtergesellschaften von Allianz in Asien und Afrika haben in Zusammenarbeit mit Entwicklungshilfeorganisationen und Mikrofinanzinstitutionen vor kurzem Mikroversicherungen¹⁴ eingeführt, um den armen Bevölkerungsschichten Zugang zu Versicherungsleistungen zu ermöglichen. Michael Anthony war auch in der Abteilung „Corporate Affairs“ für die Positionierung des Unternehmens in Fragen des Klimawandels zuständig. Zuvor arbeitete Michael Anthony als Journalist in Berlin und Jerusalem für die deutsche Wochenzeitung *Welt am Sonntag* und diverse Zeitschriften. Er ist Gründer und ehemaliger Geschäftsführer von *journalist network*, eines Fachverbandes, der sich für den verbesserten Zugang zu Informationen für Auslandsjournalisten einsetzt.“

Dieser Fachverband ist eher ein Lobbyverband, denn gefördert, gesponsert wird er von folgenden Unternehmen: Air Berlin, Allianz Group, BASF, BMW, BMW Stiftung H. Quandt, British Petroleum, Brussels Airlines, Daimler, DHL, EED, Eurogate, Eurohypo, GlaxoSmithKline, Goldman Sachs, Gruner + Jahr, Imperial Tobacco, H. Stern, Haim Saban Foundation, Knauf, Lanxess, Lenovo, Leoni AG, Liebherr, Lufthansa, Marco Polo Reisen, Metro Group, Puma, Robert Bosch Stiftung, Ruhrgas, RWE, Siemens, Spacial Solutions, Strabag, TÜV Rheinland, TUI, Volkswagen und Westfracht Spezialverkehre. Außerdem sponsert das Auswärtige Amt, die GIZ, die EU-Kommission, die FAZIT-Stiftung, die Friedrich Ebert Stiftung, die Hanns Seidel Stiftung, die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Welthungerhilfe und World Vision. Da ist es nicht verwunderlich, dass Anthony sich des Themas Klimawandel im Sinne seiner Förderer, die überwiegend selber erheblich klimawirksam sind, annimmt. Und im Kuratorium finden wir: Ulrich Brenner, ehemaliger Leiter der Deutschen Journalistenschule (DJS), Ulrich Deppendorf, Leiter *ARD-Hauptstadtstudio*, Dr. Wilm Herlyn, ehemaliger Chefredakteur dpa, Dr. Josef Joffe, Herausgeber *Die Zeit*, Peter Kloeppe, Chefredakteur *RTL*, Giovanni di Lorenzo, Chefredakteur *Die Zeit*, Bascha Mika, Medienwissenschaftlerin und langjährige *taz*-Chefredakteurin, Dagmar Reim, Intendantin *Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb)*, und Prof. Dr. Eberhard Sandschneider, Forschungsdirektor Deutsche Gesellschaft für Aus-

¹² <http://www.hintergrund.de/20090923495/hintergrund/medien/medien-macht-manipulationen.html>

¹³ <http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2008/erste626.pdf>

¹⁴ Mikrofinanzierungen und neuestens Mikroversicherungen wurden in den letzten Jahren als Quelle frischen Geldes für die Finanzmärkte und als Möglichkeit, hohe Zinsen zu verwirklichen „entdeckt“, nachdem durch den Nobelpreis das Modell von Muhamad Yunus' Grameen Bank berühmt wurde. Zwischenzeitlich tummeln sich alle großen Finanzinstitute aus diesem neuen riesigen Markt und freuen sich an hohen Zinsen, hohen Rückzahlungsquoten und geringen Ausfällen. Die arme Bevölkerung des Südens aber überschuldet sich mehr und mehr, wie vertrauenswürdige NGOs warnen. Der Kreditmarkt wird aufgebläht und die nächste Schuldenblase wächst heran.

wärtige Politik. Dieses Netzwerk verdient seinen Namen; es vernetzt Journalisten, Zeitungen, öffentlich-rechtliche und private Fernsehanstalten, die Konzerne, die Politik, Forschung und NGOs perfekt. Man könnte es auch Filz nennen. Und sein Gründer hat davon schon profitiert. Er tat genau das, was in Politikerkreisen immer üblicher wird: nachdem man eine konzern- und kapitalmarktfreundliche Politik abgeliefert hat, wechselt man auf die gut bezahlten Vorstands- und Aufsichtsratsposten der Konzerne oder wird ihr gut entlohnter Berater.

Und ohne erhebliche Steuervorteile hätte die Bertelsmann AG nicht so viel Geld scheffeln können und ohne ihre wunderbare Stiftung, eine Denkfabrik, die dieser oder jener Regierung gerne fertige Gesetze formulierte, hätten wir immer noch kein Hartz IV und keinen vogelfreien Arbeitsmarkt.

Uli Gellermann

10. Bertelsmann – Europas größter Medienkonzern

Der größte Player auf dem deutschen und Medienmarkt ist der Bertelsmann-Konzern. Bertelsmann ist ausgesprochen erfolgreich darin, seine Ziele geschickt zu verschleiern. Nach außen stellt sich der Konzern als transparent, kreativ, unabhängig, respektvoll im Umgang im Innern und nach außen dar. Die Grundwerte des Konzerns haben einen guten Klang: Partnerschaft, Unternehmergeist, Kreativität und gesellschaftliche Verantwortung. „Dabei sind wir uns unserer besonderen Verantwortung als Medienunternehmen bewusst. Medien spielen in der Gesellschaft eine wichtige Rolle: Sie sind Wirtschafts- und Kulturgut zugleich und unterstützen die öffentliche Meinungsbildung. Wir sehen unsere Aufgabe darin, mit einer Vielzahl kreativer Unterhaltungs- und Informationsangebote zu einer vielfältigen Medienlandschaft beizutragen. Auch dieser Auftrag ist in den Bertelsmann Essentials, unseren Grundprinzipien, formuliert: ‚Wir fördern die künstlerische und geistige Freiheit, den Schutz von Demokratie und Menschenrechten, den Respekt vor Traditionen und kulturellen Werten; deshalb spiegeln unsere Inhalte eine Vielfalt von Einstellungen und Meinungen wider.‘“

So wird das Selbstverständnis des Konzerns beschrieben. Diese Selbstdarstellung ist Ausdruck einer langen systematischen, ständig weiter entwickelten und modernisierten Medienstrategie seit 1945 mindestens. Bertelsmann ist ein genialer Lauscher am Zeitgeist, der Konzern griff die Diskussionen um Filz und Bürokratie in den Verwaltungen auf, entwickelte jahrelang Kampagnen daraus, um dann bei den Verwaltungen als Retter aufzutreten mit Konzepten, die Mohn aus den USA und Japan importiert hatte. Die Spezialität aller Teile des Konzerns ist die Entwicklung von Kampagnen und die Verbrämung der eigenen Ziele und Strategien. Sehr umfassend ist das nachzulesen in *Das New Public Management als übergreifendes Konzept der Bertelsmann-Stiftung*.¹⁵

¹⁵ <http://www.bertelsmannkritik.de/oekonomisierung.htm>

Bertelsmann adaptiert das gesamte Reformvokabular, „um ihm die emanzipatorischen und systemkritischen Inhalte ihrer politischen Zielsetzung zu entziehen und in die gegenteilige systemstabilisierende Richtung umzubiegen“, ist dort zu lesen. Auf der Webseite der Bertelsmannkritiker heißt es weiter: „Weit vorausschauend greift die Bertelsmann Stiftung reale gesellschaftliche Probleme und Konflikte unter gemeinnützigem Label und als scheinbar neutrale Beobachterin auf. Sie ist Meisterin im Knüpfen von Netzwerken aller Art. So liest sich die Liste ihrer Kooperationspartner/innen wie das gesellschaftliche ‚who is who‘. Es fällt auf, dass untereinander die Kirchen nie und die Gewerkschaften normalerweise selten kooperieren. Findig im Aufspüren unterschiedlicher Partner/innen, führt die Bertelsmann Stiftung sie zusammen. Dabei konstituiert sie ein neues Staatsverständnis (new governance). Tatsächlich fallen dabei manch alte Zöpfe. Das macht einen großen Teil ihrer Wirkung auch bei Links-Alternativen aus.“ Entscheidend ist dabei, dass Bertelsmann über enorme publizistische Mittel (Printmedien, Radio, Fernsehen) verfügt. Mit einem Umsatz von 15,2 Milliarden Euro, einer Umsatzrendite von 11,2 Prozent und über 100 000 Mitarbeiterinnen¹⁶ ist Bertelsmann das fünftgrößte Medienunternehmen weltweit und größter europäischer Medienkonzern. Zu Bertelsmann gehört RTL, der europäische Marktführer in werbefinanziertem Fernsehen und Hörfunk, angesiedelt in 22 Ländern (z.B. RTL, Super RTL, Vox, N-TV, RTL 2 in Deutschland). Die FremantleMedia produziert in 55 Ländern und hat Rechte an über 19 000 Programmstunden in 150 Ländern. Ebenso gehört dazu der Verlag Random House als größte Buchverlagsgruppe der Welt. Selbstverständlich verlegt Random House Thilo Sarrazin und Hendrik M. Broder, aber auch Jean Ziegler. Seine gewaltige Medienmacht setzt der Konzern überall dort ein, wo seine Interessen liegen. Gegenüber diesen Tatsachen wirkt die spöttische Parole von „die bösen Medien“, wie sie von den Reformlinken bemüht wird und suggerieren soll, dass die bösen Medien ein Phantom seien, hilflos oder naiv.

Was wir von den Bedingungen wissen, unter welchen wir handeln, entscheiden nicht wir selbst. Was wir von diesen Bedingungen wissen, hängt ab von den Informationen, die wir bekommen. Unser Einfluss darauf, welche Informationen wir bekommen, ist begrenzt. Wir können nicht Informationen finden, von welchen wir nicht wissen, dass sie uns fehlen. Bestimmte Informationen sind Besitz.

E. A. Rauter

11. Gruner und Jahr erschließt den Leserinnen und Lesern die Welt

Der Gruner und Jahr Zeitschriftenverlag ist als 75 prozentige Tochter und einer der vier Hauptgeschäftsbereiche des Bertelsmann-Konzerns Europas größter Zeitschriftenverlag. Ungefähr 12.000 Mitarbeiter und erwirtschafteten im Geschäftsjahr 2011 einen Umsatz von 2,287 Milliarden Euro, davon 56 % außerhalb von Deutschland.

¹⁶http://www.bertelsmann.de/bertelsmann_corp/wms41/customers/bmir/pdf/Geschaeftsbericht_2011.pdf.

„Das internationale, liberale Druck- und Verlagshaus Gruner + Jahr ist die journalistische Heimat der faszinierendsten Zeitschriften, Zeitungen und Internetangebote – Marktführer in vielen Segmenten. Starke Marken, die Förderung journalistischer und unternehmerischer Talente sowie unabhängige Redaktionen haben uns zu Europas größtem Zeitschriftenverlag und zu einem der größten Zeitschriftenverlage weltweit gemacht“, teilt uns Bernd Buchholz, Vorsitzender des Vorstands von Gruner + Jahr AG auf der Website mit.

Auf der Website von Gruner + Jahr

„Zeitschriften, Zeitungen und Magazine bringen die Fakten und Hintergründe zusammen, mit denen Leser sich die Welt erschließen. Gruner + Jahr trägt dazu wesentlich bei – mit mehr als 285 Zeitschriften und Zeitungen in über 20 Ländern, einschließlich zugehöriger Online-Angebote, mit Druckereien in Deutschland und den USA sowie mit professionellen Internetangeboten.

In Deutschland liest jeder Achte den Stern, jede Zehnte die Brigitte. Magazine wie Geo, Capital, Schöner Wohnen und Eltern sind längst zu Klassikern geworden. Und das nicht nur in Deutschland: Jeder zweite Franzose liest mindestens eines der 19 Magazine der Gruner + Jahr-Tochter Prisma Presse. Und in Polen ist Gruner + Jahr die Nummer eins im Anzeigengeschäft.

G+J verlegt in Deutschland insgesamt fünf Zeitungen. Die Financial Times Deutschland war die erste Zeitungsgründung des 21. Jahrhunderts. Sie hat sich als eines der wichtigsten meinungsbildenden Medien in Deutschland etabliert und verzeichnet stetig steigende Anzeigenvolumina. Die Sächsische Zeitung ist eine der führenden Regionalzeitungen Deutschlands und erreicht dabei hohe Profitabilität.“

G+J ist mit einer Sperrminorität von 25,5 % am Spiegel-Verlag beteiligt. Das Dresdener Druck- und Verlagshaus ist eine 60-prozentige Tochter, die mit der Sächsischen Zeitung und der Morgenpost Sachsen die führenden Tageszeitungen im Direktionsbezirk Dresden herausgibt. Und die Motor-Presse Stuttgart (Anteil 56,5 %) promotet systematisch die automobilen Mobilität.

„Eine Handbewegung von Friede Springer genügt,
und schon zerreißen ihre Lohnschreiber absolut jeden in der Luft“.

Georg Schramm

12. Keiner nutzt seine Medienmacht so unverhüllt wie Springer¹⁷

Wer noch eigene Erinnerung an die 68er Jahre hat, kennt die Diskussionen und Kämpfe um die rücksichtslos agierende Medienmacht des Springerkonzerns. Seine Kampagne gegen Rudi Dutschke war mit am Drücker der Waffe, die Dutschke niederstreckte. „Enteignet Springer“ war folgerichtig eine zentrale Forderung der Studenten- und Jugendbewegung.

Springer ist der zweitgrößte deutsche Medienkonzern hinter Bertelsmann. Friede Springer ist die Königin aller Straßenverkaufszeitungen, sie beherrscht ein Fünftel aller wöchentlichen Zeitschriften und die einflussreichsten deutschen Nachrichtenwebsites.

Mit Zeitungen und Zeitschriften hat Springer im vergangenen Jahr 1,6 Milliarden Euro umgesetzt. Was wenige sich klar machen: Springer tanzt längst auf dem digitalen Parkett, mit digitalen Medien (Internet und Rundfunk) macht der Konzern 962 Millionen Euro.

Springer ist der einzige Verlag, der es schafft, außergewöhnliche Profite mit Zeitungen und Zeitschriften zu machen: Springers deutsche Printmedien haben eine sensationelle Umsatzrendite (Gewinn in Prozent des Umsatzes) von deutlich über 20 Prozent. Sie bringen einen Gewinn vor Steuern, Zinsen und Abschreibungen von 386 Millionen Euro. Das geht hauptsächlich auf das Konto von *Bild*. Weitere Boulevardblätter sind das *Hamburger Abendblatt*, die *Berliner Morgenpost* und die *BZ*. Gerd Hautsch schreibt: „Im Bereich der sogenannten Kaufzeitungen erreicht der Konzern einen Marktanteil von 78,6 Prozent; Bild allein kommt auf 74,6 Prozent. Kaufzeitungen sind wegen ihrer Massenwirksamkeit besonders geeignet für politische Kampagnen.“ *Bild am Sonntag* ist die größte deutsche Sonntagszeitung. Springer hat einen Anteil an der Gesamtauflage aller Sonntagszeitungen von 60 Prozent.

Damit ist die Zeitungsmacht Springer bei weitem noch nicht beschrieben, denn Springer agiert auch auf dem Feld der Anzeigenblätter, die laut Hautsch im Rahmen von Medienkritik häufig übersehen werden. Dabei sind sie mit einer Gesamtauflage von 93 Millionen pro Woche im Verhältnis zu 21 Millionen Tageszeitungen ein „gewichtiges und auch meinungswirksames Medium“ (Hautsch).

Publikumszeitschriften nennt man jene Zeitschriften, die für ein spezielles Publikum geschrieben werden: Frauen, Autofahrer, Sportbegeisterte... Auch hier gehört Springer zu den Marktführern. 24 Titel befehligt der Konzern, wenn man die Fernsehzeitschriften hinzurechnet. Bei den wöchentlichen und zweiwöchentlichen Titeln (die die Masse der

¹⁷ Die Daten fußen auf einem Artikel in der *Jungen Welt* vom 23.8.2012: „Gefahr für die Demokratie“, von Gerd Hautsch.

Publikumspreise ausmachen) steht er mit 21,6 Prozent Anteil auf Platz zwei (hinter Bauer und vor Burda). Außerdem hält Springer noch eine weitere Schlüsselposition inne: Der ASV Vertriebsservice GmbH ist der größte deutsche Pressevertrieb mit einem Marktanteil von 28 Prozent, der auch linksliberale Zeitungen wie den *Freitag* verschickt.

Springer ist DER Medienkonzern, der systematisch in und mit dem Internet arbeitet und dort schon 30 Prozent seines Umsatzes erzielt. Der Konzern besitzt mehr als 30 Tochterunternehmen und Beteiligungen im Internet. Dazu gehören vor allem Plattformen: *Idealo* (Preisvergleich), *Zanox* (E-Handel), *StepStone* (Stellenbörse), *Immonet* (Immobilien). *Gofeminin*, ein Onlinemagazin für Frauen, schleimt sich mit dem alten Wahlspruch der Frauenbewegung „Die Zukunft ist weiblich“ bei seinen potenziellen Kundinnen ein. Die Blogs dieses Magazins kann man allerdings nur mit einer kräftigen Portion Fremdschämen überstehen.

Bei den Nachrichtenportalen steht *Bild.de* als Spitzenreiter bei den Zugriffen vor *Spiegel online*; mit *Welt online* ist Springer noch ein weiteres Mal unter den zehn stärksten Angeboten vertreten. „28 Prozent aller Einzelbesuche auf Nachrichtenseiten erfolgten 2011 bei diesen beiden Portalen.“ (Hautsch)

Hautsch berichtet, dass Ende 2005 der Versuch der Springer AG scheiterte, auch im Privatfernsehmarkt eine führende Rolle zu spielen, am Bundeskartellamt und der Medienkontrollkommission, die untersagten, die zweitgrößte private TV-Senderkette *ProSiebenSat.1 Media AG* zu kaufen. Die enge Verflechtung von herrschender Politik und Springerkonzern habe sich daraufhin ganz offen gezeigt. Auf beide Institutionen wurde massiv Druck ausgeübt, insbesondere vom bayrischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber und dem CSU- Bundeswirtschaftsminister Michael Glos, der das Verbot des Bundeskartellamts aufheben sollte.

„Die Koalitionspartner in der Bundesregierung, CDU und SPD, unterstützten dieses Treiben. Sie waren bereit, dem Konzern eine publizistische Machtposition zu verschaffen, durch die er alle meinungsrelevanten Märkte dominieren oder wesentlich beeinflussen hätte können.“ schreibt Hautsch weiter.

Die Politiker von CDU/CSU, SPD und FDP wissen sehr genau, was sie an Springer haben. Die gesamten Hartz-Gesetze wurden durch die Bild-Kampagnen wesentlich vorbereitet und begleitet. Bild hat Wulff als Bundespräsidenten gestürzt und alles daran gesetzt, den Sturz des CSUlers Guttenberg zu verhindern, ja ihn ins Amt zurück zu schreiben.

„Die think tanks der Rechten sind nur ein Epiphänomen¹⁸ der Offensive der Wirtschaftskreise, das politische System an sich zu reißen.“

Noam Chomsky

13. Think Tanks

Bei den Think Tanks treffen wir wieder auf Bertelsmann, der als erfolgreichster gegenwärtig in Deutschland agierender Think Tank unterwegs ist. Gleichzeitig ist der Konzern ökonomischer Nutznießer der sog. Reformen, die er selber herbeiredet und -schreibt – und schreibend und redend durchsetzt. Ebenfalls ein erfolgreicher Think Tank ist die *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*, gegründet vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall. Zur *INSM* steht bei Wikipedia:

„Die ARD-Sendung Monitor moniert ‚kritisch-selbstkritisch‘ ein Verschwimmen der Grenzen zwischen Journalismus und Public Relations (PR). Der Medienwissenschaftler Siegfried Weischenberg sagte in dieser Sendung: ‚Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist höchst erfolgreich, weil es ihr gelungen ist, so einen neoliberalen Mainstream in den Medien durchzusetzen. Und das konnte auch leicht gelingen, weil die Medien kostengünstig produzieren müssen. Sie sind sehr darauf angewiesen, dass ihnen zuge- liefert wird, hier gibt’s eine Lobby, die sehr wohlhabend ist. Das ist natürlich eine sehr, sehr problematische Geschichte, weil die Medien nicht das tun, was sie tun sollen. Die Journalistinnen und Journalisten fallen sozusagen aus der Rolle, weil sie nicht kritisch kontrollieren, weil sie die Interessen nicht transparent machen.‘

Laut Monitor haben die mit Beiträgen belieferten Sender allerdings angegeben, die Beiträge redaktionell bearbeitet zu haben, die meisten Sender hätten die Zusammen- arbeit mit der INSM inzwischen beendet.

Eine Studie an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster von Christian Nuernbergk über die Öffentlichkeitsarbeit der INSM mit Blick auf das Verhältnis von Journalismus und PR kommt zum Fazit, die Medienberichterstattung übernehme weit- gehend die INSM-Perspektive, insbesondere wenn exklusive Medienkooperationen ge- boten werden. Sie mache die Funktion der Initiative als ein strategisches Element in der Interessenvertretung von Arbeitgeberverbänden nur unzureichend transparent. Infor- mationen zur Einordnung der Berichterstattung würden dem Leser vorenthalten. Bei mehr als 50 % der untersuchten Beiträge tauchten INSM-Botschafter auf, aber nicht einmal in jedem sechsten Beitrag wurde die Botschafterrolle für die INSM transparent gemacht.¹⁹

Im Hinblick auf die Gefährdung der journalistischen Unabhängigkeit rügt die Journalis- tenvereinigung *Netzwerk Recherche* in einem Positionspapier die zunehmende Veröf- fentlichung von PR-Texten als redaktionelle Beiträge ohne jegliche Hinweise über die

¹⁸ Epiphänomen = Begleiterscheinung

¹⁹ Christian Nuernbergk: Die Kampagne der „Visionäre“, in: message – Internationale Zeitschrift für Journalismus, Heft 1-2006

Herkunft der Texte. Sie zitiert eine Studie der Universität Leipzig unter der Leitung des Medienwissenschaftlers Michael Haller, die zu dem Ergebnis kommt, dass die INSM ‚zur Vermarktung neoliberaler Reformideen [...] über Media-Kampagnen allgemein wahrnehmbare und durch „repräsentative“ Umfragen belegte Stimmungen erzeuge. So werde direkt und indirekt auf das Agenda-Setting der Redaktionen Einfluss genommen.²⁰

Laut einem Beitrag des ARD-Magazins Plusminus seien die INSM-Botschafter ‚auf sämtlichen Kanälen Dauergäste in den Talkshows, manchmal säßen gleich drei in einer Sendung‘.²¹

Kaum einer beherrscht den großen Maschinenraum der PR-Kunst besser als Tony Blair.

David Bowie

14. PR-Agenturen

PR-Agenturen und Abteilungen für Öffentlichkeitsarbeit, oder *modern speech*: Public Relations²², hat heute jedes größere Unternehmen, jede größere soziale oder politische Organisation. Nachrichten dürfen nicht viel kosten und Journalisten haben wenig Zeit. Deshalb sind Pressekonferenzen, bei denen vielleicht sogar ein schriftliches „Hand out“ (modern speech für Unterlagen, Tischvorlagen...) mit den vertretenen Positionen und ein paar gut nutzbaren Zitaten verteilt werden, sehr beliebt. Was darin steht, gilt als wahr und richtig, in der Regel, ohne dass es überprüft wird. Für wichtige Botschaften engagieren sich die Agenturen oder Unternehmen den passenden „Experten“. Auch dessen Kompetenz wird in der Regel nicht angezweifelt. Damit sind die Informationen letztlich nicht überprüft und nicht abgesichert. Informationen und Positionen, die den Unternehmen, den Interessengruppen und Organisationen am wichtigsten sind, werden auch in den Medien am stärksten hervorgehoben, was zeigt, dass das Spiel aufgeht.

Mit finanziell gut ausgestatteten PR-Agenturen sind Kampagnen ein Kinderspiel und die Medien müssen es noch nicht einmal merken. Verschärft wird der Einfluss der Agenturen dadurch, dass die Nachrichtenkonzerne aufgrund ihrer Marktmacht in den Medien selber den Verzicht auf teuren investigativen Journalismus zugunsten günstiger, aber spektakulärer Banalfaktenjagd durchsetzen.²³

Aber es geht noch schlimmer, organisierter nämlich. Sebastian Heiser hat für die *taz* unter cover recherchiert und ist sehr schnell zu für die Zeitungen beschämenden Ergebnissen gekommen. Ohne große Probleme hätte er für 15.600 Euro eine Seite der

²⁰ Netzwerk-Recherche (2005), Positionspapier zum Verhältnis von PR und Journalismus: *PR-Einfluss auf Journalismus muss drastisch zurückgedrängt werden.*(PDF)

²¹ „Plusminus“ vom 13. Oktober 2005.

²² <http://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96ffentlichkeitsarbeit>

²³ Mehr zum Propagandamodell von Noam Chomsky, auf das sich die Aussagen beziehen, hier bei Wikipedia: <http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Propagandamodell>

Frankfurter Rundschau kaufen können: „mit dem Titel ‚Geldanlage in Österreich‘. Die Seite ist sogar schon im fertigen Layout beigelegt. ‚Die entsprechenden Informationen und die Grundinformationen würden von Ihnen geliefert‘, steht im Angebot. Die Texte würden dann ‚von unserer Service-Redaktion entsprechend aufbereitet‘. (...) Hier kann man offenbar wirklich alles kaufen, denke ich mir. Sogar Artikel mit einer Anleitung zur Steuerhinterziehung.“²⁴ Nicht ganz so ungeniert geht es bei der *ZEIT* zu, aber eine deutliche Trennung von PR-Text und redaktionellem Text, wie das Pressegesetz es vorschreibt, findet auch hier nicht statt (ebenda). Auch *Märkische Allgemeine*, *Westdeutsche Allgemeine*, und *GEO Saison* sind sehr kooperationsbereit. Heiser: „So langsam zeigt sich ein Muster: Viele Zeitungen verkaufen vor allem Einfluss auf Artikel über Autos, Reisen, Geldanlage, Immobilien, Technik, Literatur oder Weiterbildung. Es sind Themen, bei denen die Leser Empfehlungen zu konkreten Kaufentscheidungen erwarten und besonders auf objektive Informationen angewiesen sind.“ Politische Einflussnahme war allerdings auch nicht im Testpaket von Heiser und die funktioniert auch etwas anders.

Überraschungen gibt es ausgerechnet beim *Handelsblatt*, dem *Spiegel* und der *Bildzeitung*. „Njet“ ist dort die kategorische Antwort auf die Anfrage auf Vermischung von Anzeige und Redaktionsbeitrag.

Und es gibt noch eine Überraschung: Das *Neue Deutschland* ist gänzlich offen für Einflussnahme: „Wir haben hier auch richtig redaktionelle Beiträge, die wir uns über Produktionskostenzuschüsse bezahlen lassen.“ (...) Produktionskostenzuschuss bedeutet, dass ich nicht für eine Anzeige bezahle, sondern direkt für einen Artikel, den das *Neue Deutschland*, *ND*, druckt. Er zeigt einen Artikel über eine Organisation, den deren Pressesprecher geschrieben und bezahlt habe. Für die Leser ist nicht erkennbar, dass der Artikel gekauft ist.“ Der Mitarbeiter aus der Anzeigenabteilung ist dann auch noch wütend über den Autoredakteur, der beim Verkauf der Meinung nicht kooperationsbereit sei: „Da kann ich Ihnen überhaupt keine Zusagen machen“, sagt der Mitarbeiter, „weil der Autoredakteur ein großer Stinker ist, der es schon fertig gebracht hat, unseren fast einzigen Autokunden so richtig mies runterzumachen redaktionell.“ Der Hersteller habe anschließend drei Jahre lang keine Anzeigen mehr geschaltet.“

²⁴ Sebastian Heiser: „Ich kauf mir eine Zeitung, Tageszeitung vom 2.4.2011

*Statistiken zeigen,
dass die Leute jeden Tag durchschnittlich zwanzig Minuten aufwenden,
um sich zu informieren.
Wenn diese Zeit mit trivialen Informationen besetzt ist,
bleibt wenig übrig für seriöse Informationen.
Das nenne ich die demokratische Zensur.(...)
Wir werden überflutet von Informationen, die wir nicht brauchen.
Dabei merken wir nicht mehr, dass uns viele Informationen vorenthalten werden.
Wir merken nicht, dass es Zensur gibt,
weil wir Zensur mit Knappheit von Information assoziieren.
... Wir hatten früher wenig Information, heute haben wir viel Information,
doch es ist verschmutzte Information,
sie ist voller Lügen, verschwiegene Fakten und falscher Schlussfolgerungen.*

Ignacio Ramonet

15. Direkte Einflussnahme mächtiger Gruppen

Die Medien, die Journalisten fürchten negative Rückmeldungen von anderen Medien oder einflussreichen Gruppen. Das schlimmste, was einem Medium oder einem Journalisten angedichtet werden kann, ist, er, sie oder es sei linkslastig. Dass Gesine Lötzsich im Vorlauf der Rosa-Luxemburg-Konferenz einen Artikel mit dem Titel „Wege zum Kommunismus“ in der *Jungen Welt* schrieb, wurde von fast allen Medien zu einer vollständigen Demontage-Kampagne benutzt. Die bis heute tiefe Verankerung des Antikommunismus in der Gesellschaft ermöglicht es interessierten Kreisen, fast ohne Hindernisse Kampagnen gegen Menschen zu starten, die sich zu weit nach links aus dem Mainstream entfernen. Ebenso ergeht es heute Menschen, die sich nicht intolerant gegenüber dem Islam zeigen oder die Israel kritisieren.

Kampagnen, die PolitikerInnen treffen, können auch Medien treffen. *Flak*, so heißt die negative Rückmeldung auf mediale Stellungnahmen, wird von großen Unternehmen gezielt eingesetzt, um Einfluss auf die sog. öffentliche Meinung zu nehmen. Man kann davon ausgehen, dass Netzwerke wie das *Institut neue soziale Marktwirtschaft* ähnlich wie *Bertelsmann* neben der PR-Arbeit und der Produktion vorgeblich „wissenschaftlicher Ergebnisse“ auch Einfluss durch gezielte Flak-Aktionen nehmen, was natürlich schwer nachzuweisen ist.

Bei Wikipedia ist nachzulesen, dass die „*Global Climate Coalition* (GCC), die sich im Interesse von Industriegrößen gegen den globalen Klimaschutz wendete (...) 1989 von der US-amerikanischen PR-Agentur Burson-Marsteller mit Sitz in Washington, D.C. gegründet (wurde). Sie repräsentierte ca. 15 private Unternehmen und 25 Verbände, vor allem Firmen der Bereiche Öl, Kohle, Flugverkehr, Automobilherstellung und Chemie. Bedeutende Mitglieder waren neben Exxon (2005 das nach Umsatz erfolgreichste Unternehmen der Welt) die American Forest & Paper Association, das American Petroleum Institute, Chevron, General Motors, Texaco und die US-Handelskammer. Drei Karten

spielte die GCC aus, um internationalen Klimaschutz zu stoppen: Erstens die ‚Wissenschaftskarte‘, indem sie die Forschungsergebnisse der Wissenschaft in Misskredit brachte. Zweitens die ‚Wirtschaftskarte‘: Klimaschutz schwäche die Wirtschaft und erhöhe die Arbeitslosigkeit. Drittens die ‚Entwicklungsländerkarte‘: Die Industrieländer, vor allem die USA, sollten erst dann Maßnahmen ergreifen, wenn auch die Entwicklungsländer im Klimaschutz aktiv würden – obwohl deren pro-Kopf-Anteil am Ausstoß klimarelevanter Gase viel niedriger ist. Durch gezielte PR-Aktionen gegen Umweltvertreter und durch die öffentliche Unterstützung seitens prominenter und einflussreicher Persönlichkeiten, allen voran George W. Bush, gelang es Organisationen wie der GCC lange Zeit, einen gesellschaftlichen Konsens zur Wichtigkeit und Richtigkeit von Umweltschutz in den USA zu untergraben bzw. durch klientelspezifische Ablenkthemen in den Hintergrund zu drängen.“

Intransparenz ist in den verschiedenen strategischen Kalkülen und Szenarien des operativen Lobbyistengeschäftes ein wichtiger Faktor. Er wird bewusst eingeplant.

Marktordnung für Lobbyisten

16. Lobbyismus

Andreas Kolbe, Herbert Hönigsberger und Sven Osterberg (alle drei *Nautilus Politikberatung*) haben im Auftrag der Otto Brenner Stiftung das Arbeitspapier *Marktordnung für Lobbyisten*²⁵ vorgelegt. Das ist keine Studie gegen Lobbyismus, die Autoren finden im Gegenteil, Lobbyismus sei legitim. Darin schreiben sie S. 15f.: „Die lobbyistische Einflussnahme folgt tatsächlicher ökonomischer Macht. Umgekehrt sind Lobbyisten letztlich nur so stark wie die Interessen, die sie vertreten.“ „Nur“ so stark? Im Klartext heißt das doch wohl: die stärksten Interessen setzen sich am stärksten durch. Die Formen des Lobbyismus sind verschieden. Die Medien werden nicht erst seit der Gründung der Bertelsmann-Stiftung für die Durchsetzung ihrer Interessen genutzt. Die Autoren deuten das an: „Lobbyisten sind spezialisierte Kommunikatoren mehr oder weniger mächtiger Interessen, aber sie repräsentieren deren Macht nur. Ihr Einfluss reicht lediglich (sic!) so weit, wie das Sanktionspotenzial der Interessen, die hinter ihnen stehen. Lobbyisten sind das Sprachrohr, die Flüstertüten und Einflüsterer diverser konkurrierender Netzwerke, Cluster und politisch-industrieller Komplexe, in denen ökonomische und politische Interessen – teils seit Jahrzehnten – verflochten oder gar verschmolzen sind. (...) Die Lobbyisten müssen sich vor allem immer den Parteien, Fraktionen und Abgeordneten widmen, die ihren Anliegen und Vorhaben nicht von vornherein programmatisch und ideologisch offen gegenüberstehen, sondern deren Überzeugungen ins Wanken gebracht, ja zersetzt werden müssen.“

²⁵ <http://www.lobby-studie.de/marktordnung-fuer-lobbyisten/marktordnung-fuer-lobbyisten.html>

*Der Blick des Journalisten fällt durch den Sehschlitz des Panzers.
Und er ist nicht sehr groß.*

Friedrich Nowotny

17. Embedded Journalism – eingebetteter Journalismus

Die „Einbettung“ von Journalisten ist eine Erfindung der Militärstrategen, erstmals umfangreich und systematisch eingesetzt im Irakkrieg ab 2003. Dabei werden die Journalisten nach Wohlverhalten und Willfährigkeit aussortiert und akkreditiert. So wird sichergestellt, dass kritische Berichterstattung von den Schlachtfeldern nicht vorkommt, ohne dass eine direkte Zensur erfolgt. Es ist für die kriegführenden Parteien wichtig, dass der Krieg in ihrer Bevölkerung akzeptiert oder wenigstens geduldet ist. Hier macht die kriegerische Medienpolitik Fortschritte: Nachdem der Afghanistankrieg immer noch keine Mehrheit in der deutschen Bevölkerung findet, gab es beim Libyenkrieg schon eine regelrechte Kriegshysterie. Dies gelang, weil der Krieg als Flugverbotszone zum Schutz der libyschen Bevölkerung ausgegeben wurde. Dass durch die kriegerischen Aktionen der europäischen Staaten zigtausende Zivilisten ums Leben gebracht wurden, spielte und spielt kaum eine Rolle. Gegenwärtig erlebt die Strategie bei Syrien ihre zweite Auflage. Interessant ist, wie in beiden Fällen der vorher von Katar systematisch als unabhängig und furchtlos aufgebaute Sender Al Dschasira die Kriegspropaganda anführte.

Embedding spielt auch in anderen Bereichen als Krieg und Militär eine Rolle. Bekannt geworden ist Embedding bei den Aktionen Stuttgart 21 dadurch, dass ein Journalist, dem das Embedding von der Polizei verweigert wurde, geklagt hat.²⁶ Die Grenze zur normalen Akkreditierung dürfte verschwommen sein.

*Spring auf, spring auf, auf den Zug der Opportunisten
Und leg dich zu den im Zug eingebetteten Journalisten
Und wir schreiben alle voneinander ab
Denn die Zeit, die drängt und das Geld ist knapp
Und es ist auch schon oft passiert,
Dass alle abgeschrieben haben und keiner hat recherchiert*

Marc-Uwe Kling

18. Flirt mit den Mächtigen

Über das alles hinaus gibt es die kleinbürgerliche Anlehnung an die Mächtigen, wie sie immer wieder und in immer wieder neuer Form auftritt. Leider scheint die grüne Klientel

²⁶ <http://www.dr-bahr.com/news/kein-anspruch-auf-akkreditierung-als-embedded-journalist-bei-stuttgart-21-polizeiaktion.html>

tel dabei die am offensten kollaborierende und die am offensten angepasste zu sein. Anpassung spielt eine zentrale Rolle in den Milieus. Wer zum grünen und arrivierten Milieu gehören will, liest *taz* und auf keinen Fall *Junge Welt*. Wer als intellektuell gelten will, liest *ZEIT* und *Süddeutsche* und auf keinen Fall *Neues Deutschland*. Wer zeigen will, dass er oder sie sich dem kapitalistischen System verpflichtet fühlt, liest, wenn er (seltener sie) älter ist, *Handelsblatt*, wer jünger und hipper ist *Welt kompakt* oder *Financial Times Deutschland*. Und vertritt natürlich die Meinungen, die darin vertreten werden, denn das muss auch sein, wenn man „in“ sein will.

Auch JournalistInnen sind in diese „musts“ eingebunden, schließlich gehört man als Chefredakteur oder Leitartikler zu den Besserverdienenden und hütet sich, gewisse un-gehörige Meinungen zu äußern. Über Arme zu schreiben, trauen sich fast nur die Bild und die anderen Boulevardblätter, denn die dürfen provozieren und sie tun es. Dabei kommen die Armen nicht gut weg. Sie lassen aber immer wieder Ausnahmen zu, damit die Armen, unter denen sie ja ihre Leserinnen und Leser haben, nicht von der Fahne gehen. Die anderen schreiben lieber über die gegenwärtige gute Position Deutschlands, die stabile Wirtschaftsentwicklung und die verhältnismäßig sicheren Arbeitsplätze, wie Stefan Hebel (*FR*) immer wieder hervorhebt. Die deutsche Politik ist erfolgreich und dieser Erfolg wirkt sexy auf die Herren und Damen in den Redaktionsstuben. Entweder sie sind Merkel dafür dankbar oder Rot-Grün. Die europäischen Krisenstaaten sind da der Kontrast, vor dem Deutschland noch heller leuchtet.

Viele Redakteure sind links angehauchte Liberale. Einige von ihnen äußerten sich anfangs positiv über die Gründung und die Erfolge der neuen Partei DIE LINKE. Damit wird im Übrigen der Anschein von Pluralismus erweckt und aufrecht erhalten. Das ist weitgehend vorbei. Was erwarten sie heute von der Linken, von denen ja auch die führenden Personen wie die Journalisten selbst zur Mittelschicht gehören? Soll es die Linke etwas gemütlicher machen in Deutschland? Ähnlich wie es unter Entsorgung des Feminismus mit Gender Mainstreaming nur noch um die „Verschönerung des Geschlechterverhältnisses“ (Zita Küng) ging, nicht mehr um die Umwälzung der Verhältnisse?

Sollen im gemütlichen Deutschland jene eingebunden werden, ruhig gehalten und soll ihnen Hoffnung gegeben werden, damit sie davon abgehalten werden, Aufstände anzuzetteln? Geht es darum, den sozialen Frieden zu sichern, indem die Unteren ruhig gehalten werden?

Oder traut man darüber hinaus Grünen und SPD nicht vollständig über den Weg? Braucht man also die Linke, um zu verhindern, dass Deutschland grünäugig in jedes kriegerische Abenteuer rennt? Und rotäugig doch nochmal die AKWs anschaltet? Soll die Unterstützung der Linken in die Waagschale geworfen werden gegen die Gentechnik und für öffentlichen Verkehr? Dafür wäre Rot-Rot-Grün gar nicht so schlecht. Um das zu ermöglichen, verlangt man von der Linken, offen zu sein für „responsibility to protect“²⁷, wenn dies opportun ist. Andernfalls wird die Regierungsfähigkeit in Abrede gestellt und das ist das schlimmste, was man über eine Partei sagen kann. Niemand

²⁷ Responsibility to protect, auf deutsch Schutzverantwortung, wurden militärische Interventionen, zuletzt in Libyen und gegenwärtig in Syrien gefordert.

fragt, ob eine Partei oppositionsfähig ist, sonst bekämen SPD und Grüne beim Europäischen Rettungsschirm und dem Fiskalpakt²⁸ ganz schlechte Noten. Zusätzlich knatschig werden die „Freunde der Linken“, weil die Partei die LINKE mit radikalen Forderungen Wähler verschrecken könnte und es nicht mehr in den Bundestag schafft. Dann wäre das kleine, sanfte Korrektiv, das sie sich wünschen, über die Wupper gegangen.

Diese Linksliberalen unter den Journalisten wollen eine Linke nach ihrem Bilde. Und sie haben die Aufgabenstellung parat: „Die Modernisierung linken Gedankenguts“. Und sie wissen auch in welche Richtung: Von Freiheit solle genauso laut geredet werden wie von Gleichheit, um damit „die Idee des Ausgleichs in Freiheit“ zu formulieren (Stefan Hebel in der FR 24.8.2011). Das hört sich sehr nett an. Dabei weiß auch Stefan Hebel, dass es unvereinbare Freiheiten gibt, dass Gleichheit mit Freiheit gut vereinbar ist und doch zu Ungerechtigkeit führen kann.

Wenn es richtig ist, dass Deutschland in eine immer tiefere soziale Spaltung treibt, dann dürften die Erwartungen der „Unteren“ an Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit sich wohl unterscheiden von denen des Mittelstands, zu dem die Autoren zweifellos gehören. Die sinkenden Löhne der Unteren nutzen nicht nur dem Kapitalisten, sondern auch jenen „die über das nötige Einkommen verfügen, um es sich in der *Dienstleistungsgesellschaft* bequem zu machen“, schreibt die amerikanische Journalistin Barbara Ehrenreich (zitiert nach *Junge Welt* 198). Und weiter: Die working poor „nehmen Not und Entbehrungen hin, damit die Inflationsrate sinkt und die Aktienkurse steigen“. Und es sind die Gewinne an den Aktienmärkten, die nicht nur die Geldsäcke reich machen, sondern (vielleicht) auch ein Zusatzeinkommen für den Mittelstand bereithalten, mit dem die Eigentumswohnung, Weltreise am Ende des Arbeitslebens oder der geliebte SUV²⁹ finanziert wird. Der Mittelstand hat in Teilen von der Umverteilung von unten nach oben profitiert. Da braucht es schon viel soziales und politisches Bewusstsein, eine umgekehrte Umverteilung, die einen vielleicht selber betreffen würde, in Ordnung zu finden und auf die billige Putze, die Kinderfrau und den Hausmeisterdienst mit eingebauter Selbstausbeutung zu verzichten. Solange keine konkreten politischen Schritte vorliegen, lässt es sich gut über mehr Gleichheit palavern. Spätestens wenn die auf der Tagesordnung steht, werden einige Herren (und Damen) aber vom Glauben abfallen.

Nun sind die dem Mittelstand verpflichteten Journalisten auch aus einem anderen Grunde unwillig gegenüber der Linken. Nicht umsonst werden „die freiheitlich gesinnten“ Linken angesprochen, ja beschworen. Wieso kann man nicht von allen linken Abgeordneten zum Beispiel diese „freiheitlich Gesinnung“ erwarten? Sind sie nicht in der gleichen sozialen Lage wie die Medienleute, wenigstens die gut bezahlten? Angekommen auf der Sonnenseite? Die Verlockungen des „Guten Lebens“ müssten doch wirksam sein! Ist es so wenig reizvoll, das Ankommen in der Gesellschaft der Wohlhabenden, Wichtigen, Geachteten? Alle Vorwürfe an das linke Führungspersonal können kaum das Unverständnis verhehlen, dass nicht alle auch die Politik des linken Mittelstandes machen, wo sie ihm doch angehören dürfen.

²⁸ Rettungsschirm, ESFS und Fiskalpakt sind die durch den Bundestag gepeitschten Maßnahmen zur Rettung des Euro und zur Bewältigung der Finanzkrise.

²⁹ Sport Utility Vehicle (abgekürzt SUV) beziehungsweise Geländelimosine; die aktuell beliebten Angeberautos

Und die weniger gut bezahlten MedienarbeiterInnen?

Volker Lilienthal und Thomas Schnedler schreiben in einem Aufsatz in der Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* zur sozialen Lage von Journalistinnen und Journalisten und kommen zu dem Schluss: „Längst haben die kreativen, oft akademisch ausgebildeten und weltgewandten Prekären viel mehr gemein mit den auf Stunde bezahlten Supermarktregaleinräumern, den per Zeitarbeit verliehenen Security-Bären und den Sieben-Tage-dieWoche-Wurstbudenverkäufern, über die sie mitfühlende Reportagen schreiben, aufrüttelnde Sozialstudien erstellen und deprimierende Reality-Dokus drehen, als mit den Agenturchefs, Etatbewilligern oder Ressortleitern, von denen sie sich Aufträge erhoffen und ein bisschen Honorar.“³⁰ Auch hier wird eine zunehmende Spaltung zwischen Gutverdienenden und Billiglöhnern ausgemacht. Hartz-IV-Abhängigkeit ist für die Schlechtverdienenden keine Seltenheit. Um überhaupt in dem Job überleben zu können, werden gleichzeitig PR-Aufträge von Unternehmen angenommen, die nicht selten über die Zeitungen selber vermittelt und vermarktet werden. Unabhängiger Journalismus – selbst wenn die Betroffenen ihn anstreben – wird dadurch untergraben. Wer Aufträge von Firmen will, tritt ihnen nicht in Artikeln anderweitig auf die Füße. Wer wenig verdient, muss viel arbeiten, wer viel arbeitet spart an den aufwändigen Recherchen. Wer nicht recherchiert arbeitet schlecht.

Bleibt noch die Frage, warum die Journalisten und Redakteure der Öffentlich-Rechtlichen sich genauso verhalten wie die der Konzernmedien. Als erstes muss man sehen, dass die Öffentlich-Rechtlichen deswegen noch lange nicht unabhängig sind. Im Gegenteil: Über Parteien und Kirchen nimmt die herrschende Politik Einfluss auf die Programme und Ausrichtung der Sender. Die Zulassung von Privatsendern hat es erlaubt, den ökonomischen Druck auf die Öffentlich-Rechtlichen zu erhöhen und mit den Werbeeinnahmen können die Konzerne ebenfalls Einfluss nehmen.

Und dann gibt es noch eine wenig schmeichelhafte Antwort für die angeblich vierte Kraft in einer Demokratie. Neben den oben schon genannten Einflüssen ist es der Opportunismus, die Gleichgültigkeit, die selbst verschuldete Unmündigkeit, Desinteresse, Karrieredenken, Zeitmangel. Nicht zu vergessen mangelnde Bildung. Die Auswirkungen jahrzehntelanger verfehlter Bildungspolitik, das Jammertal der Hochschulen unter der Gleichschaltung durch „Bologna“, der grassierende Schwund von Allgemeinbildung zeigen sich überdeutlich in der Entwicklung des Journalismus in Deutschland.

³⁰ Volker Lilienthal und Thomas Schnedler: Gezwungen, sich zu verkaufen? Zur sozialen Lage von Journalistinnen und Journalisten. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 29-31/2012 S. 15-21.

*„Was ihr den Geist der Zeiten heißt,
das ist im Grund der Herren eigener Geist,
in dem die Zeiten sich bespiegeln“;*

Johann Wolfgang von Goethe.

19. Die Zügelung des widerspenstigen Zeitgeists

Renate Köcher ist ein Prototyp der Crème de la Crème der deutschen Meinungsmacher. Sie ist seit 1988 zuerst Co-Geschäftsführerin und ab 2010 alleinige Geschäftsführerin des Allensbach-Instituts. Vorher schon, ab 1980 war sie dort Projektleiterin u.a. für die Marktforschungsbereiche Finanzdienstleistungen, Energie und technische Innovationen. Sie publiziert regelmäßig in großen Tages- und Wochenzeitungen, insbesondere kooperiert Allensbach eng mit der FAZ. Und in welches Interessengeflecht sie integriert ist, zeigen ihre vielfältigen Engagements: Sie ist Mitglied des Universitätsrats der Universität Mannheim, Mitglied mehrerer Aufsichtsräte (Allianz SE, Infineon Technologies AG), Mitglied im Kuratorium der Eugen-Biser-Stiftung, der Robert Bosch Stiftung und der Eberhard von Kuenheim Stiftung der BMW AG. Ja, und 1996 bekam sie das Verdienstkreuz 1. Klasse und bestimmt wird sie irgendwann auch das Bundesverdienstkreuz erhalten. Professorin Renate Köcher- 2003 wurde ihr vom Ministerpräsidenten Baden-Württembergs der Professorentitel verliehen, - schreibt am 23.2.2012 in der FAZ über „Das Unbehagen am Kapitalismus“. Und man merkt: sie stellt nicht nur Unbehagen fest, es ist ihr selber deswegen unbehaglich. „In den letzten Monaten“, so stellt sie fest, „gab es auffällige Signale einer neuen und grundlegenden Kritik an Wirtschaft und Banken bis hin zu Zweifeln an der Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftssystems“. Sie weist auf die Occupy-Wall-Street-Bewegung hin und sorgt sich über „führende SPD-Politiker“, die „die Finanzmärkte zu ihren eigentlichen Gegnern und die Bändigung des Finanzkapitalismus zur wesentlichen Aufgabe“ erklärten. Oben noch Klaus Schwab, Gründer des Weltwirtschaftsforums, der beim letzten Forum in Davos erklärt, in seiner heutigen Form passe der Kapitalismus nicht mehr zu der Welt, die uns umgibt. „In der Bevölkerung treffen solche Proteste und Kritiken auf breite Zustimmung. So sind 71 Prozent überzeugt, dass die Macht der Banken und das soziale Ungleichgewicht in den Vereinigten Staaten Gegenbewegungen und Demonstrationen geradezu zwangsläufig herausfordern. Bemerkenswert ist jedoch, dass sich fast die Hälfte der Bürger Schwabs pauschaler Kapitalismuskritik anschließt“, schreibt sie weiter. Man spürt die Beunruhigung, aber Frau Professor Köcher bietet auch Besänftigung, sich selber, den Herren und Damen der FAZ und ihren betuchten Leserinnen und Lesern: Für die große Mehrheit sind Kapitalismus und Marktwirtschaft nicht das Gleiche! „Während 28 Prozent zustimmen, der Kapitalismus sei in seiner heutigen Form nicht mehr zeitgemäß, fällen nur noch, aber immerhin 24 Prozent über die Marktwirtschaft dieses Urteil.“

Dem Einfluss der Mainstream-Medien ist es über die Jahrzehnte offenbar gelungen, den Menschen auszureden, Kapitalismus und Marktwirtschaft seien das Gleiche, jedenfalls drei Viertel der Menschen. Erstaunlich ist aber, dass ein Viertel dies nicht glaubt. Das ist relativ viel und das Eis der Unkenntnis und Verdummung ist dünn, das weiß sie,

sagt es aber nicht, denn: Für 66 Prozent steht fest, dass das deutsche Wirtschaftssystem ein kapitalistisches ist. Im Folgenden zählt sie auf, was das Allensbach-Institut für Meinungsforschung herausgefunden hat. Die Menschen assoziieren mit Kapitalismus genau das, was ihnen täglich widerfährt: Unsicherheit des Arbeitsplatzes, große Einkommensunterschiede, Risiken sozial abzustiegen, Leistungsdruck, Egoismus und Ellenbogenmentalität. Über die Hälfte sind der Meinung, der Mensch werde nur als Produktionsfaktor Arbeit gesehen, aber nicht als Person.

Aber auch auf diese Feststellungen folgt erneut Beruhigung. Seit 2005 gehen diese Meinungen zurück³¹. Die heutigen Systemkritiker seien daher eher als Nachhut einer Bewegung zu sehen.

Heike Göbel ist verantwortliche Redakteurin bei der FAZ, Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung und Preisträgerin des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik sowie des Karl-Breuer-Preises des Bundes der Steuerzahler; eng verbunden mit Friedrich-Naumann-Stiftung, Bertelsmann-Stiftung und Friedrich-Hayek-Stiftung. Auch sie arbeitet sich in der FAZ (30.1.12) an der Frage ab, warum es ein „Leiden am Kapitalismus“ gibt. Sie ist weniger abgeklärt als Renate Köcher, man merkt ihr an, wie ungehalten sie ob der Kritik am Kapitalismus ist. Auf die Aussage Schwabs beim Davos-Gipfel giftet sie: „Welch wohlfeiles politisch-korrektes Echo auf den Occupy-Protest und die Wachstumskritiker, die demonstrierend von Wirtschaftsgipfel zu Wirtschaftsgipfel ziehen! Welche Heuchelei ausgerechnet von jenen, denen das Marktsystem zu besonderem Wohlstand und Macht verholfen hat! Welche Feigheit gerade in einer Krise, die mehr mit den Schwächen der Politik als mit denen des Marktes zu tun hat!“ Dann folgt ein apologetischer Vortrag über die Stärken und die Attraktion des Kapitalismus, so platt und naiv, dass sie sie auch in Bild und BZ hätte unterbringen können. Am schönsten ist die Stelle, wo sie kritisiert, dass Investoren herausgepaukt werden, statt, wie der Grundsatz besagt, „nicht nur Gewinne erhalten, sondern auch für den Verlust haften“. Mit Plattitüden, dass keine Regierung „auf den Entzug der Schuldendroge“ vorbereitet sei, vernebelt sie die Zusammenhänge, dass die Staatsschulden die Gewinne der Reichen sind und dass ihr geliebtes kapitalistisches System nur noch funktioniert, weil der Finanzmarkt und seine Spekulationen Gewinne vorspiegeln, die in der Realwirtschaft nirgendwo mehr realisiert werden können, außer vielleicht in der Rüstungsindustrie.

³¹ Das Allensbach-Institut führt diese Befragungen im Auftrag der FAZ regelmäßig durch. Die Befragten können zwischen vorformulierten Antworten, die über die Jahre nur wenig variiert werden, wählen.

*Ein solcher Zusammenbruchs- und Barbarisierungsprozess bildet
aufgrund des akkumulierten Zerstörungspotenzials eine elementare Bedrohung
menschlicher Zivilisation.*

*Es ist letztlich ein Unterschied ums Ganze, ob der Kapitalismus
von einer emanzipatorischen Bewegung aktiv überwunden wird
oder an seinen eigenen Widersprüchen kollabiert
- im letzteren Fall würde es sich
um eine endgültige Niederlage der antikapitalistischen Linken handeln.
Die aktive Überwindung des in Selbstzerstörung übergehenden Kapitalismus
stellt schlicht eine Überlebensnotwendigkeit der Menschheit dar.*

Tomasz Konicz

20. Krise ohne Gegenwehr?

Eine auffällige Diskrepanz ist zu beobachten: Obwohl Europa in einer tiefen Krise steckt, sich diese Krise sogar weiter und weiter vertieft, hat die Linke in Deutschland, im Unterschied zu den meisten anderen europäischen Ländern, weniger Zulauf als 2009 und auch als 2005. Dabei ist die Linke die einzige Partei im Bundestag, die die Krise richtig beschreibt und Auswege aufzeigt, die nicht zu Lasten der Mehrheit der Bevölkerung, weder in Deutschland noch in den sog. Schuldenländern gehen. Alle andern Parteien belügen die Menschen nach Strich und Faden, weil sie verschweigen, was die Staatsschuldenkrise ausgelöst hat, nämlich die Bankenrettungen mit abermilliarden Staatgeldern. Statt diese Wahrheit auszusprechen, hetzen die Medien die Menschen gegen die Bevölkerungen von Griechenland, Spanien und Italien auf, schreiben ihrer Faulheit, ihrem Missmanagement und ihrer Korruption und Vetternwirtschaft die Schuld an der Krise zu. Es zeigt sich wieder, dass das Gedächtnis der Menschen offenbar sehr schlecht ist oder die Gehirnwäsche erfolgreich, sonst müssten sie sich erinnern, dass es noch gar nicht lange her ist, dass Milliarden in allen Ländern zur Rettung ihrer Banken geflossen sind.

Horst W. Opaschowski, eine Berühmtheit unter den Zukunftsforschern und ehemaliger wissenschaftlicher Leiter und Kuratoriumsvorsitzender der British American Tobacco Stiftung für Zukunftsfragen, stellt für die Gegenwart fest und hofft für die Zukunft: „2012 wachsende Krisenresistenz der Deutschen: ‚International regiert der Pessimismus in der Wirtschaft. Die Deutschen hingegen verhalten sich geradezu krisenresistent und koppeln sich immer mehr von der allgemeinen Krisenstimmung in Europa ab.‘“ Die Stiftung Zukunftsfragen ist eine Gründung der British American Tobacco. Die Ziele werden so beschrieben: „British American Tobacco in Deutschland ist der Überzeugung, dass ein Unternehmen nur in einem gesellschaftlich intakten Umfeld dauerhaft erfolgreich sein kann.“³² Damit wird unverhüllt die Beeinflussung der Gesellschaft im Unternehmensinteresse beschrieben.

³² Website des Unternehmens <http://www.bat.de>

Laut Wikipedia ist BAT das zweitgrößte privatwirtschaftliche Tabakunternehmen weltweit. Die Gruppe ist in rund 180 Ländern vertreten und hat ihren Hauptsitz in London. British American Tobacco hat mehr als 200 Marken im Angebot und verkaufte 2010 weltweit 708 Milliarden Zigaretten.“ Und „Heute ist British American Tobacco Marktführer in über 50 Ländern und besitzt 45 Zigarettenfabriken in 39 Staaten.“ Im Kuratorium, das nach eigenen Aussagen der Beratung und Kontrollledient, sitzt der Vorstandsvorsitzende der British American Tobacco sowie Dr. Michael Hohl, ehem. Oberbürgermeister der Stadt Bayreuth, der sich nach eigenen Angaben durch diese Position äußerst geehrt fühlt, Hans-Ulrich Jörges, Chefredaktion des *Stern* und Chefredakteur Sonderaufgaben Gruner+Jahr, also ein Bertelsmann, Dr. Wolfram Weimer, Gründer von „*Cicero* – Magazin für politische Kultur“ sowie ehemaliger Chefredakteur von *Die Welt* und *Focus* und als gewichtiger Kapitalvertreter Peter Zühlsdorff, Geschäftsführer Deutsche Industrie Holding. Alle diese Herrschaften möchten „in einem gesellschaftlich intakten Umfeld dauerhaft erfolgreich sein“. Dass ihnen da die Linke und Bewegungen wie Occupy nicht sonderlich zupass kommt, ist verständlich.

Die Linke kann sich mit der Wahrheit über die Schuldenkrise offenbar nicht durchsetzen, kann ihre Politik nicht in Wählerstimmen ummünzen. Das liegt sicher an der erfolgreichen Meinungsmache, aber es wäre fatal für die Linke, die anderen Gründe zu übersehen. Welche Gründe sind das, die große Teile der Bevölkerung dazu bringen, stillzuhalten?

Meinungsforscher haben einen erheblichen Einfluss auf die Ergebnisse von Umfragen, allein schon durch die Formulierung der Fragen. Trotzdem wird die Tendenz von Frau Köcher wahrscheinlich richtig beschrieben. Denn auch wenn es viele Menschen gibt, denen es im Vergleich zu vor fünf Jahren schlechter geht (25 Prozent)³³, so erklären doch 27 Prozent, es gehe ihnen besser als vor fünf Jahren. Obwohl die Schere zwischen Arm und Reich weiter aufgeht, ist an einem Großteil der in Deutschland lebenden Bevölkerung die Finanzkrise – gefühlt - ohne größere Einbrüche vorbei gegangen. Hier hat sicher eine Rolle gespielt, dass die Kanzlerin 2008/09 mit großer Geste den wankenden Industrieunternehmen, vor allem der Automobilindustrie, mit Kurzarbeitergeld unter die Arme griff und so Entlassungen vermieden wurden. Die Menschen erlebten danach einen Aufschwung, der ihnen zwar überwiegend nicht zugute kam, das beweisen im Unterschied zu den Umfragen die Statistiken. Aber rund um Deutschland ist überall Abschwung. Alle hören aus den Medien: Deutschland ist der Krisengewinner, weil es die richtige Politik gemacht hat, nämlich auf den Export zu setzen. Der gute Lohnabschluss in der Metallindustrie konnte ohne Arbeitskämpfe erreicht werden und erscheint fast wie ein Geschenk. Die Kanzlerin hat hohe Zustimmungswerte. Waren die keynesianischen Eingriffe bei der letzten Finanzkrise nicht nur erfolgreich bei der Verhinderung eines Einbruchs am Arbeitsmarkt, sondern auch bei der Integration der Menschen ins System wie ehemals im rheinischen Kapitalismus? Wie stabil die Stimmung ist, wird sich spätestens zeigen, wenn auf den empfindlichsten Teil der deut-

³³ 2006 erklärten 37 Prozent, dass es ihnen „wirtschaftlich schlechter gehe als fünf Jahre zuvor“, Ende 2011 waren es nur noch 25 Prozent. Frau Köcher scheint wenig beunruhigt darüber, dass es eine Schnittmenge gibt, der es seit 2006 kontinuierlich schlechter geht.

schen Industrie, die Automobilindustrie, die Krise in Europa zurückwirkt und der Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen auch in diesem Bereich wieder zunimmt.

Es sieht so aus, als wüssten die Menschen in Deutschland zwar mehrheitlich, wo der kapitalistische Hase hinläuft, auch wenn er die Mütze der Marktwirtschaft trägt, und sie äußern auch ihr Unbehagen darüber, aber sie versagen mehrheitlich diesem System nicht ihre Unterstützung, ja sie stützen es aktiv weiterhin, bei Wahlen zum Beispiel. An dieser Stelle sollte die Linke genauer nach den Interessen der Menschen fragen und stärker die langfristigen Interessen ins Auge zu fassen: nach weniger Stress und kürzeren Arbeitszeiten, nach guter Bildung und guten Hochschulen ohne Gebühren, nach guter Gesundheitsversorgung und guten Arbeitsbedingungen.

Bleiben wir bei den Interessen. Es haben ja nicht nur Menschen und Gruppen von Menschen unterschiedliche Interessen. Auch ein Mensch kann sich widersprechende Interessen haben. Das drückt sich zum Beispiel darin aus, dass 80 Prozent zwar für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns sind (zum Beispiel, weil sie für mehr soziale Gerechtigkeit sind), aber diesem Thema nur einen untergeordneten Stellenwert zubilligen (weil sie die Erreichung des Ziels nicht für wahrscheinlich halten?). Das wichtigste Interesse besteht bei den meisten Menschen darin, eine Arbeit zu haben, die sie ernährt, sie zu behalten oder eine zu bekommen. Die Arbeitsplätze sind im europäischen Vergleich in Deutschland trotz Eurokrise sicherer. Es besteht ein Interesse an einer sicheren Renten und daher a) an einem stabilen Staatshaushalt und b) dass ein weiterer Finanzcrash verhindert wird, weil ein Teil der Rente bei vielen über Fonds „abgesichert“ ist. Es besteht ein Interesse daran, dass die Ersparnisse nicht durch den Schornstein gehen³⁴, dass das Haus noch bezahlt werden kann, bevor alles zusammenbricht, ein Interesse daran, dass die Kinder noch die Schule beenden können oder das Studium mit nicht allzu hohen Schulden abschließen können, dass sie noch eine Lehrstelle oder eine Arbeit finden. Das alles beinhaltet den Wunsch nach Stabilität, sowohl der Staatsfinanzen als auch des Euro, und dies scheint die gegenwärtige Regierung zu garantieren.

Auch Cicero online vom 15.12.2011 will keinen linken Mainstream sehen („Einen linken Mainstream gibt es nicht“ von Manfred Güllner), aber der Artikel klingt doch arg nach Pfeifen im Walde. So sicher sind sich die Oberen nicht, dass die Unteren ihnen gewogen bleiben. Schließlich sehen sie in Griechenland, was passieren kann, als die linke Syriza eine Unter-10-Prozent-Partei war nachdem sich eine sog. Reformlinke noch nicht lange vorher abgespalten hatte. Bei den letzten Wahlen drohte Syriza stärkste Partei zu werden. Die Medien werden also das Ihre tun, damit es in Deutschland ruhig und die Linke unter zehn Prozent bleibt. Darüber hinaus wird der Repressionsapparat ausge-

³⁴ Albrecht Müller weist zwar zu Recht darauf hin, dass von der irrsinnig hohen Summe von fast 5 Billionen, also 5.000 Milliarden Euro Geldvermögen der Deutschen, zwei Drittel den reichsten 10 Prozent gehört, während die unteren 50 Prozent nach Abzug der Schulden so gut wie nichts haben. Vierzig Prozent besitzen knapp 40 Prozent des Geldvermögens, wobei es auch in dieser Gruppe intern recht ungleichmäßig verteilt ist. Aber wer ein Haus abbezahlt und gleichzeitig in einen Rentenfonds einbezahlt, hat netto zwar Schulden, möchte aber sein Geld, das er in den Fonds gesteckt hat, nicht verlieren. Das Interesse an sicheren Ersparnissen ist also höher anzunehmen, als es in der Statistik erscheint. Siehe <http://www.nachdenkseiten.de/?p=9866>

baut, dazu sind gerade die NSU-Morde und das scheinbare Versagen der Sicherheitskräfte gut, und es werden wieder Feindbilder aufgebaut, innere Feindbilder: Die Armen, Arbeitslosen, die migrantischen Mitbürgerinnen, die Einwanderer und Flüchtlinge, die Asylsuchenden und als Hassobjekt bieten sich passgenau die Salafisten an. Ein Zufall? Wohl kaum.

Die Schere zwischen Reich und Arm geht auseinander - hier und weltweit – nicht nur weil die Armen immer ärmer werden, sondern auch weil die Reichen immer reicher werden. In Deutschland, dem „Exportgewinner“, sind die Mittelschichten, wie oben gezeigt – zumindest gefühlt - beteiligt an dem Gewinn (oder hoffen jedenfalls auf eine Beteiligung), der für andere ein Verlust ist: für GriechInnen und SpanierInnen, für IrInnen und ItalienerInnen und für die Geringverdiener, prekär Beschäftigten und Arbeitslosen im eigenen Land. In Griechenland, Spanien, Irland, Italien und Portugal sind die Mittelschichten vom Niedergang mitbetroffen und dort regt sich deutlich Widerstand. In Deutschland hingegen genießt die Mittelschicht ihre gerade angeschafften dicken Autos, ihre neue Eigentumswohnung im angesagten Viertel und ihre Biogemüse. Dass andere die Verlierer sind, dass Kinder hungern und sterben, weil die Nahrungsmittelpreise steigen wegen der Spekulationen, die den GewinnerInnen ihre Fondswerte sichern, und dass die Produktion von Biosprit auf geraubtem Land (Land Grabbing) ihre dicken Autos am Laufen hält, diese Gedanken verdrängt sie.

*Hier (Frankreich) wie dort (Deutschland) werden Zuschauer
und Leser ja für dumm gehalten.*

Alfred Grosser

21. Wie man den Zeitgeist formt – ein paar Beispiele

Die Think Tanks und Spin Doctors³⁵, die Agenturen und Lobby-Vereinigungen kennen seit langem das Geheimnis, wie man den Zeitgeist formt. Typisch für den Neoliberalismus ist es, diese Einflussnahme über Think Tanks und Lobbyismus vorzunehmen. Dazu gehören die Partei- und Unternehmensstiftungen, öffentliche Stiftungen und Gesellschaften, die heute häufig eng personell und finanziell eng verflochten sind mit Unternehmen, Kampagnen-Think-Tanks wie das *Institut Neue Soziale Marktwirtschaft*, Wirtschaftsinstitute wie das *Institut für Wirtschaftsforschung (Ifo)*, das *Deutsche Institut für Wirtschaft (DIW)*, das *Institut der deutschen Wirtschaft (IW)*, und das *Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RIW)*, informelle Kreise (z.B. *Kronberger Kreis*) und internationale Honoratioren-Clubs wie die *Bilderberge*³⁶, die *Mont-Pelerin-*

³⁵ Spin Doctors beraten Unternehmen und Personen, wie sie in den Medien ein positives Image aufbauen können oder wie man Gegner in den Medien heruntermacht und sie organisieren die jeweiligen Kampagnen. Sie spielen insbesondere in personalisierten Wahlkämpfen eine Rolle. Ihnen wird nachgesagt, vor unredlichen Mitteln nicht zurückzuschrecken.

³⁶ <http://de.wikipedia.org/wiki/Bilderberg-Konferenz>

*Société*³⁷, die für die *Sunday Times* „die einflußreichste, wenn auch wenig bekannte Denkfabrik der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts“ ist und die *Venusberg-Gruppe*. Verflechtungen zwischen öffentlichen und privaten Institutionen sind an der Tagesordnung. Die *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DAGP)*³⁸ ist dafür ein gutes Beispiel. Sie wird sowohl aus Mitteln des Auswärtigen Amtes als auch der Industrie finanziert. In ihrem Präsidium sitzt heute Elmar Brok, EU-Parlamentarier der CDU und ehemaliger Europabeauftragter des Vorstandes der *Bertelsmann AG*, dort bis 2011 Senior Vice President Media Development. Laut Wikipedia wird Elmar Brok vorgeworfen, mehr für Bertelsmann als für seine Wähler zu tun. Der Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim bezeichnete Broks Tätigkeit mehrmals als „legale Korruption“³⁹. Ebenfalls im Präsidium der *DAGP* sitzen Günter Nonnenmacher, einer der Herausgeber der *FAZ* und Rita Süßmuth, die ehemals im Kuratorium der *Bertelsmann Stiftung* saß. Die *DAGP* hat 1999 – sicher nicht im Interesse größerer Transparenz - die *Venusberg-Gruppe* gegründet, in der sicherheitspolitische Experten aus mehreren EU-Ländern aktiv sind. Siehe auch: <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=11983>

Die Think Tanks und Netzwerke haben direkte Fäden in die großen Zeitungen und in Rundfunk und Fernsehen. Alle zusammen haben Methoden und Vorgehensweisen entwickelt, die mehrfach erprobt sind. Die Meinungsmache ist in ein weit verzweigtes und tief reichendes Gewebe von Institutionen und Personen der Ideologieproduktion, der Sicherung der kapitalistischen Hegemonie eingebettet. Mit diesem Gewebe muss eine neue linke Partei klar kommen. In diesem ihr nicht freundlich gesonnenen Umfeld muss sie, müssen FunktionärInnen und Abgeordnete ihr Interesse an Erscheinen in der Öffentlichkeit, an Verbreitung von linken Positionen verwirklichen. Sie finden dabei viele Gegner und Wadenbeißer, aber eine Verbündete: die Wirklichkeit.

Wie schwer es ist, dem Zeitgeist einzuhauchen, dass der Kapitalismus gut und zukunftsfähig ist, obwohl Erfahrungen der Menschen das Gegenteil ausdrücken, zeigt die ziemlich gleichmäßig in hohem Grade vorhandene Kapitalismuskritik.

³⁷ http://de.wikipedia.org/wiki/Mont_Pelerin_Society

³⁸ Zu den Gründungsmitgliedern zählten Prof. Arnold Toynbee (Chatham House, das britische Vorbild, eine Nichtregierungsorganisation, in der neben hohen staatlichen Akteuren vor allem die Erdöl- und Rohstoffindustrie und die Banken vertreten sind), Berthold Beitz (Generalbevollmächtigter des Krupp-Konzerns, ein Rüstungsgigant), Dr. Heinrich von Brentano (deutscher Außenminister von 1955 bis 1963), Wilhelm Beutler (Hauptgeschäftsführer des BDI), Dr. Günter Henle (Geschäftsführender Gesellschafter von Klöckner & Co., der wichtigste deutsche Rüstungskonzern), Otto Wolff von Amerongen (Hauptteilhaber der Otto-Wolff-Gruppe, ebenfalls in der Rüstung tätig) und Bundespräsident Theodor Heuss.

³⁹ http://de.wikipedia.org/wiki/Elmar_Brok

„Die Frauenbewegung, die sich in den verschiedensten feministischen Aktionen äußerte, lenkte die Aufmerksamkeit auf die meisten der von Ungleichheit geprägten Gebiete wie Arbeitsrecht, politische Rechte, Familie, Mutterschaft... Auf die Bewegung der Revolte folgte aus merkantilen sowie aus politisch-soziologischen Gründen die Gegenbewegung der Vereinnahmung: denn wenn der Eindruck entsteht, dass der Gesellschaft eine Explosion droht, ist es ratsam, einige Sicherheitsventile zu öffnen.“

Jean Mer kale

22. Zeitgeist: Kinderbetreuung und Berufstätigkeit von Frauen – die Bertelsmann-Stiftung und die Frauenbewegung

Am erfolgreichsten, das wissen die Protagonisten, sind Kampagnen, die an vorhandenen Zeitgeist-Strömungen, an Bewegungen und an gesellschaftlichen Innovationen ansetzen, sie aufgreifen, sie mit neuen Inhalten ausstatten und instrumentalisieren und sie somit gegen ihre ursprünglichen TrägerInnen wenden zu können.

Diese Erfahrung hat die Frauenbewegung der siebziger und achtziger Jahre und die danach folgende Frauenprojektebewegung machen müssen. Die Frauen forderten unter vielem anderem gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt und dazu Kindertagesstätten und Ganztagschulen. Sie erreichten mit ihren Aktionen, Demonstrationen, Veröffentlichungen, mit selbst gegründeten Zeitungen und Projekten einen gewissen Einfluss in der Gesellschaft. Hegemonie in dieser Frage ist in der Zwischenzeit fraglos erreicht. Gegner der Frauenerwerbstätigkeit und der öffentlichen Kinderbetreuung sind in der Minderheit und haben öffentlichen Einfluss verloren. Ohne das Eingreifen mächtiger Lobby-Vereinigungen und Think Tanks wäre das kaum so schnell erreicht worden. Zwei Auslöser mögen schuld gewesen sein: erstens die dramatisch sinkenden Geburtenzahlen und zweitens die miesen Bildungsergebnisse in Deutschland. Das Demografie-Problem war noch für weitere Kampagnen gut: für die Heraufsetzung des Rentenalters, für den Bologna-Prozess, das heißt die neoliberale Formierung der Hochschulen und dieselbe neoliberale Formierung der Schulen, die gerade in vollem Gange ist. Und im Moment wird gerade die neoliberale Formierung der Kommunen unter Aufgreifen der Parolen von Stadtteilinitiativen in Angriff genommen.

Die Frauenerwerbsarbeit war mit dem Schwinden der alten Industrien und dem Ausbau des Dienstleistungssektors „im Interesse der Wirtschaft“. Sie war nicht wesentlich zu steigern ohne den Ausbau der Kinderbetreuung. Die Think Tanks konnten auf die Frauen als interessierte Multiplikatorinnen vertrauen. Viele Frauen aus der Frauenbewegung waren inzwischen in Universitäten, in Verwaltungen und Ministerien aufgestiegen und konnten einigen Einfluss geltend machen. Den Rest erledigten die Think Tanks. Als Ausgangspunkt in Deutschland, das in der Frauenerwerbstätigkeit europaweit mit Luxemburg und Österreich die Schlusslichter bildete, dienten Initiativen der Europäischen Union und Programme des Europäischen Sozialfonds. Den Staffelstab nahm die

Hertie-Stiftung auf, die ihre *Beruf und Familie gGmbH* schon 1998 gründete.⁴⁰ Etwa um dieselbe Zeit stieg auch die *Bertelsmann-Stiftung* ein, die die ideologische Unterfütterung und mediale Verbreitung sicherte. 2002 veröffentlichte sie eine stark bemerkte Studie zur „Vereinbarkeit von Familie und Beruf - Volkswirtschaftlicher Nutzen der frühkindlichen Bildungspolitik“. Beide Stiftungen konnten immer wieder und gerne auf die Arbeiten des *Max-Planck-Instituts für demografische Forschung* und des *Deutschen Jugendinstituts* zurückgreifen.

Der Erfolg der Kampagnen war enorm und ist in der gegenwärtigen Bundesregierung zu besichtigen. Kein Zufall, denn Angela Merkel sei im Übrigen mit der *Bertelsmann AG* eng vernetzt, schreibt Albrecht Müller (Meinungsmache, S. 161). Sie ist auch „beste Freundin“ von Friede Springer und Liz Mohn⁴¹. Ursula von der Leyen schreibt Bücher mit Liz Mohn und veröffentlicht bei *Bertelsmann*.

Nur noch in der CSU halten sich Reste von politischen Zirkeln, die noch am alten Familienbild festhalten. Selbst die katholische Kirche muckst sich kaum. Der Umbau der Familienpolitik war ein wesentlicher Schlag gegen das fordistische Gesellschaftssystem in der BRD, die Erwerbsarbeit der Frauen hilfreich bei der Absenkung des fordistischen Familienlohns und der Deregulierung des Arbeitsmarkts.

⁴⁰ Die Hertie-Stiftung wurde vom Inhaber Georg Karg gegründet und hat ein Vermögen von 800 Mio. Euro. Kargs Vermögen fußt auf der Arisierung der Warenhäuser von Hermann Tietz, die er von der mit der Arisierung beauftragten Dresdener Bank übereignet bekam, wahrscheinlich wie üblich für wenig Geld. Die Erben wurden mit 9200 Dollar und dem Schwindel, die Warenhäuser seien wegen der sowjetischen Enteignungen nichts mehr wert (Freitag, 1.3.2005)

⁴¹ Wolfgang Lieb: Das Triumphfeminat – Angela Merkel, Friede Springer, Liz Mohn; <http://www.nachdenkseiten.de/?p=8146>

*Wie die Vermehrung der Bedürfnisse und ihrer Mittel die Bedürfnislosigkeit und die Mittellosigkeit erzeugt, beweist der Nationalökonom (...),
1. indem er das Bedürfnis des Arbeiters auf den notwendigsten und jämmerlichsten Unterhalt des physischen Lebens und seine Tätigkeit auf die abstrakteste mechanische Bewegung reduziert, also, sagt er:
Der Mensch hat kein andres Bedürfnis weder der Tätigkeit noch des Genusses; (...) er macht den Arbeiter zu einem unsinnlichen und bedürfnislosen Wesen, wie er seine Tätigkeit zu einer reinen Abstraktion von alter Tätigkeit macht; jeder Luxus des Arbeiters erscheint ihm daher als verwerflich, und alles, was über das allerabstrakteste Bedürfnis hinausgeht – sei es als passiver Genuß oder Tätigkeitsäußerung – erscheint ihm als Luxus.*

Karl Marx

23. Zeitgeist: Neue Lebensweisen und der Think Tank *Denkwerk Zukunft*

Presseerklärung des *Denkwerk Zukunft*

„Mit dem 1. Symposium am 10. und 11. Oktober 2008 auf dem Margarethenhof am Tegernsee nahm das Denkwerk Zukunft seine Arbeit offiziell auf. Zwei Tage lang diskutierten rund 40 Teilnehmer, welche Folgen die Fokussierung auf materielle Wohlfahrtsmehrerung für natürliche Ressourcen, Familie, Schule, Bildung, Wissenschaft, Kunst, Sport sowie die Stadt hat - und wie die ökonomische Dominanz in diesen Bereichen überwunden werden kann. Darüber hinaus entwickelten die Teilnehmer eine Deklaration zu den Zielen des Denkwerks Zukunft und formulierten das Arbeitsprogramm für die nächsten Jahre.“

Denkwerk Zukunft hört sich grün-alternativ an. Aber mit dieser Presseerklärung trat im Oktober 2008 ein neuer Think Tank von Meinhard Miegel⁴² erstmals ans Licht der Öffentlichkeit. Meinhard Miegel begann seine berufliche Laufbahn als Syndicus-Anwalt beim Chemiekonzern Henkel. Von 1973 bis 77 war er Mitarbeiter des Generalsekretärs der CDU, Kurt Biedenkopf, ebenfalls ein Henkelmann. Mit Biedenkopf zusammen gründete er das *Institut für Wirtschaft und Gesellschaft*, das 2008 aufgelöst wurde zugunsten des *Denkwerk Zukunft*, bei dem Biedenkopf auch dabei ist. Miegel ist Sprecher der 2003 gegründeten Lobbyorganisation *Bürgerkonvent*, die unterstützt wird u.a. von Otto Graf Lambsdorff und dem Bankier August von Finck Junior, Hauptaktionär von Mövenpick. Finck spendete der FDP 2008 und 2009 1,1 Mio. Euro. Miegel ist ein echtes Stiftungsei. Er sitzt in Vorständen, Beiräten und Kuratorien von verwandten Stiftungen: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen, World Culture Forum, Stiftung für Zukunftsfragen, NaturTon - Stiftung für die Erde, Gerda-Henkel-Stiftung. Das *Denkwerk Zukunft* kooperiert mit der *Bertelsmannstiftung*.

⁴² Informationen über Meinhard Miegel gefunden bei wikipedia:
http://de.wikipedia.org/wiki/Meinhard_Miegel

Die Stiftung greift die Kritik am Wachstumswahn auf, an der rein „materiellen Wohlstandsmehrung“, an der Ressourcenverschwendung und an der „ökonomischen Dominanz“ über alle wichtigen Bereiche des Lebens. Das *Denkwerk Zukunft* macht sich Sorgen, dass „die westliche Kultur (...) ökonomisch dominiert (ist). Sie zielt einseitig auf materielle Wohlstandsmehrung. Alle gesellschaftlichen Institutionen, insbesondere Wirtschaft und Politik, sind hierauf ausgerichtet. Die Stabilität von Demokratie, sozialer Zusammenhalt sowie individuelles Wohlbefinden werden von kontinuierlichem Wirtschaftswachstum abhängig gemacht. Künftig wird das politische Versprechen fortwährender materieller Wohlstandsmehrung jedoch nicht aufrecht zu erhalten sein.“

Ausgangspunkt der Überlegungen ist wie schon beim Vorgängerinstitut von Miegel die „demographische Frage“. Sie dient auch hier der Begründung eines Wandels zu weniger materiellem Wohlstand, diesmal aber nicht nur für Arbeitslose oder RentnerInnen, sondern für alle, die nicht zu den 10 Prozent Oberen gehören. Auch die Träger und das Umfeld der neuen Stiftung sind offenbar lauter Altruisten. Denn dass es ihnen um ihren Wohlstand nicht geht, ist klar. Es geht um den Wohlstand der Unteren. Der ist nicht mehr zu halten, aber es gibt einen Trost: „Das materielle Wohlstandsniveau der westlichen Bevölkerungen ist nicht zu halten. Allerdings kann der Verlust des Status quo ein Gewinn sein. Voraussetzung hierfür ist die Verbreiterung des kulturellen Fundaments. Alle Bereiche unserer Kultur müssen eine ihnen gemäße Bedeutung haben (breiter Ansatz ist USP des DZ).“ Die WohlstandskritikerInnen sollen sich freuen und auch diejenigen, die an unserer kapitalistischen Gesellschaft leiden, können Hoffnung schöpfen: „Die gegenwärtige „Werteordnung“ muss durch eine neue abgelöst werden.“ Was sich da 2008 aufgestellt hat, geht also daran einen „Sozialismus der Armen“ zu kreieren, die das Gerechtigkeitsproblem unter sich ausmachen sollen.

Interessant sind auch die Überlegungen, wie das Institut seine Kampagnen aufbauen möchte:

Opinion-/Kommunikationsleader gewinnen

Die Teilnehmer unterstützen die Ausgangsidee des DZ, mit Hilfe eines Netzwerks, bestehend aus herausragenden Persönlichkeiten, einen Bewusstseinswandel herbeizuführen. Diese Persönlichkeiten müssen:

- entweder aufgrund ihrer Funktion (z.B. Chefredakteure, Leitartikler, Filmemacher) oder ihrer Popularität (z.B. Musiker, Schauspieler, Sportler) in der Lage sein, Meinungen von großen Bevölkerungsgruppen zu beeinflussen (Opinionleader/Kommunikationsleader/Meinungsmacher),

- die Ideen des DZ (z.B. aufgrund ihrer Biographie) glaubwürdig vertreten, für die Menschen Identifikationsfiguren sein. Daher bedarf es unterschiedlicher Meinungsmacher, die jeweils besonders gut bestimmte gesellschaftliche Gruppen erreichen.

Politische Strukturen verändern

Neben der Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit ist es darüber hinaus wichtig zu versuchen, über politische Strukturen Einfluss zu nehmen. Am schnellsten ändert sich das

Verhalten von Menschen, wenn die „Regeln“ des Zusammenlebens neu justiert werden. Hierfür müssen Politiker für die Ideen des DZ gewonnen werden.
(Protokoll des Initiativkreises „Kommunikation und Medien“ des Denkwerk Zukunft am 21. Januar 2008 in den Räumen der Amadeo Antonio Stiftung in Berlin; siehe im Anhang)

Wie erfolgreich Meinhard Miegels Kampagnen sind, zeichnet eine SWR Sendung⁴³ nach.

Die Rentenlüge (24.8.2008 22:00 Uhr)

Kurt Biedenkopf war ein eifriger Verfechter des Abbaus der gesetzlichen Rente zugunsten von mehr privater Vorsorge. Gemeinsam mit seinem damaligen Büroleiter Meinhard Miegel gründete der CDU Generalsekretär 1977 das Institut für Wirtschaft und Gesellschaft in Bonn. Seit dreißig Jahren warnt man hier vor den Folgen der Überalterung und fordert Konsequenzen.

Rente nur noch Grundsicherung im Alter?

Für Institutsleiter Meinhard Miegel ist die Sache klar: Die gesetzliche Rente muss gestutzt werden. Sie soll in Zukunft nur noch eine Basisversorgung garantieren. Stattdessen soll man zusätzlich privat vorsorgen, um der Altersarmut zu entgehen. Der Jurist Miegel ist der Stichwortgeber in der öffentlichen Diskussion. Ganz Deutschland hängt an seinen Lippen, wenn er den drohenden Kollaps der gesetzlichen Rente beschwört.

Forschungsinstitut arbeitet für Geldinstitute

Weniger bekannt ist, dass sich Miegels Institut durch Unternehmensspenden finanziert und von Auftragsarbeiten lebt - etwa für das Deutsche Institut für Altersvorsorge. Das wiederum gehört der Deutschen Bank, der Fondsgesellschaft DWS und dem Deutschen Herold. Trotzdem sei er kein Lobbyist, sagt Miegel: „Die Versicherungswirtschaft hat erkannt: ‚Ja, hier vertritt einer Positionen, die in der Tat hineinpassen in das, was auch aus unserer Sicht notwendig ist.‘ Und infolgedessen werde ich immer wieder gefragt, das ist alles zutreffend, aber ich habe nicht meine Vorstellungen entwickelt in Abstimmung mit der Versicherungswirtschaft.“

Gefährliche Verflechtung

Für den Ökonomen Albrecht Müller ist Miegel nur ein Beispiel für die Verflechtung von Politik, Wissenschaft und Versicherungswirtschaft. Der ehemalige Berater von Willy Brandt und Helmut Schmidt hat über Jahre die öffentliche Meinungsmache analysiert. Sein Fazit: Die gesetzlichen Rente wird gezielt geschwächt, um die Menschen in die Arme der Privatvorsorge zu treiben: „Wenn es der Privatvorsorge, den Versicherungskonzernen gelingt, nur zehn Prozent der Beiträge, die heute in die gesetzliche Rente gehen, herüberzuholen und auf ihre Mühlen zu lenken, dann ist das ein Umsatzzuwachs von 15 bis 16 Milliarden Euro jedes Jahr. An Prämienzuwachs. Und wenn sie einen solchen Zuwachs haben, dann haben sie riesige Gewinne und Provisionen und das können sie dann zum Teil nehmen und können es Wissenschaftlern geben, wie dem Herrn Miegel, oder einer ganzen Reihe: der Herr Rürup, der Herr Sinn, der Herr Raffelhüschen, der Herr Börsch-Zupan. Die sind alle in Diensten der Finanzdienstleister und der Versicherungswirtschaft, das sind keine unabhängigen Wissenschaftler. Und das muss man erst mal verstehen, mich wundert, dass die deutschen Medien das nicht wahrnehmen.“

⁴³ <http://www.swr.de/odyssso/-/id=1046894/nid=1046894/did=3286148/16bsidm/index.html>

*Als ob dem Proletarier damit gedient wäre, daß ihr ihn erst bis aufs Blut aussaugt,
um nachher eure selbstgefälligen, pharisäischen Wohltätigkeitskitzel an ihm üben zu
können und vor der Welt als gewaltige Wohltäter der Menschheit dazustehen,
wenn ihr dem Ausgesogenen den hundertsten Teil dessen wiedergebt,
was ihm zukommt! Wohltätigkeit, die den, der sie gibt, noch mehr entmenschet als den,
der sie nimmt, Wohltätigkeit, die den Zertretenen noch tiefer in den Staub tritt,
die da verlangt, der entmenschte,
aus der Gesellschaft ausgestoßene Paria soll erst auf sein Letztes,
auf seinen Anspruch an die Menschheit verzichten, soll erst um ihre Gnade betteln,
ehe sie die Gnade hat, ihm durch ein Almosen den Stempel der Entmenschung auf die
Stirne zu drücken!*

Friedrich Engels

24. Zeitgeist: Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) will Reiche zum Schuldenabbau heranziehen

Eine Interessante Idee für die reichen Deutschen: Das *Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung* schlägt vor, Reiche sollten eine Zwangsanleihe an den Staat abgeben, die dieser dann – so er kann – verzinst zurückgibt. Dann würden die Reichen aus Deutschland an Deutschland eine Zwangsanleihe geben. Die wäre sehr sicher und die Zinsen auch. Die griechischen Reichen würden dem griechischen Staat eine Anleihe geben. Die wären ziemlich unsicher. Das ist gut für die deutschen Reichen, denn sie müssen nicht über Banken gehen, die in Fonds oder in andere Finanzprodukte investieren, sondern könnten die sehr sicheren Anlagen beim deutschen Staat direkt abgreifen. Onassis hingegen soll keine deutschen Staatsanleihen kaufen, sondern die vom eigenen Staat.

Reiner Haseloff, Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt unterstützt die Idee. Die CDU-Regierung in Sachsen-Anhalt gilt als besonders wirtschaftsnah. 2008 war Haseloff als Wirtschaftsminister gemeinsam mit Mülldeponiebetreibern in einen Müll-, Korruptions- und Umweltskandal verwickelt, der gegenwärtig noch so vor sich hin gärt wie die giftigen Ablagerungen in den Tongruben des Landes. Wir dürfen gespannt sein, wie die Geschichte weitergeht. Der Bund der Steuerzahler ist jedenfalls empört und verlangt, den Sparkurs beizubehalten.

Mit einem Mäntelchen von Gutmenschentum umhüllt, verkauft sofort der *Focus* das Paket, um damit gleich allen, die in Gefahr geraten könnten, den Forderungen der Linken nach Vermögenssteuer und höherer Erbschaftssteuer sowie stärkerer Besteuerung der hohen Einkommen auf den Leim zu gehen, den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Kapitel 3 Widersprüche

Es ist aber eines der Grundvorurteile der bisherigen Logik und des gewöhnlichen Vorstellens, als ob der Widerspruch nicht eine so wesenhafte und immanente Bestimmung sei als die Identität; ja, wenn von Rangordnung die Rede und beide Bestimmungen als getrennte festzuhalten wären, so wäre der Widerspruch für das Tiefere und Wesenhaftere zu nehmen. Denn die Identität ihm gegenüber ist nur die Bestimmung des einfachen Unmittelbaren, des toten Seins; er aber ist die Wurzel aller Bewegung und Lebendigkeit; nur insofern etwas in sich selbst einen Widerspruch hat, bewegt es sich, hat Trieb und Tätigkeit.

Georg Wilhelm Hegel

25. Die Medien knüpfen an realen Widersprüchen in der Linken an

Seit 2005 gibt es wieder einen Störfaktor in der deutschen Parteienlandschaft. Die Linke greift jene sozialen Themen wieder auf, die der SPD, wie Albrecht Müller aus eigener Erfahrung zeigen kann, so erfolgreich ausgetrieben wurden. Eigentlich ist das ein echter Flop für die neoliberalen Strategen. Die erfolgreiche und vollständige Entmachtung der Linken in der SPD führte, vielleicht, weil es zu weit getrieben wurde, zu einem Aufstand und einer Austrittswelle, die die neue Partei WASG gebar. Zusammen mit der PDS entstand eine linke Kraft, die mehr Stärke zeigen konnte, als der linke Flügel der SPD vorher. Sozialdemokratische Fraktionsdisziplin kann seitdem linke Stimmen im Parlament nicht mehr verstummen lassen. Insofern ist es nachvollziehbar, dass die Kampagne gegen den Sozialstaat, für militärische Macht und im Zweifelsfall auch Einsätze aus Sicht der Oberen nun gegen die Linke geführt werden muss, um ihren Einfluss so gering wie möglich zu halten. Die Krise macht dieses Vorhaben noch drängender, denn Griechenland hat gezeigt, dass auch eine kleine linke Partei durchaus gefährlich werden kann.

Eine Kampagne gegen die Linke muss nicht geplant werden. Die Medienfilz funktioniert ganz eingespielt. Die Leitmedien machen den Aufschlag und zeigen allen anderen, woher der Wind weht. Sie setzen Stichworte. Die anderen folgen, greifen auf, geben zurück und die Chose rollt.

Im Allgemeinen suggerieren die Medien, dass sie Informationen direkt aus der Partei bekommen. Namen werden dabei selten genannt, aber wenn, dann wird gerne auf die sog. Reformer zurückgegriffen. So entsteht der gewünschte Eindruck, dass die bei ihnen „wohlgelittenen“ Linken über die Medienbande Einfluss in ihre Partei nehmen können und wollen, auch wenn dies nur teilweise der Fall sein wird.

Politikerinnen und Politiker sind darauf angewiesen, in den Medien zu erscheinen. Wenn die Politikerinnen und Politiker einer pluralen Partei wie der Linken angehören, werden sich unterschiedliche Positionen zu demselben Thema finden. Daraus lässt sich herrlich ein Streit konstruieren und wenn die Beteiligten nicht aufpassen, werden sie instrumentalisiert, um das Bild einer zerstrittenen Partei zu malen. Dass es der Linken schadet, wenn ihre Protagonistinnen und Protagonisten demontiert werden, dürfte klar sein. Die Demontage, das muss betont werden, geschieht dabei durch die Medien, durch die ständige Wiederholung des Gleichen (Chaotenpartei, nicht regierungsfähig, will keine Verantwortung übernehmen), das Zusammenbinden bestimmter Aussagen. Wenn Linke dulden, dass mit ihnen ein gegen die Linke gerichtetes Spiel getrieben wird, zeigen sie weder Weitsicht noch Souveränität.

Sehr schön ist zeigt sich das am Beispiel Oskar Lafontaine, dem vor dem Parteitag vorgeworfen wurde, ein Ultimatum gestellt zu haben, weil er ohne Gegenkandidat antreten wollte. Dazu äußern sich Steffen Bockhahn („Ich kenne es so, dass Kandidaten Angebote machen, nicht Forderungen stellen“), Bodo Ramelow („Oskar Lafontaine hätte schon vor Wochen die Karten auf den Tisch legen können. Jetzt tritt er plötzlich mit dem Gestus des Retters auf, der uns zeigen will, wie man die Partei wieder nach vorne bringt. Das passt nicht zu einer emanzipatorischen Linken“), Klaus Lederer („Mit einer Heilsbringerfigur an der Spitze bekommt die Linkspartei nichts geregelt. Es geht nicht an, dass Oskar Lafontaine innerparteiliche Tarifverhandlungen für seine Kandidatur führen will, dass er Bedingungen stellt und Gefolgschaft erwartet. Solche Erpressungsmanöver gehen nicht.“) und Gerry Woop („Oskar Lafontaines Angebot hätte die Unterwerfung der PDS-Seite und einen autoritären Politikstil gebracht ...“) und befördern die Erpressungsversion, suggerierend, ein solches Vorgehen sei in der Linken oder in Parteien überhaupt völlig unüblich. Kurzfristig kann damit vielleicht ein Vorteil errungen werden, langfristig geht das Kalkül der Meinungsmacher auf, das Image der Linken und damit auch der Reformen zu beschädigen.

Achim Kessler⁴⁴ zeigt in einem Artikel auf, wie Mitglieder der Linken unfreiwillig zum Stichwortgeber gemacht werden, wenn er von einer Mail der Landesvorsitzenden Ulrike Eifler berichtet, die „auf ungeklärte Weise einen Weg in die Medien fand“ (S. 98) und von zahlreichen Medien aufgegriffen wurde „als schlagendes Argument für den inneren Zerfall der Linkspartei“ (ebd.). Ebenso führt er Beispiele auf, in denen ein Mitglied in der FAZ zitiert wird mit „Ich will sie zersetzen“ und der Reporter berichtet: „Ende des Jahres planten sie ihren Abgang beim Frühschoppen im Café Klatsch. Der sollte vor allem nicht leise sein. Heinecke drängte darauf, dass alle nach und nach austreten, nicht gleichzeitig. Ein Schrecken ohne Ende, statt ein Ende mit Schrecken. Und zwar erst im Januar, kurz vor der Landtagswahl. ‚Damit drücken wir die Linkspartei unter fünf Prozent‘“ (S. 102). Ein bezahlter Agent könnte es nicht besser einfädeln.

Die schlechte Behandlung durch die Medien einzelnen Personen vorzuwerfen, bringt aber nicht viel. Im Gegenteil: es verhindert, zum Wesentlichen vorzudringen und wahrzunehmen, dass die Medien viel weniger erfolgreich mit der Diffamierung der Linken

⁴⁴Kessler: „Interessierte Kreise“ – Umgang der Medien mit der Partei DIE LINKE, Z - Nr. 86 Juni 2011, S. 94-104; http://www.linksnet.de/files/pdf/11%20Z86_Kessler%20end%2002-05-11.pdf

wären, wenn sie nicht an realen Widersprüchen innerhalb der Partei anknüpfen könnten. Jenen realen Widersprüchen, die zu den Streitigkeiten führen, die wiederum die Stichwortgeber in der Partei erst hervorbringen.

Die Medien greifen reale Probleme, Widersprüche und Streitfragen auf und nutzen sie für ihre Zwecke. Und die Medien wirken mit ihren Stichworten in die Linke zurück. Auf diese Art werden Begriffe in der Debatte zu Gegensätzen gemacht, die es in Wirklichkeit gar nicht sind oder sein müssten. So suggeriert „Volkspartei oder Interessenpartei“ beispielsweise, dass Interessenvertretung von bestimmten Gruppen sich nicht vereinbaren ließe mit einer Rolle als Volkspartei, was die Linke im Osten ja tatsächlich ist. Aber vertritt sie deshalb nicht die Interessen der Arbeitslosen, der Beschäftigten, der Mieter oder der SchülerInnen und Studierenden? Von der unsozialen Politik in Deutschland sind breiteste Bevölkerungsschichten auf die eine oder andere Weise betroffen. Die Umverteilung von oben nach unten, die die Linke programmatisch vertritt, ist in ihrem Interesse. Das Programm der Linken ist ein Programm, das Interessen weiter Teile der Bevölkerung in Deutschland vertritt. Daher könnte die Linke auch im Westen Volkspartei werden, ohne irgendwelche Interessen zu verraten. Natürlich gibt es auch unvereinbare Interessen, aber es gibt sie viel weniger, als suggeriert wird.

Die theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien, die von diesem oder jenem Weltverbesserer erfunden oder entdeckt sind.

Sie sind nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung.

Karl Marx und Friedrich Engels, Das Kommunistische Manifest

26. Widersprüche aus der Entwicklung der Linken: aus zwei statt drei und mehr mach eins

Auch Organisationen durchleben eine Entwicklung. Sie werden mit je eigenen Widersprüchen bei ihrer Gründung versorgt und brüten weiterhin ihre spezifischen Widersprüche aus. Und natürlich sind diese Widersprüche bei der Linken u.a. in ihrer Entstehung aus zwei Parteien begründet, einer mit Ostgeschichte und Ostkultur, die andere mit Westprägung. Die PDS ist hervorgegangen aus der SED, die WASG aus der SPD. Beide Ursprungsparteien waren durch gemeinsame Geschichte und in langer Feindschaft verbunden. Beide Parteien hatten jahrelange Regierungserfahrung, wie sie unterschiedlicher kaum sein konnte. Die eine, die PDS hat einen gesellschaftlichen Systemwechsel durchlitten, befördert und gestaltet. Die andere, die WASG, ist erst in den 2000ern entstanden aus einer Protestbewegung, die ebenfalls einem Systemwechsel, aber einem von oben, entsprang. Für die einen ist Kapitalismus eine lebenslange Erfahrung, für die anderen eine der letzten zwanzig Jahre. Die einen haben einen realen Sozialismus am eigenen Leibe erlebt, die anderen kennen ihn häufig nur aus antikommunistischer Propaganda.

Die PDS sah sich nach der Wende vor die Aufgabe gestellt, mit sozialistischer Sozialisation unter kapitalistischen Bedingungen zu regieren und sie meisterte die Aufgabe. Die Neugründung WASG, abgespalten von der Sozialdemokratie, stark gewerkschaftlich geprägt, musste mit einer bunten Gruppe Linker klarkommen: überwiegend Westdeutsche, KommunistInnen, SozialistInnen, TrotzistInnen, AnarchistInnen, teils ehemals in Klein- und Kleinstparteien organisiert, manche mit Zwischenstation bei den Grünen. Sie alle waren es jahrzehntelang gewohnt, sich untereinander heftig zu befehlen. Die PDS im Osten mit Erfahrungen aus einem misslungenen, vierzig Jahre dauernden Sozialismusversuch, die anderen im Westen mit ebenso langer Erfahrung in einem von der Bevölkerung akzeptierten, kapitalistischen System und einem allgegenwärtigen, militanten Antikommunismus. Nach der Wende haben auch die anderen Parteien ihre ostdeutschen Pendanten aufgenommen, aber im Unterschied zu CDU, SPD, FDP und Grünen, bei denen es nur die Einbeziehung mittels Unterwerfung der Ostmitglieder gab, realisierten PDS und WASG eine echte gleichberechtigte Vereinigung. Bei den anderen Parteien war ostdeutscher Einfluss auf die Kultur und Politik dieser Parteien nicht gewollt. Anders bei der Linken. Sie könnte das als großes Plus für sich verbuchen.

War die Gründung der neuen Partei aus diesen beiden Quellparteien ein mutiger Schritt, so herrschte große Engherzigkeit in Bezug auf eine Öffnung zu weiteren linken Kräften außerhalb der beiden Quellparteien und jenseits der bunten Truppe, die sich ungefragt aufdrängte. Viele Chancen wurden nicht genutzt oder gar vertan, mehr junge Linke, linke Intellektuelle und KünstlerInnen anzusprechen und in der oder im Umfeld der Partei zu versammeln, insbesondere Frauen blieben der Partei fern. Auch dabei unterschied sich die Situation in Ost und West sehr. Im Osten hatte die Partei eine lange Tradition, die PDS verlor viele Mitglieder und musste nicht tausende neue Mitglieder „verkräften“. Im Westen war die WASG eine ganz neue Partei, die selber noch nicht gefestigt war und die im Verhältnis viele neue Mitglieder integrieren musste.

Hinzugekommen ist, dass die Parteigründung in einer Zeit stattgefunden hat, in der Parteien an Ansehen verloren haben und weiter verlieren, Wahlenthaltung grassiert und Parlamente an Bedeutung einbüßen, gar wie beim Fiskalpakt und den sog. Rettungsschirmen entmachtet werden. Wäre es da für die Linke nicht notwendig gewesen, statt im Parteienstaat anzukommen, eine Organisation zu gründen, die Partei ist und sie zugleich transzendiert? Eine Organisation/Partei, die alle Anforderungen des Parteiengesetzes erfüllt, aber einen kreativen Raum bietet, in dem von formellen Mitgliedern, zeitweisen oder dauerhaften UnterstützerInnen und SympathisantInnen, Zukunftsentwürfe entwickelt und diskutiert werden? Projekte entwickelt werden, Öffentlichkeitsarbeit geplant, um innerparteiliche und dann gesellschaftliche Hegemonie gerungen wird? Die Ansätze dazu, dies es in der PDS bereits gab, wurden im Vereinigungsprozess über Bord geworfen. Feministinnen versuchten mit dem *Linken Frauentaufbruch* und mehreren breiten Frauenplenen vor der Vereinigung diesen Weg zu gehen. Sie standen damit aber ziemlich alleine. Auch die Programmdiskussion, die eine gute Chance geboten hätte, eine breite Diskussion zu entfachen, war nicht inspirierend und hatte wenig Strahlkraft in die Gesellschaft.

Die Linke wird mittlerweile, nachdem der Reiz des Neuen vorbei ist, von vielen ihrer Wählerinnen und Wähler als ganz normale Partei wahrgenommen und - wen wundert's

– sie partizipiert auch an der Politikverdrossenheit und dem sinkenden Ansehen der ParteipolitikerInnen. Sie hat das verloren, was Gregor Gysi bei der Gründung als lebensnotwendig wichtig nannte: ihren Sex Appeal, ihre Erotik. Dies zurückzugewinnen, wird schwierig sein und die Medien werden ihres tun, damit das nicht gelingt.

*Statt Revolution und Reform gegeneinander auszuspielen,
setzen wir auf eine revolutionäre Realpolitik (Rosa Luxemburg),
die an den Widersprüchen des Bestehenden ansetzt.
Wir suchen neue Formen der Solidarität und knüpfen Bündnisse.*

Gruppe Soziale Kämpfe Berlin

27. Ein zusammengewürfelter Haufen

Ein zusammengewürfelter Haufen ist die Linke durch ihre Gründungsgeschichte, aber auch einfach durch die Tatsache, dass die Partei noch jung ist und damit noch keine starke gemeinsame Kultur entwickeln konnte. Tausende, vor allem im Westen, fanden sich mit ihren Vorstellungen einer anderen Gesellschaft, ihren Träumen, ihrer Wut, ihren Enttäuschungen und ihren Ängsten vor neuen Enttäuschungen, ihrer Geschichte, ihren Sozialdemokratismen, Feminismen, Kommunismen, ihren Weltrettungswünschen in der Linken wieder. Das soll nicht zynisch klingen. Alle haben lange auf eine solche Partei gewartet und ihre Vorstellungen, Ziele und Wünsche auf sie projiziert. Und viele sind so schnell wieder gegangen, wie sie gekommen sind, weil sie ihre Vorstellungen nur unvollständig oder gar nicht einbringen konnten, denn oft widersprachen sich die politischen Ansätze und Ziele diametral. Vielen ging der Karrierismus auf die Nerven, die Rechthaberei, die Art, andere niederzumachen, der Machismo und die Frauenfeindlichkeit, die Intellektuellenschele und vieles mehr.

Das ergab viel Futter für die Medien, die gegenwärtig, wo es innerparteilich etwas ruhiger wird, noch viele Möglichkeiten hat, auf alte Kamellen zurückzugreifen, sie auszunutzen und aufzubauschen. So werden Politikansätze und Ideen gerne mit den Etiketten „radikal oder reformerisch“ und „altbacken und modern“ versehen. Im Westen werden mal die altbackenen Gewerkschafter und mal die Radikalinskis aus den K-Gruppen verortet. Im Osten, wo regiert wurde oder wird, sitzen die Reformer, aber auch die Ewiggestrigen der alten SED. Wer über Imperialismus redet, gilt als altbacken. Immer noch den Kommunismus zu wollen, gilt als ewiggestrig und natürlich als staatsfeindlich. „Mausgrau gewerkschaftlich“ (Stefan Reinecke, taz) sind die aus der WASG kommenden. Und den Kapitalismus beim Namen zu nennen, gilt wahlweise als dogmatisch, vorgestrig, antiamerikanisch oder sogar antisemitisch. Als modern gelten die „VonFallzuFallEntscheidungen“ bei Militärinterventionen, die man von der Linken gern sehen würde und die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen. Die „Erzählung“ von der „Transformation der Gesellschaft“ ist wohl gelitten, vorausgesetzt, es wird nicht dazu gesagt, ob der Kapitalismus in den Sozialismus transferiert werden soll, oder nur der Kapitalismus in seine Version 3.0. Mit Etikettierungen, die diskreditie-

ren sollen, soll die Linke so geformt werden, dass sie ihre Gefährlichkeit für das System einbüßt oder keine entwickelt.

Dass diese Strategie erfolgreich ist, zeigt ein Aufruf niedersächsischer Linker für Dietmar Bartsch: „Wir halten das *mantra-artige Wiederholen* von *scheinbaren, dogmatischen Gewissheiten* und eine Betonung auf linke Potenziale, die über Jahrzehnte im Westen Deutschlands zu *Recht marginalisiert* waren für *altbacken* und mitverantwortlich für die Situation, in der sich DIE LINKE befindet.“⁴⁵

*Neulich sah ich ein Haus. Es brannte. Am Dache
Leckte die Flamme. Ich ging hinzu und bemerkte,
Daß noch Menschen drin waren. Ich trat in die Tür und rief ihnen
Zu, daß Feuer im Dach sei, sie also auffordernd
Schnell hinauszugehen. Aber die Leute
schienen nicht eilig. Einer fragte mich
Während ihm schon die Hitze die Braue versengte
Wie es draußen denn sei, ob es auch nicht regne
Ob nicht doch Wind gehe, ob da ein anderes Haus sei
Und so noch einiges. Ohne zu antworten
Ging ich wieder hinaus. Diese, dachte ich
Müssen verbrennen, bevor sie zu fragen aufhören.*

Aus „Gleichnis des Buddha vom brennenden Haus“ von Bertolt Brecht

28. Weit weg von einer solidarischen innerparteilichen Kultur

Nach den großen Erfolgen bei beiden Bundestagswahlen und nachdem es so überraschend einfach schien, auch bei den Landtagswahlen im Westen erfolgreich zu sein, wurde der Parteientwicklung zu wenig Gewicht beigemessen. Stattdessen waren Listenaufstellungen und Kämpfe um gute Listenplätze lange Zeit beinahe die wichtigsten Aktivitäten im Leben der Partei und fast unerschöpflicher Quell für fiese Medienberichte. Insofern haben in der gegenwärtigen Debatte alle Recht, die die Parteientwicklung nun auf die Tagesordnung setzen wollen und dies auch tun.

Zu wenig, vielleicht gar kein Gewicht wurde auf die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und das heißt ja, mit dem, was einen trennt, und dem, was einen verbindet, gelegt. Mit der Wende zur PDS hatte diese die eigene Vergangenheit einer kritischen Bilanz unterzogen, der Bruch mit Stalinismus und Zentralismus wurde vollzogen, die Struktur demokratisiert. Für die Westlinke steht das noch aus. Die Geschichte der Sozialdemokratie, der KommunistInnen und AnarchistInnen, der sozialen Bewegungen, des Feminismus muss von den ProtagonistInnen selber untersucht und kritisch verarbeitet werden. Zu alledem gehören auch die persönlichen Biografien, die eigene Geschichte mit ihren Verletzungen, enttäuschten Hoffnungen, Träumen, Erfolgen und

⁴⁵<http://www.fds-niedersachsen.de/>

Niederlagen. Es geht nicht darum, diese politischen Biografien aufzuschreiben, oder nicht nur darum, sondern es geht darum, sie sich gegenseitig zu erzählen, sie sich bewusst zu machen, sie ins kollektive Gedächtnis aufzunehmen, sie zum Gemeinsamen zu machen, zum Teil der eigenen Identität. Das ist wichtig für den gegenseitigen Respekt und für die Entwicklung wirklicher Toleranz und einer toleranten, respektvollen Diskussionskultur und zur Entwicklung gemeinsamer Ziele und Strategien.

Pluralität geht nur mit Toleranz. In einer pluralen Linken müssen auch die Extrempositionen einen Platz haben. Wer dazu gehört und wer nicht, das muss eine Linke mithilfe ihres Programmes und ihrer Politik und in der theoretischen Auseinandersetzung selber definieren und sich das nicht von Medien oder Mainstream vorschreiben lassen. Sie muss auch festlegen, was an eher rechten und an eher linksradikalen Positionen für sie noch geht. Allerdings darf es nicht so sein, dass die am rechten Rand der Linken definieren, was an Linksaußenpositionen noch geht, sowenig wie die von Linksaußen definieren dürfen, was rechts noch geht. Die Linke sollte sich darauf beschränken, diese Fragen öffentlich, aber innerhalb ihrer Partei zu klären, dies mit ihren FreundInnen und UnterstützerInnen zu diskutieren und nicht mit den Konzernmedien. Sie muss sie dies tun in der klaren Einsicht, dass ein Scheitern des dritten Anlaufs in viele Katastrophen gleichzeitig führen würde.

Gerade weil Linke nicht im Besitz ewiger Wahrheiten sind, haben sie das Recht darauf zu bestehen, auch Fehler zu machen. Es ist aber fatal, wenn innerparteilich jeder echte oder mutmaßliche Fehler der anderen Strömungen ausgenutzt wird und darüber ein lautes Gezeter losbricht. Eine plurale Linke braucht ein Klima der Fehleroffenheit. Fehleroffenheit ist die Voraussetzung jeder Innovation, auch gesellschaftlicher Innovationen. Eine Kultur der Fehleroffenheit und Toleranz führt zu einer pluralen Linken, die den Namen verdient.

Eine Politik ist feministisch, oder sie ist nicht links

Frigga Haug

29. Gender Trouble

Feministinnen, wenn sie in der Linken nicht allzu oft selber Opfer der Macho-Spiele von Männern (und Frauen) würden, wenn sie nicht selber oftmals marginalisiert oder verspottet würden, könnten sich im Anblick der linken Kabale entspannt zurücklehnen: so sind patriarchale Organisationen eben. Da läuft das so: Machtspiele, Karrierismus, Ellenbogenmentalität. Frauen müssen sich dieser Organisationskultur anpassen, sonst haben sie keine Chance. Viele Feministinnen haben deshalb die Partei und ihr Umfeld wieder verlassen oder ihre Hoffnungen in die neue linke Partei begraben. „Sie sind abgestoßen von künstlicher Versachlichung und technokratischem Denken. Sie wollen

nicht ‚Versachlichung‘ sondern ‚Vermenschlichung‘ der Politik.“⁴⁶ In patriarchalen Organisationsstrukturen und mit patriarchalen Denkstrukturen streitet es sich hingegen viel effizienter und aggressiver – bis zur möglichen Vernichtung beider Seiten.

Es ist nicht damit getan, die Quotierung durchzusetzen und Redelisten quotiert zu führen. Das Patriarchat steckt nicht nur in den Strukturen, es steckt in der Sprache, in den Hierarchien, in den Bewertungen. Es macht die einen schwach und mundtot und sichert anderen Macht. Es steckt in jedem Mitglied und alle haben Teil an seiner ständigen Reproduktion – oder eben an seiner Überwindung. Deshalb steht für die Linke die Aufgabe, ihre patriarchalen Strukturen, Kulturen und Verhaltensweisen, ihren Sexismus und ihre Homophobie zu bekämpfen. Es ist die patriarchale Kultur, an die die Medien mühelos andocken können. Sie greifen diese Widersprüche gerne mit dem Hinweis auf, in der Linken herrschten die alten Männer. Im Vorfeld des letzten Parteitags haben sich die „modernerer“ unter den Medien über die vorgeschlagene weibliche Doppelspitze anmaßend gewundert: Das sei doch vielleicht eine Chance für die Linke, ein Generationswechsel weg von den alten Männern hin zu jungen Frauen. Die Zeit vor dem Parteitag hat gezeigt, wie erfolgreich die Medien die Hässlichkeiten in der innerparteilichen Kultur ausnutzen können, es drauf haben, ein scheußliches Bild der Linken zu zeichnen und damit wiederum (zer)störerisch auf die Kultur einzuwirken.

Alles ist zu kritisieren!

Karl Marx

30. Kümmererpartei, Interessenpartei oder Programmpartei

Kümmererpartei, Interessenpartei oder Programmpartei - dahinter steht nicht nur ein von den Medien konstruierter oder aufgebauschter Widerspruch. Darin spiegeln sich auch die unterschiedlichen Vorstellungen in der Linken selber, welche Rolle eine linke Partei spielen soll. Will die Linke sich darauf beschränken, eine reine Kümmererpartei sein? Will sie nur die Interessen bestimmter Teile der Bevölkerung vertreten, zum Beispiel der von Hartz IV Betroffenen, wie ihr vielfach nahegelegt wird? Oder nicht doch der 99 %? Steht doch die Frage, welche Partei es sich zur Aufgabe machen will, die 99 %, die gerade zu sich kommen, zu repräsentieren!

Eine „Kümmererpartei“, die sich zwar die Interessen der Menschen auf die Fahnen schreibt, im Kümmern aber nur trösten kann oder Wut bestätigen, jedoch keine konkreten Verbesserungen in entscheidenden Fragen erreicht, ist auf Dauer nicht attraktiv. Auch im Osten, wo man hin und wieder in Regierungen ist, reicht das nicht, das kann die Linke auch dort an sinkenden Mitgliederzahlen und sinkendem Zuspruch bei Wahlen ablesen.

⁴⁶ Christel Buchinger: Die Umwälzung der Geschlechterverhältnisse und das Programm der Linken, in: Wolfgang Gehrcke (Hg.): Alle Verhältnisse umzuwerfen.. Eine Streitschrift zum Programm der Linken, PapyRossa 2011, S. 153.

Die Medien würden die Linke natürlich gerne auf eine reine Kümmererpartei beschränken. Michael Jäger zeigt hingegen in seinem *Freitag-Blog* „Zur Lage der Partei“⁴⁷ den Widerspruch auf zwischen Kümmererpartei/Interessenpartei einerseits und „Programmpartei als organisiertem Versuch die Gesellschaft zu ändern“ andererseits: „Die Gesellschaft zu ändern ist etwas anderes, als sich um die Interessen derer zu kümmern, die mit der Änderung oder Nichtänderung der Gesellschaft leben und zu-rechtkommen müssen.“

Leider sind die innerparteilichen Auseinandersetzungen, die sich um die Frage Interessenvertretung oder Kümmern drehen, eher theoretischer Natur. Die Praxis, die ja *the proof of the pudding* wäre, wird auf die verschiedenen Konzepte und ihre Wirksamkeit bzw. ihren Erfolg nicht untersucht. Und wegen mangelnder Reflektion der Praxis wird weder deutlich, wo sich „Kümmern“ und „Gesellschaft verändern“ widersprechen, noch kann deutlich werden, dass sie sich vielleicht sogar ergänzen oder womöglich zwei Seiten einer Medaillen sein müssten.

Eine plurale Linke wird im Übrigen darauf nicht eine einzige Antwort haben, und muss es auch nicht, sondern ebenso wie in programmatischen Fragen unterschiedliche Schwerpunkte und Antworten finden. Pluralität wird von unfreundlich gesonnenen Medien und Denkfabriken immer als Einfallstor genutzt werden, um ein uneiniges Bild zu zeichnen und Zwietracht zu säen. Eine neue solidarische Kultur muss Pluralität aber nicht nur proklamieren sondern auch aushalten. Das Aushalten von Positionen, die man für falsch hält, muss gelernt werden, nicht nur von den Individuen, sondern auch von der Organisation.

*„Woran arbeiten Sie?“
wurde Herr K. gefragt.*

*Herr K.antwortete: „Ich habe viel Mühe,
ich bereite meinen nächsten Irrtum vor.“*

Bertold Brecht

Schluss

31. Demokratie braucht demokratische Medien

Die Konzern- und Mainstreammedien verschleiern selber ihre reale Macht und inszenieren sich als vierte Gewalt, deren Aufgabe die Kontrolle der Mächtigen sei, zu denen sie doch selber gehören.

„Demokratie braucht Öffentlichkeit. Das Volk kann seine Interessen nur zur Geltung bringen, wenn es nicht, oder schlimmer noch, wenn es falsch informiert ist. Das republik-

⁴⁷ <http://www.freitag.de/autoren/michael-jaeger/zur-lage-der-linkspartei-teil-i> und <http://www.freitag.de/autoren/michael-jaeger/zur-lage-der-linkspartei-teil-ii>

likanische Prinzip, das Öffentlichkeitsprinzip also, steht am Anfang aller Demokratiebewegungen. Demokratie, also Volksherrschaft, setzt voraus, dass wir, das Volk, uns nicht mehr mit der Propaganda der Herrschenden zufrieden geben, sondern uns Zugang zu allen Informationen verschaffen, die wir brauchen, um über unsere gemeinsamen Angelegenheiten gemeinsam entscheiden zu können. Nur so kann das Volk zum Souverän werden⁴⁸, so Eckart Spoo. Er plädiert dafür, folgende Ziele zu verfolgen: „Reform der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, Zurückdrängung der politischen Parteien aus den Aufsichtsgremien.... Wo Pressemonopole entstanden sind, gehören auch sie in öffentlich-rechtliche Trägerschaft. (...) Und selbstverständlich müssen die Beschäftigten in den Medien endlich volle Mitbestimmungsrechte erhalten. (...) Neue Kommunikationsmittel (namentlich das Internet) müssen vor Vermachtung durch Kapital und Staat bewahrt bleiben. Freie Radios und genossenschaftliche Zeitungen gehören gefördert (...) (ebenda). Hinter diesen Forderungen bleibt das Programm der Linken weit zurück. Statt die Eigentumsfrage bei den Presse- und Funkmonopolen zu stellen, beschränkt es sich darauf, Redaktionsstatute zu fordern. Gesellschaftliche Kontrolle fordert das Programm nur beim Internet. Reicht folglich beim Rest die Anwendung des Kartellrechts? Wohl kaum! Das, was Eckart Spoo in der Programmdebatte dazu beigetragen hat geht wesentlich weiter.

Linke sind darauf angewiesen, dass die Medien ihre Politik transportieren. Dem verweigern sich die Mainstreammedien ziemlich lückenlos. In einem Offenen Brief haben Heidemarie Scheuch-Paschkewitz (Landesvorsitzende Hessen), Ulrich Wilken (Landesvorsitzender und MdL) und Achim Kessler (Stellv. Landesvorsitzender und Pressesprecher) kürzlich Spiegel und Spiegel online hart kritisiert, indem sie ihnen vorwarfen, über die Politik der Linken zu schweigen während sie ihre innerparteilichen Auseinandersetzungen aufbauschen. So einfach ist es auf den Nenner zu bringen. Dieses Verhalten der Medien müsste die Linke offen angreifen und skandalisieren und ihre Forderungen nach Demokratisierung konkretisieren und propagieren.

⁴⁸ Eckart Spoo: Keine Demokratie ohne Demokratisierung der Medien, in Wolfgang Gehrcke (Hg.): Alle Verhältnisse umzuwerfen... Streitschrift zum Programm der Linken, S. 203.

Anhänge

aus dem Programm der Linken:

Demokratisch kontrollierte Medien

Medienmacht und Medienmanipulation sind eine Gefahr für die Demokratie. Umso wichtiger ist die Bewahrung eines freien Internets ohne Zensur und mit festgeschriebener Netzneutralität. Das Internet ist für DIE LINKE ein öffentliches Gut, die Netzinfrastruktur gehört unter gesellschaftliche Kontrolle und muss demokratisiert werden. Demokratische Medien erfordern demokratische Redaktionsstatuten, die Stärkung einer breiten Gegenöffentlichkeit sowie die Anwendung des Kartellrechts auf den Mediensektor.

Medienbildung muss im digitalen Zeitalter als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen werden. DIE LINKE fordert Medienbildungsangebote, die für alle Bevölkerungsgruppen, unabhängig von Alter, sozialer Lage und Region, zur Verfügung stehen und Kompetenz im Umgang mit dem Internet und digitalen Medien vermitteln. Bürgerinnen und Bürger müssen analytische Fähigkeiten entwickeln, um digitale Medien und Inhalte zu verstehen, kritisch zu bewerten sowie selbst in vielfältigen Kontexten zu kommunizieren. Eine patriarchal gedachte Verbots- und Bewahrpädagogik, die auf Basis eines repressiv verstandenen Jugendschutzes kompetenten Medienumgang zu beschränken versucht, ist nicht im Sinne eines emanzipatorischen Menschenbildes - dies lehnt DIE LINKE ab.

Viele Menschen haben keinen Zugang zu modernen Medien und können somit nicht die Möglichkeiten nutzen, die mit moderner Informationstechnologie verbunden sind. Die Massenmedien befinden sich überwiegend im Besitz weniger Konzerne und Finanzinvestoren. Sie bestimmen mit, was wir lernen und wissen, worüber wir reden und was wir meinen sollten. Mediennutzung und Kontrolle durch Medien überlappen sich immer mehr. DIE LINKE kämpft gegen diese Spaltung, gegen Überwachung und Kontrolle, für Informations- und Meinungsäußerungsfreiheit und für die Stärkung öffentlich-rechtlicher Medien.

Heidemarie Scheuch Paschkewitz, Landesvorsitzende, Dr. Ulrich Wilken, Landesvorsitzender, Dr. Achim Kessler, Stellv. Landesvorsitzender und Pressesprecher

Offener Brief an die Chefredakteure von "Der Spiegel" und "Spiegel Online"

zum Artikel „Ost-Linke planen Rachefeldzug gegen West-Fundis“ von Markus Deggerich

Dass Ihre Magazine „Der Spiegel“ und „Spiegel Online“ sich bei der Berichterstattungen über Positionen und Forderungen der Partei DIE LINKE sehr zurückhalten, stattdessen aber der „Berichterstattung“ über tatsächlichen oder vermeintlichen Streit in unserer Partei um so mehr Raum geben, ist uns spätestens seit der hessischen Landtagswahl im Jahr 2009 hinlänglich bekannt. Dass Ihre Magazine dabei der Wahrheit, wenn überhaupt, nur ein untergeordnetes Gewicht beimessen, auch.

In dem Artikel „Ost-Linke planen Rachefeldzug gegen West-Fundis“ von Markus Deggerich fällt uns darüber hinaus sehr unangenehm auf, dass Sie sich chauvinistischer Klischees in Bezug auf Geschlecht und Lebensalter von Personen bedienen.

zum Artikel „Ost-Linke planen Rachefeldzug gegen West-Fundis“ von Markus Deggerich

Sehr geehrter Herr Mascolo,

sehr geehrter Herr Müller von Blumencron, sehr geehrter Herr Ditz,

dass Ihre Magazine „Der Spiegel“ und „Spiegel Online“ sich bei der Berichterstattungen über Positionen und Forderungen der Partei DIE LINKE sehr zurückhalten, stattdessen aber der „Berichterstattung“ über tatsächlichen oder vermeintlichen Streit in unserer Partei um so mehr Raum geben, ist uns spätestens seit der hessischen Landtagswahl im Jahr 2009 hinlänglich bekannt. Dass Ihre Magazine dabei der Wahrheit, wenn überhaupt, nur ein untergeordnetes Gewicht beimessen, auch.

In dem Artikel „Ost-Linke planen Rachefeldzug gegen West-Fundis“ von Markus Deggerich fällt uns darüber hinaus sehr unangenehm auf, dass Sie sich chauvinistischer Klischees in Bezug auf Geschlecht und Lebensalter von Personen bedienen.

Dass in dem Artikel von einem möglichen „Zickenkrieg“ zwischen den Bundestagsabgeordneten Jelpke, Wagenknecht und Dagdelen die Rede ist, entspricht einer Macho-Weltsicht, die Frauen, ohne zu beachten, was sie sagen, als „hysterisch“ oder neuerdings „Zicken“ abtut. Sie wollen unsere Partei treffen, zielen in chauvinistischer Weise auf drei Frauen und treffen alle übrigen Frauen gleich mit. Sevim Dagdelen, Ulla Jelpke und Sahra Wagenknecht leisten als Bundestagsabgeordnete der LINKEN hervorragende Arbeit und haben auch persönlich eine derartige Verunglimpfung nicht verdient.

Das gilt auch für den hessischen Bundestagsabgeordneten Wolfgang Gehrcke, den Sie respektlos als „westlichen Fundi-Opa“ bezeichnen. Wir wissen, dass Wolfgang Gehrcke für politische Respektlosigkeit sehr viel übrig hat, aber auf Respekt vor Personen großen Wert legt. Bei Ihnen ist das scheinbar genau umgekehrt.

Ihre Behauptung von einem „außenpolitischen Radikalkurs“ von Wolfgang Gehrcke lassen Sie ohne jeden Beleg. Kein Wunder, die Außenpolitik, die Wolfgang Gehrcke vertritt,

entspricht dem Programm unserer Partei, das wir im vergangenen Jahr in einer Urabstimmung mit über 95 Prozent Zustimmung beschlossen haben und an dem Wolfgang Gehrcke im Übrigen maßgeblich mitgearbeitet hat.

Aber es geht Ihnen in Ihrem Artikel überhaupt nicht um die Außenpolitik oder überhaupt die Politik der LINKEN. Ihr Interesse ist leicht zu durchschauen, der ganze Artikel zielt einzig darauf, Zwietracht in der LINKEN zu säen, die Flügel der Partei, ihre Landesverbände in Ost und West gegeneinander aufzubringen.

Herr Gehrcke war übrigens nie „DKP-Chef“, wie Sie in Ihrem Artikel schreiben. Aber wie schon eingangs gesagt: Dass in Ihren Magazinen die Wahrheit keine Rolle spielt, sobald Sie gegen DIE LINKE zu Felde ziehen, ist uns spätestens seit dem letzten Landtagswahlkampf in Hessen bekannt:

So schrieben Sie zum Beispiel am 4. Januar 2009, kurz vor der Landtagswahl in Hessen, in Ihrem Online-Magazin unter dem Titel „Linkspartei – Mitgliederschwund in Hessen“, dass neben dem Vorsitzenden des Ortsverbandes DIE LINKE. Baunatal und dessen Stellvertreter „noch 29 weitere nordhessische Genossen zum 31. Dezember 2008 [...] ihren Parteiaustritt erklärt“ hätten. Sie haben sich weder daran gestört, dass der Ortsverband Baunatal überhaupt nicht über die genannte Zahl von Mitgliedern verfügte, noch dran, dass DIE LINKE in Hessen im Jahr 2008 um 732 Mitglieder auf 2 645 Mitglieder gewachsen war.

Wir halten die in Ihrem Haus geübte Praxis, bedenkenlos gegen die Wahrheit zu verstoßen, sobald es gegen die Partei DIE LINKE geht, mit dem Verfassungsauftrag an die Medien für unvereinbar, an der Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Ihre Beweggründe dafür sind leicht zu durchschauen, wie oft hilft hier die alte Frage „cui bono?“ – Wem nützt eine Schwächung der LINKEN?

Mit ärgerlichen Grüßen

Heidemarie Scheuch Paschkewitz, Landesvorsitzende

Dr. Ulrich Wilken, Landesvorsitzender

Dr. Achim Kessler, Stellv. Landesvorsitzender und Pressesprecher

Leseempfehlungen

Albrecht Müller, Nachdenken über Deutschland. Das kritische Jahrbuch 2010/2011 und die Jahrbücher davor

Albrecht Müller, Meinungsmache: Wie Wirtschaft, Politik und Medien uns das Denken abgewöhnen wollen. Verlag Droemer Knauer, München 2009

Albrecht Müller, Machtwahn – Wie eine mittelmäßige Führungselite uns zugrunde richtet. Droemer Knauer Verlag, München März 2006

Albrecht Müller, Die Reformlüge, Knauer Taschenbuch

E. A. Rauter, Wie eine Meinung im Kopf entsteht, Verlag Weismann 1999; in Netz noch erhältlich en http://tadema.de/thesen/e_a_rauter.pdf

Noam Chomsky, Media Control, Europa Verlag 2003

Noam Chomsky und ??, Die Konsensmaschine

Noam Chomsky, Wege zur intellektuellen Selbstverteidigung, Medien, Demokratie und Fabrikation von Konsens, Trotzdem Verlagsgenossenschaft 2001

Hans Magnus Enzensberger: Baukasten zu einer Theorie der Medien. In: Kursbuch 20

Wolfgang Gehrcke (Hg.): Alle Verhältnisse umzuwerfen.. Eine Streitschrift zum Programm der Linken, PapyRossa 2011; dort insbesondere: Eckart Spoo: Keine Demokratie ohne Demokratisierung der Medien, S. 201-2017.

Jens Renner, Der Fall Berlusconi – Rechte Politik und Mediendiktatur, Verlag Die Werkstatt 1994

Hans-Jürgen Arlt und Wolfgang Storz: Bild und Wulff – Ziemlich beste Partner, Otto Brenner Stiftung, <http://www.otto-brenner-stiftung.de/otto-brenner-stiftung/aktuelles/bild-und-wulff-ziemlich-beste-partner.html>

Bernd Gäbler: Hohle Idole, Was Bohlen, Klum und Katzenberger so erfolgreich macht, Otto Brenner Stiftung, <http://www.otto-brenner-stiftung.de/otto-brenner-stiftung/aktuelles/hohle-idole.html>

Fritz Wolff: Wa(h)re Information – Interessant geht vor RELEVANT, Otto Brenner Stiftung, <http://www.otto-brenner-shop.de/publikationen/obs-arbeitshefte/shop/wahre-information-interessant-geht-vor-relevant.html>

Hans-Jürgen Arlt und Wolfgang Storz: "Drucksache 'Bild' – Eine Marke und ihre Mägde" Otto Brenner Stiftung <http://www.bild-studie.de/>

Peer Heinelt: Planer und Propagandisten, Junge Welt Nr. 155 6. Juli 2012.

DVD

Ich - Axel Cäsar Springer (DVD), DDR TV-Archiv

Links

www.nachdenkseiten.de

www.hintergrund.de

<http://hinter-den-schlagzeilen.de>

www.bertelsmannkritik.de

www.rationalgalerie.de

<http://www.bild-studie.de/>

<http://www.otto-brenner-stiftung.de>